



16. Wahlperiode

106. Sitzung

Dienstag, den 06.10.2015

Mainz, Deutschhaus

<i>Mitteilungen des Präsidenten</i>	6985	Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7038
Landeshaushaltsgesetz 2016 (LHG 2016) Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/5630 – Erste Beratung		Roger Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:	7039
dazu:		<i>Einstimmige Annahme in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung.</i>	7039
Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2015 bis 2020 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags – Drucksache 16/5631, Vorlage 16/5805 – .	6985	Landesgesetz zur Änderung Landesgesetzes über die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/5616– Erste Beratung	7039
Abg. Julia Klöckner, CDU:	6985	<i>Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur – federführend –, an den Wirtschaftsausschuss und an den Rechtsausschuss.</i>	7039
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	6999	Landesgesetz zur Änderung des Kurortgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/5634 – Erste Beratung	7039
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7009	Eveline Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:	7039
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:	7019	Abg. Martin Brandl, CDU:	7041
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:	7031	Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7042
Abg. Dr. Denis Alt, SPD:	7033	Abg. Fredi Winter, SPD:	7042
Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7035	<i>Überweisung an den Innenausschuss – federführend –, an den Wirtschaftsausschuss und an den Rechtsausschuss.</i>	7043
<i>Überweisung des Gesetzentwurfs – Drucksache 16/5639 – zusammen mit dem Finanzplan – Drucksache 16/5805 – an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse.</i>	7037	Rheinland-Pfalz leistet seinen Beitrag zum Europäischen Jahr für Entwicklung 2015 – Durch nachhaltiges Handeln auf dem Weg zur sozialer und globaler Gerechtigkeit Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5355 – dazu:	
Landesgesetz zur Neuregelung des Melde-, Pass- und Ausweiswesens Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/5543 – Zweite Beratung			
dazu:			
Beschlussempfehlung des Innenausschusses – Drucksache 16/5650 –	7037		
Abg. Bernhard Henter, CDU:	7037		
Abg. Michael Hüttner, SPD:	7037, 7038		

Das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 – Die Menschen informieren, einbeziehen, das Bewusstsein stärken und zum Mitgestalten auffordern
Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/5617 –	7044
Abg. Dieter Klöckner, SPD:	7044
Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7045
Abg. Ralf Seekatz, CDU:	7045
Randolf Stich, Staatssekretär:	7046

Mehrheitliche Annahme des Antrags.
Mehrheitliche Ablehnung des Alternativantrags.

7048

Situation der Frauen, die als Flüchtlinge oder als Asylbegehrende nach Rheinland-Pfalz kommen
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksachen 16/4731/4994/5153 –	7048
Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU:	7048
Abg. Heike Scharfenberger, SPD:	7050
Abg. Anne Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7051
Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD:	7053
Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:	7054
<i>Mit Besprechung erledigt.</i>	7055

* * *

Präsidium:

Präsident Joachim Mertes, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund, Vizepräsident Dr. Bernhard Braun, Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten, Eveline Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Roger Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur, Vera Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Prof. Dr. Gerhard Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz; Clemens Hoch, Staatssekretär, Heike Raab, Staatssekretärin.

Entschuldigt:

Abg. Ellen Demuth, CDU, Abg. Horst Gies, CDU, Abg. Stephanie Nabinger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Abg. Christine Schneider, CDU, Abg. Thorsten Wehner, SPD.

**106. Plenarsitzung des Landtags
Rheinland-Pfalz am 06.10.2015**

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Joachim Mertes:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie zur 106. Plenarsitzung herzlich begrüßen. Herr Klein und Herr Sippel werden mich bei der Sitzungsleitung begleiten.

Entschuldigt sind die Kolleginnen und Kollegen Ellen Demuth, Horst Gies, Stephanie Nabinger, Christine Schneider, Thorsten Wehner sowie am Vormittag Staatssekretär Beckmann.

Im Hinblick auf die Erfahrungen, wie lange eine Antwort im Parlament gegeben werden kann, will ich direkt die Schülerinnen und Schüler begrüßen, sonst müssen sie möglicherweise ohne Gruß gehen. Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler der Martinusschule Mainz. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wir haben gestern sozusagen nur unterbrochen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2016 (LHG 2016)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5630 –
Erste Beratung**

dazu:

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre
2015 bis 2020
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 16/5631, Vorlage 16/5805 –**

Es geht weiter mit der Aussprache zum Landeshaushaltsgesetz und zum Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz. Ich erteile Ihnen, Frau Klöckner, das Wort.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern haben wir die Einbringungsrede der Finanzministerin zu dem neuen Landeshaushalt gehört. Heute ist der Tag der Fraktionen. Heute nehmen wir als Fraktionen erstmals zu diesem vorgelegten Haushalt der Landesregierung Stellung.

Frau Ministerin Ahnen, es ist Ihr erster vollständiger Haushalt im Amt der Finanzministerin. Gleichzeitig ist es auch der erste Haushalt der Regierungsmannschaft, welche sich Frau Dreyer selbst nach ihren Vorstellungen zusammengestellt hat. Deshalb hätte sie in diesem Haushalt die Gelegenheit gehabt, einen klaren Schnitt zu machen. In

diesem Haushalt hatten Sie die Gelegenheit, mit der Schuldenkontinuität Ihrer Amtsvorgänger zu brechen. In diesem Haushalt wäre es möglich gewesen, konsequent zu sparen, auf rot-grüne Prestigeprojekte zu verzichten und in die Handlungsfähigkeit und Grundaufgaben des Staates zu investieren. Diese Gelegenheit haben Sie leider nicht genutzt.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist kein Sparhaushalt, sondern ein Schuldenhaushalt, ein Nebelhaushalt, ein Wahltagsüberbrückungshaushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist der Tag, deutlich zu machen, was wir als Opposition von dem Haushaltsentwurf der Landesregierung, welcher gestern eingebracht worden ist, halten. Danach folgen die Beratungen in den Ausschüssen in den kommenden Wochen.

Seien Sie gewiss, wir legen, wie das immer in der vergangenen Zeit der Fall war, am Ende unser eigenes Konzept vor.

Unsere Sparvorschläge folgen in den kommenden Wochen. Heute geht es um die Bewertung des Regierungsentwurfes. Es geht um die Bewertung Ihrer Vorschläge heute.

Das sage ich zu Anfang, weil erwartbar ist, dass Herr Köbler und Herr Schweitzer gleich wieder gebetsmühlenartig behaupten, wir würden keine eigenen Vorschläge machen.

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Aber dafür, dass wir in der Vergangenheit keine eigenen Vorschläge gemacht haben, haben Sie die immer sehr intensiv abgelehnt und niedergestimmt,

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

um sie dann kurz danach für doch ganz gut zu befinden.

(Beifall der CDU)

Man hätte in diesem Land schon viel Geld und kostbare Zeit sparen können, wenn Rot-Grün gleich unseren Vorschlägen gefolgt wäre. Als Stichwort nenne ich aktuell die Abschaffung der AQS (Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen).

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Wochen und Monaten beschäftigt uns alle unabhängig der Parteilinie maßgeblich ein Thema, Hunderttausende Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen. Niemand kann abschätzen, wie lange dieser Zustrom anhält, wie viele dauerhaft bleiben und wie viele nachziehen. Umso mehr müssen wir uns schon heute auf Entwicklungen einstellen, die heute zwar noch am Horizont liegen, aber bereits absehbar sind.

Wir werden Hunderttausende fremder Menschen in unsere Gesellschaft integrieren mit allen Vor- und Nachteilen, die das mit sich bringt.

Frau Ministerin Ahnen, ich bin Ihrer Meinung – ich finde,

Sie haben das gestern sehr richtig formuliert –, es ist ein sehr großer Vertrauensbeweis und eine hohe Wertschätzung für uns, für Deutschland, wenn 70 Jahre nach Kriegsende so viele Menschen Deutschland als sicheren Hafen anstuern und persönliche Gefahren auf sich nehmen. Es ist auch ein Kompliment für unser Land und die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU und des Abg. Dr. Fred Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr verehrte Frau Ahnen, ich möchte wie Sie in einem Land leben, das Hilfe leistet. Verfolgte suchen Schutz bei uns.

Auch wenn Sie schmunzeln, das ist die Reaktion. Es gibt Momente, Frau Ministerpräsidentin, auch wenn Sie über eine solche Aussage schmunzeln, es gibt Dinge, die sind ernst gemeint, weil wir zeigen, dass wir sie ernst meinen.

(Beifall der CDU)

Verfolgte suchen Schutz bei uns. Das ist eine große Herausforderung. Diese Herausforderung wird über Jahre bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können das gemeinsam schaffen. Ich will die Summen, über die wir hier reden, einmal einordnen. Das betrifft die 6 Milliarden Euro des Bundes. Das ist sehr viel Geld. Wir alle, Sie und ich, die deutschen Steuerzahlerinnen und -zahler zahlen rund 600 Millionen Euro Steuern.

(Gerd Schreiner, CDU: Milliarden!)

– 600 Milliarden Euro Steuern. Die 6 Milliarden Euro für die Flüchtlinge machen rund 1% des Steueraufkommens aus. Was bedeutet das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Wir haben eine Steuerquote von knapp 20 %. Von den 250 Werktagen in Deutschland arbeiten wir rund 50 Tage für die Steuer. 200 Tage lang arbeiten wir für Miete, Rente, Auto, Urlaub, Kleidung und Lebensmittel. 50 Tage arbeiten wir für Steuern.

Für 2016 bedeutet das konkret Folgendes: Der 1. Januar ist ein Feiertag. In der Regel arbeiten wir da nicht. Der 2. Januar ist ein Samstag, der ist auch frei. Der 3. Januar ist ein Sonntag. Da arbeiten wir in der Regel nicht. Am ersten Montag des Jahres haben wir bis zum Mittagessen die Steuer erarbeitet, die wir brauchen, um uns würdevoll um Flüchtlinge zu kümmern. Ich sage, es liegt noch ein ganzes Jahr vor uns. Wir können das schaffen, wenn wir es richtig angehen und uns nicht scheuen, allen Neuankömmlingen klarzumachen, dass wir auch von ihnen etwas erwarten.

(Beifall der CDU)

Aufgabe der Politik ist es, für Integration den bestmöglichen Rahmen zu schaffen, und zwar von Anfang an, damit Integration vom ersten Tag an gelingen kann, auch mit klaren Regeln.

Der Umgang mit den steigenden Flüchtlingszahlen sagt viel aus, ob die Landesregierung in der Lage ist, sich in ihrem Denken und Handeln auf neue Herausforderungen

und Situationen einzustellen. Da scheint die Handlungsfähigkeit der rot-grünen Landesregierung hier in Rheinland-Pfalz mehr als eingeschränkt zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Das Einzige, was Rot-Grün einfällt, ist, wie immer nach Geld vom Bund zu rufen. Die Bundesregierung handelt. Die Bundesregierung hilft auch den Kommunen in Rheinland-Pfalz. Der Bund stellt pro Asylbewerber monatlich jetzt 670 Euro zur Verfügung. Das Geld soll den Kommunen zur Wahrnehmung der Aufgaben zur Verfügung gestellt werden; denn die 513 Euro rheinland-pfälzische Landesmittel reichen bei Weitem nicht aus.

Übrigens, in anderen Bundesländern wird den Kommunen alles bezahlt, was sie an Auslagen in Sachen Flüchtlingsfragen haben. Auch da sehen wir, dass es anders gehen kann, wenn man nur will.

Rot-Grün redet gern von der Willkommenskultur, aber für das Organisieren und Bezahlen sollen andere zuständig sein.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will es noch einmal deutlich machen. Die neuen Bundesmittel sollten die bisherigen Landesmittel ergänzen und nicht ersetzen. Das ist ein entscheidender Unterschied.

(Beifall der CDU)

Sie sollten sie ersetzen, damit die Kommunen in der Flüchtlingsarbeit auskömmlich ausgestattet sind. Rheinland-Pfalz, also Rot-Grün, nutzt die Bundesmittel aber nicht zum Ergänzen, sondern zum Ersetzen der eigenen Zahlungen an die Kommunen. Konkret – so wurde es angekündigt –: Die 617 Euro pro Asylbewerber will das Land zwar an die Kommunen weitergeben, im Gegenzug streicht es seine eigenen bisherigen Zahlungen in Höhe von 513 Euro ersatzlos. So werden aus 670 Euro zusätzlichen erwarteten Bundesmitteln für die Kommunen in Rheinland-Pfalz faktisch nur noch 157 Euro mehr, die dann am Ende den Kommunen zur Verfügung stehen.

Frau Dreyer, Frau Ministerpräsidentin, Sie waren doch der Meinung – ich zitiere aus Ihrer ersten Regierungserklärung –, „die Kommunen können keine weiteren Einnahmeverluste verkraften.“

Sie hatten als Ministerpräsidentin ganz ausdrücklich angeboten: Land und Kommunen Hand in Hand. Jetzt geben Sie mit der einen und nehmen mit anderen Hand alles wieder weg. Auf solche Hände können die Kommunen verzichten.

(Beifall der CDU)

Liebe Kollegen von Rot-Grün, einfach zur Einordnung: Das Geld gibt der Bund nicht, damit Sie Ihren Haushalt sanieren können. Es wird gegeben, um den Kommunalpolitikern vor Ort helfen zu können, um den Kommunen auch wirklich das Geld zu geben, das sie dringender denn je brauchen; denn sie müssen zum Beispiel kommunalen

Wohnraum ausweiten, ihn finanzieren und sich gerade in Rheinland-Pfalz massiv dafür verschulden. Das ist kein Zukunftshaushalt, das ist ein Vergangenheitshaushalt, den Sie hier aufgestellt haben.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen brauchen weiteres Geld, damit sie auch den anderen Personengruppen weiterhin gerecht werden können, den sozial Schwachen, älteren Menschen mit niedriger Rente, Alleinerziehende oder auch kinderreiche Familien. Wo sollen sie hin, wenn es keinen bezahlbaren Wohnraum mehr gibt? Frau Ministerpräsidentin, hier ist das Land in Verantwortung und nicht immer nur der Bund.

Man mag ja reflexhaft antworten. Wenn Sie merken, es wird eng, gibt es nicht den Ausweg zu sagen, man ruft jetzt Rot-Grün zusammen und klärt die Fragen, die noch offen sind, im eigenen Kabinett, sondern dann sagt man: Achtung, Ablenkungsmanöver Richtung Bund, Frau Merkel auffordern, etwas zu tun, damit nicht auffällt, dass man es selbst nicht hinbekommt, weil man zum Beispiel sichere Herkunftsländer bisher abgelehnt hat.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, hier stehen Sie in der Verantwortung, und die Menschen erwarten von einer Regierung, dass sie sich diesen Fragen stellt und sie nicht einfach totschweigt, blumige Farben über Wohnraumbeschaffung malt. Das ist Landesaufgabe, und hier bleiben Sie ein schlüssiges Konzept wirklich schuldig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einem solchen Haushalt gefährdet man den sozialen Frieden vor Ort, wenn man zulässt, dass den Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingsherausforderung die Puste ausgeht. Das muss man deutlich sagen

(Beifall der CDU)

Deshalb kündige ich für meine Fraktion jetzt schon an, dass wir einen Entschließungsantrag einbringen werden. Wir sind der Meinung, dass das Geld des Bundes nicht zum Ersetzen Ihres Geldes ist, sondern zum Ergänzen des Geldes, damit auch Integration vor Ort gelingen und nicht nur Ihr Haushalt saniert werden kann.

(Beifall der CDU)

Deshalb müssen nach unseren Vorstellungen – ich kann nur die Vorstellungen von uns Christdemokraten deutlich machen – Landes- und Bundesgeld in einer solchen Situation zusammenfließen. Ein Zweites: Es muss zwischen Land und Bund spitz abgerechnet werden. Das ist keine vermessene Forderung meinerseits, das ist geübte Praxis auch in anderen Bundesländern, übrigens in Bundesländern, die weit mehr Flüchtlinge aufnehmen als Rheinland-Pfalz, die mehr aufnehmen, als es der Königsteiner Schlüssel vorsieht, zum Beispiel in Bayern. Man kann gern gegen Bayern holzen – ab und zu übernehmen Sie wortgleich auch die Forderungen von Herrn Seehofer –, aber Bayern zeigt, wie man es macht, wenn man eine Aufgabe hat und nicht nur Richtung Bund zeigt.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, es ist wirklich notwendig, dass spitz abgerechnet wird, dass vor allen Dingen zeitnah spitz abgerechnet wird und die Kommunen ihre Auslagen unmittelbar ersetzt bekommen. Wir fordern Sie, Frau Dreyer, auf – ich bin mir sicher, Sie gehen nachher auch ans Rednerpult –, dass Sie hier und heute ein Versprechen abgeben, dass Sie sich nachhaltig um die Kommunen kümmern, und zwar nicht durch Rechenricks, sondern durch transparentes Offenlegen, wie hier die Finanzströme sind. Geben Sie den Kommunen auch das Geld, das der Bund für die Kommunen vorgesehen hat.

(Beifall der CDU)

Das, was ich hier sage, ist jetzt nicht aus der Luft gegriffen. Wir können ja auf 25 Jahre SPD-geführte Landesregierungen zurückschauen, und die Landesregierungen haben den Kommunen immer wieder zustehendes Geld entzogen: Kindergartenkosten, Schulbau oder Sportanlagen. Stetig und ständig müssen die Kommunen Landeszuschüsse vorfinanzieren und dafür Kredite aufnehmen. Die Pressemitteilung kommt rechtzeitig, auch das Übergeben eines zugesagten Bescheids kommt rechtzeitig, damit es in der Presse ist, aber das Geld lässt auf sich warten. Wir hätten es gern umgekehrt.

(Beifall der CDU)

Deshalb noch einmal die Frage, Frau Ministerpräsidentin Dreyer. Finden Sie es seriös? Ist das Ihre Hand-in-Hand-Politik, von der Sie zu Beginn Ihrer Amtszeit gesprochen haben? Die Herausforderungen der Flüchtlingsfrage verlangt nach substanziellen Lösungen. Das ist der Grund, warum meine Fraktion und ich bereits zu Beginn des Jahres einen Flüchtlingsgipfel veranstaltet haben. Mittlerweile sind es drei Flüchtlingsgipfel. Wir haben Gespräche mit Praktikern vor Ort geführt, wir haben die Gespräche mit der Bundespolitik gesucht, und wir haben Vorschläge gemacht in einer Zeit, in der es nicht angenehm war, diese Vorschläge zu machen. Heute ist es für Sie angenehm, diese Vorschläge zu übernehmen. Aber ehrlich wäre auch, sich bei uns für die verbalen Beschimpfungen zu entschuldigen.

(Beifall der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion hat eine klare und konsequente Haltung zum Thema Asyl und Integration:

Erstens Konzentration auf Menschen mit Bleibeperspektive, zweitens Ausweitung der sicheren Herkunftsländer, drittens konsequente Rückführung von nicht Asylberechtigten, viertens Fehlanreize vermeiden, fünftens Integration nach klaren Regeln und nicht nur nach Gefühl. Diese Positionierung haben wir nicht erst seit gestern oder seit heute, sondern von Anfang an.

Aber Sie, Frau Dreyer, Frau Ministerpräsidentin, wechseln Ihre Positionen fortlaufend. Zuerst kritisieren Sie uns dafür, dass wir unterscheiden wollen zwischen Asylsuchenden mit und ohne Bleibeperspektive. Jetzt haben Sie unsere Position übernommen. Zuerst sind Sie gegen die weitere Ausweitung weiterer sicherer Herkunftsländer. Sie haben

im Bundesrat beim ersten Mal auch nicht zugestimmt; ich weiß nicht, was Sie beim zweiten Mal machen. Jetzt haben Sie unsere Position übernommen.

Lange zögern Sie, Menschen ohne Bleibeperspektive zurückzuführen. Auch hier haben Sie sich jetzt unserer Position angeschlossen. Zuerst waren Sie der Meinung, man könne über ein Einwanderungsgesetz sogar auch noch abgelehnte Asylsuchende vom Balkan ein Bleiberecht verschaffen. Nun fordern Sie im Gleichklang mit dem bayerischen Ministerpräsidenten einen konsequenten Zuzugstop, und das dann auch nur für wenige Stunden. Gestern schränkten Sie diese Position dann halb wieder ein.

Bis zur Stunde gibt es kein klares Konzept, keine praktischen Vorschläge Ihrerseits auf diese Herausforderung.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Stattdessen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, bremsen Sie alles ab, was den Zuzug bremsen könnte. Sie wollen keine Grenzkontrollen, keine Flughafenverfahren, also Transitverfahren, Sie wollen keine Kontingentierung. Sie haben kein Konzept, aber fordern es von anderen. Stattdessen wollen Sie eine Ausweitung der Leistungen für Asylbewerber, eine Gesundheitskarte für Asylsuchende und die Stichtagsregelung, wonach jeder bleiben darf, wenn er eine bestimmte Zeit im Land war. Und die Landesregierung will Einbürgerungsmöglichkeiten auch noch beschleunigen; sie sollen ja morgen vorgestellt werden.

Was die Landesregierung aber machen sollte, das unterlässt sie, nämlich Vorsorge zu treffen für das, was auf unser Land noch zukommen wird. Seit dem Frühjahr hat die Landesregierung am Entwurf des Haushalts 2016 gearbeitet, man gewinnt aber leider nicht den Eindruck, dass die Herkulesaufgabe Flüchtlinge angemessen eingeflossen ist. Hunderttausende Flüchtlinge werden ein Bleiberecht in Deutschland erhalten. Sie brauchen Wohnungen, aber nicht nur das. Dass sie Wohnungen brauchen, das bestätigten auch Sie, Frau Ministerin Ahnen, in Ihrer gestrigen Rede. Was aber Frau Ahnen dann dazu ausgeführt hat, entspricht leider nicht den Tatsachen, denn die neuen Anforderungen an den Wohnungsbau schlagen sich mitnichten – wie Sie sagten – im Haushalt 2016 nieder.

Das Förderprogramm sieht Mittel von 23,1 Millionen Euro vor. 2015 waren es noch 24,6 Millionen Euro. Sie haben die Mittel gesenkt statt angehoben.

(Zurufe von der CDU)

Dann erklärt Frau Ahnen – ich zitiere –: „Jetzt hat auch der Bund Verbesserungen bei der Förderung des sozialen Wohnraums von 500 Millionen Euro bis 2019 zugesagt. Hiervon entfallen auf Rheinland-Pfalz 18,7 Millionen Euro.“

Hier muss bei Frau Ahnen etwas durcheinander geraten sein. Frau Ahnen, 18,7 Millionen Euro hat der Bund schon immer gezahlt. So steht es auch im Haushaltsentwurf der Landesregierung. Die zusätzlichen Mittel des Bundes schlagen sich jährlich mit 36,8 Millionen Euro für Rheinland-Pfalz nieder. Insgesamt erhält Rheinland-Pfalz also im kommenden Jahr über 50 Millionen Euro für den Wohnungsbau. Das Land selbst trägt nur 4,8 Millionen Eu-

ro dazu bei.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch schon wieder nicht!)

Deshalb fragen wir: Warum sagen Sie das so nicht? Warum sind Sie nicht transparent? Warum simulieren Sie nur eigene Aktivitäten und verschweigen, dass andere Ihnen dabei helfen?

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt auch andere Haushalts- – – –

(Staatsministerin Doris Ahnen unterhält
sich auf der Regierungsbank)

– Ich warte gern.

(Zuruf von der Regierungsbank: Sie können
gleich weiterreden!)

– Nein, aber es geht ja um die – – –

(Staatsministerin Doris Ahnen: Ich bin in
der Lage, Ihnen zuzuhören!)

– Ja, es geht ja um die Finanzministerin. Ich denke, Sie bitten ja, dass wir uns mit Ihrer Rede gestern auseinandersetzen.

(Staatsministerin Doris Ahnen: Das mache
ich gerade mit Ihren Zahlen!)

– Ja. Aber das können wir danach machen. Aber es geht ja um Ihre Rede, die Sie gestern gehalten haben. Ich denke, dass Sie dann auch entsprechend darauf antworten können, wäre, glaube ich, schon in Ordnung. Man kann ja auch einen Zettel reinreichen, und dann kann man das nachlesen.

(Beifall bei der CDU)

Gut, jeder setzt die Zeichen, die er für richtig hält.

(Beifall bei der CDU –
Carsten Pörksen, SPD: Da haben Sie
recht!)

Auch die anderen Haushaltstitel, wie Schule, wie Justiz, wie Polizei, all diese Bereiche, die auch von der veränderten Lage durch Hunderttausende von Menschen beeinflusst werden, die zu uns kommen, atmen nicht den Geist des Vorbereitetseins auf das, was die steigenden Zahlen der Flüchtlinge mit sich bringen. Wo ist da die vorausschauende Vorsorge?

Frau Ministerpräsidentin, Herr Schweitzer, Herr Köbler, die aktuelle Lage, der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen nach Europa und nach Deutschland stellt uns vor eine der größten Herausforderungen der zurückliegenden Jahrzehnte. Es ist ein gemeinsamer Kraftakt, den wir hier übrigens gemeinsam mit den Kommunalen zusammen schaffen müssen. Diese Komplexität der Aufgabe zeigt sich jeden Tag. Das zeigt sich jeden Tag. Auch das ungestimmte Vorgehen des Innenministeriums und des Integrationsministeriums, die unterschiedlichen Informa-

tionen, wenn man von Information der rechtzeitigen Art überhaupt reden kann, diese Komplexität, die sich in einer Querschnittsaufgabe in verschiedenen Ressorts bei Ihnen findet und übrigens auch in verschiedenen Ausschüssen des Landtags behandelt wird, braucht unserer Meinung nach ein parlamentarisches Dach, unter dem die Diskussion, der Informations- und auch der Lösungsaustausch gebündelt werden. Deshalb schlage ich vor, dass wir einen „Ad-hoc-Ausschuss Flüchtlinge“ im rheinland-pfälzischen Landtag einrichten. In diesem Ausschuss sollten auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände mitarbeiten; denn ohne die Kommunen und die Umsetzung vor Ort werden wir hier nicht erfolgreich sein.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Ihre Kollegin, die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer, hat daher für das Saarland die Einrichtung eines solchen Ausschusses ausdrücklich initiiert. Ich würde mich freuen, wenn Sie das mit unterstützen würden, wenn Sie unseren Vorschlag unterstützen. Ich habe Herrn Köbler und Herrn Schweitzer bereits am vergangenen Mittwoch einen Brief dazu geschrieben. Eine Antwort ist noch nicht angekommen. Man braucht sicherlich auch entsprechend Zeit. Von uns wird häufig von heute auf morgen eine Antwort auf einen Brief erwartet. Aber ich hoffe sehr, dass Sie bereit sind, dass wir in einem solchen Ad-hoc-Ausschuss, den auch das Saarland einrichten wird, gemeinsam gestalten können.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerin Ahnen, der von Ihnen vorgelegte Haushalt steht exemplarisch für einen fehlenden Anspruchs- und Gestaltungswillen dieser Landesregierung. Es geht Ihnen um Vergangenheitsbewältigung, aber nicht um Zukunftsgestaltung.

(Beifall der CDU)

Sie setzen in diesem Haushalt die Verschuldungskontinuität der vergangenen 25 Jahre der SPD-geführten Landesregierungen fort. Es wird sogar noch schlimmer. Es wird sogar noch schlechter, als es bereits vorher war.

Sie trauen sich nicht, ein halbes Jahr vor der Landtagswahl den Bürgern eine ehrliche Bilanz der Landesfinanzen vorzulegen. Sie führen sogar Projekte weiter, die man eigentlich beenden müsste, und Sie setzen sogar noch eines drauf. Ich will es konkretisieren:

Dieser Landeshaushalt verfügt 2016 gegenüber 2015 über Steuermehreinnahmen in Höhe von 461 Millionen Euro. Sie verfügen im Haushalt 2016 zusätzlich über nicht steuerliche Einnahmen – das sind Einnahmen – in Höhe von 143 Millionen Euro. Sie profitieren auch in diesem Haushalt 2016 von wirklich extrem niedrigen Zinsen, und da kommt es zu einer Ausgabenminderung, weil man weniger zahlen muss als erwartet, von 99 Millionen Euro.

Dann müssen wir schauen, Sie haben gegenüber dem Haushalt von 2015 rund 700 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Das würde eigentlich enorme Spielräume eröffnen. Aber Sie nutzen das nicht als Spielräume. Mit diesem

Spielraum hätten Sie die einmalige Möglichkeit gehabt, Rheinland-Pfalz endlich in die Reihe dieser Länder und in den Kreis der Länder zu führen, die in 2016 keine neuen Schulden mehr machen. Das ist übrigens die Mehrheit der Flächenländer. Wir fragen uns: Warum können Sie nicht das, was andere Länder unter ähnlichen Bedingungen hinbekommen?

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich sitzt bei Ihnen nach 25 Jahren Verschuldungspolitik der Schuldenreflex so tief, dass Sie einfach nicht davon loskommen.

Frau Ministerpräsidentin, in Ihrer Regierungszeit seit 2013 macht Rheinland-Pfalz die höchsten Schulden aller Flächenländer mit Ausnahme des Haushaltsnotlage-Landes Saarland. Frau Ministerpräsidentin, unter Ihnen ist der negative Qualitätsabstand der Haushaltspolitik zu den anderen Ländern noch größer geworden als unter Ihrem Vorgänger Kurt Beck. Das kann man an Zahlen auch festmachen. Während die Pro-Kopf-Verschuldung in Rheinland-Pfalz je Einwohner im Jahr 2013 – Ihr Amtsantritt – bei 9.514 Euro lag, liegt er 2015 jetzt bei 9.626 Euro. Seit dem Jahr 1991, dem ersten Jahr unter einer SPD-geführten Landesregierung, hat der Schuldenstand des Landes Rheinland-Pfalz von rund 11 Milliarden Euro auf 38 Milliarden Euro zugenommen. Das ist das Dreieinhalbfache. Er hat sich dreieinhalbfach vergrößert. Das ist die Handschrift SPD-geführter Landesregierungen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so handelt nur jemand, der über die nächste Runde kommen und nicht die Zukunft gestalten will. So mogelt man sich von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr, von Wahl zu Wahl. Mit Zukunft hat das nichts mehr zu tun. Sie sparen nicht, Sie gestalten nicht, Sie sorgen auch nicht vor.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, im Zuge Ihrer Kabinettsumbildung im vergangenen Jahr haben Sie behauptet, dass Sie „sehr klar“ in Ihren Handlungen seien. Sehr schnell wurde aber ein anderes klar. Sie werden diesem Anspruch – dem selbst gestellten Anspruch – nicht gerecht. Das fing schon an mit Ihrem ersten Nachtragshaushalt. Bereits bei Ihrem Amtsantritt war Ihnen doch klar, dass das Geld für den Flughafen Hahn zum Beispiel nicht reichen würde. In Ihrer Regierungserklärung damals – Klarheit ist Ihr Anspruch – haben Sie keinen Ton dazu gesagt. Nur fünf Wochen später – so etwas fällt ja nicht vom Himmel – mussten Sie sich dann selbst korrigieren und einen Nachtragshaushalt mit 120 Millionen Euro verabschieden, unter anderem für den Flughafen Hahn.

Hatten wir eigentlich schon einmal so viele Nachtragshaushalte in so kurzer Zeit wie unter Ihrer Regierungszeit, Frau Ministerpräsidentin?

Und auch dieses Mal, bei der Vorstellung der Eckwerte für den Landeshaushalt, stellen wir uns die Frage: Wo bleibt denn die selbst postulierte Klarheit? – Sie haben in der Pressekonferenz, in der Vorlage, im Presstext, suggeriert,

dass die Einnahmen aus der Auflösung der sogenannten Innovationsstiftung bei rund 60 Millionen Euro liegen.

Im Haushaltsentwurf stehen dann aber unter Kapitel 20 04 Titel 298 01 neu statt 60 Millionen Euro 90 Millionen Euro. Sie haben also offensichtlich versucht, die Situation schlechter darzustellen als sie ist, um Ihre Mehreinnahmen, die Sie haben, einfach kleinerzureden.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb überzeugt Ihr sogenanntes Sparpaket nicht.

Kommen wir noch einmal auf die Pressekonferenz zurück, die Sie am 15. September gehalten haben, um einfach einmal die Zahlen einzuordnen. Das kam mir gestern bei Ihrer Rede zu kurz, Frau Ministerin Ahnen. Wir müssen noch einmal deutlich sagen, wie viele Milliarden dieser Haushalt umfasst. Es sind 16 Milliarden Euro.

Eine Ministerpräsidentin und zwei Ministerinnen stellen für einen 16-Milliarden-Euro-Haushalt unter anderem folgende grandiosen Einsparungen vor – eine Ministerpräsidentin, zwei Ministerinnen –: Ansatz für vorbereitende Aufwendungen anlässlich des turnusgemäß von Rheinland-Pfalz ausgerichteten Tages der Deutschen Einheit im Jahr 2017, 400.000 Euro. Der Betrieb der elektronischen Fußfessel wird billiger, 135.000 Euro. Das Sozialministerium spart 68.000 Euro beim Geschäftsbedarf und 102.000 Euro bei der Hausbewirtschaftung. Bei der Staatskanzlei sollen 80.000 Euro für Veranstaltungen und Protokoll gespart werden, wovon allerdings 50.000 Euro aus dem nicht mehr stattfindenden „Rheinland-Pfalz Open Air“ stammen.

Interessant ist, wenn man sich zeitgleich anschaut, für was Sie aber bereit sind Geld auszugeben. Eine Umfrage zum Landestariftreuegesetz haben Sie beispielsweise im vergangenen Jahr mit satten 148.000 Euro ausgestattet. Oder für knapp 38.000 Euro haben Sie eine Umfrage zur Energie- und Klimaschutzpolitik in Rheinland-Pfalz in Auftrag gegeben. Gestern waren es, ich glaube, nur drei oder vier Sätze, die Sie dafür übrig hatten. Dafür ist noch Geld da, aber für andere Dinge nicht. Dann sprechen Sie von Sparen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wohlgemerkt, es geht um einen Haushalt von 16 Milliarden Euro, und Sie stellen allen Ernstes Ausgabenstreichlisten von rund 14 Milliarden Euro als Sparanstrengungen vor. Wir wollen einmal übersetzen, was das in Relation bedeutet.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Millionen!)

– Millionen. Ich wollte einmal ein bisschen testen.

16 Milliarden Euro macht unser Haushalt aus, und Sie stellen mit drei Personen – eine Ministerpräsidentin, zwei Ministerinnen – eine Einsparliste von 14 Millionen Euro vor. Wir können das einmal übersetzen: Das machen bei diesem Haushalt 0,855 % des Haushalts aus. Ihre Anstrengung beträgt noch nicht einmal 1 %.

Da kann ich nur sagen: Da atmet doch jede Zahl, die Sie hier vorgestellt haben, Verzweiflung.

(Beifall der CDU)

Wir kennen doch solche Dinge. Frau Ministerpräsidentin, Ihre Einsparliste erinnert schon ein wenig an den Aktionsplan für die Region Zweibrücken, nachdem der Flughafen insolvent wurde. Diesen Aktionsplan hat damals die Ministerpräsidentin mit gleich drei Ministern in der Staatskanzlei vorgestellt. Darin waren dann zukunftsweisende Ideen wie die Förderung eines Wasserspielplatzes enthalten.

Frau Ministerpräsidentin, auch hier erkennen wir eine Parallele zu Ihrem Amtsvorgänger. Der hat zum Schluss seiner Amtszeit auch versucht, durch das hinreichend große Zelebrieren des Anlasses die Kargheit der Ergebnisse zu kaschieren.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der CDU)

Man muss sich nur die Bilder vor Augen führen und daran erinnern, wie er kurz vor der Wahl gemeinsam mit dem damaligen Wirtschaftsminister in der Staatskanzlei das Zukunftskonzept zum Nürburgring präsentiert hat. „1.000 neue Arbeitsplätze“ stand damals auf dem Titelblatt der Tischvorlage. Auch hier: Große Kulisse, wenig Tragfähiges, teuer für die Steuerzahler.

Aber zurück zu Ihrer Einsparliste, Frau Ministerpräsidentin, Frau Ministerin. Sie nennen Maßnahmen, die Sie aber nicht beziffern. Das wäre das Entscheidende, um sich heute mit Ihrem Haushalt auseinandersetzen zu können.

Zum Beispiel die Begrenzung des Ausgabenanstiegs der Eingliederungshilfe. Sie wollen den Ausgabenanstieg begrenzen, sagen aber nicht wie. Trotz Ihrer Ankündigungen steigen die Kosten erheblich, nämlich in 2016 um 30,35 Millionen Euro.

Oder gehen wir zum Stellenabbau beim Landesamt für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie. Angekündigt ist ein Abbau von 93,25 Planstellen. Abgebaut werden 2016 netto 11,25 Stellen. Die Kosteneinsparung wird nicht beziffert.

Oder der verlangsamte Ausbau der Ganztagschulen wird als Einsparung verkauft. Das ist aber keine neue Einsparmaßnahme.

Oder die Verminderung der Ausgaben für den Hochbau. Auch das ist keine neue Maßnahme, die Sie vorstellen.

Dann die Verpachtung der Weinbaudomäne. Das ist eine Absichtserklärung, die aber kostenmäßig überhaupt nicht für 2016 relevant ist.

Deshalb schauen wir uns einmal an, was Sie uns noch vorgelegt haben, weil es heute um die Bewertung Ihrer Vorschläge geht.

Erstens: Gerade in den Jahren seit 2013, dem Jahr, seit dem Sie Verantwortung tragen, Frau Ministerpräsidentin, bis zum Haushalt 2016 leistet sich Rheinland-Pfalz die höchste Nettoneuverschuldung aller Flächenländer, außer

dem Saarland, das sich in einem besonderen Notstand befindet.

Es muss Ihnen, Frau Dreyer, doch zu denken geben, dass ein Land wie Schleswig-Holstein – übrigens auch rot-grün regiert – nunmehr dem ausgeglichenen Haushalt mit 18 Euro Neuverschuldung je Einwohner für 2016 wirklich sehr, sehr nahe gekommen ist. Noch 2013 zahlte Schleswig-Holstein deutlich mehr Zinsen, als Rheinland-Pfalz das tat. Schleswig-Holstein hat nicht prozentual mehr Einnahmen gehabt als Sie. Es hat also die gleichen Voraussetzungen und Bedingungen gehabt. Hier zeigt sich Willen und Können. Hier ist Willen und Können nicht vorhanden.

(Beifall der CDU)

Man kann es auch anders zusammenfassen: Unter Ihrer Regierungszeit hat sich Rheinland-Pfalz also weiter vom Konsolidierungskurs entfernt und nicht den Konsolidierungskurs konsequent fortgeführt. Oder es hängt einfach an der Definition, die eine andere ist, was Sie unter Konsolidieren verstehen.

Zweitens: Rheinland-Pfalz hat keine geringeren Steuereinnahmen pro Kopf als der Durchschnitt der anderen Länder nach Länderfinanzausgleich. An den Steuereinnahmen kann die überdurchschnittlich hohe Verschuldung also nicht gelegen haben – auch nicht an Bundesgesetzen.

Im Gegenteil, nach Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen verfügt Rheinland-Pfalz Jahr für Jahr fast immer über ein wenig mehr Steuereinnahmen als der Durchschnitt der Flächenländer West und übrigens die reichen Geberländer. Die weit überhöhte Verschuldung unseres Landes ist also nicht das Ergebnis von Benachteiligung, sondern es ist das Ergebnis schlechter rot-grüner Haushaltspolitik.

(Beifall der CDU)

Drittens: Die Gestaltungsspielräume der Länderhaushalte unterscheiden sich nicht durch die Höhe der Steuereinnahmen. Sie unterscheiden sich in einem entscheidenden Maß an der Belastung durch die jährlichen Zinszahlungen für die Schulden. Jetzt könnte man Ihnen zugute halten, wenn vorher andere Regierungen von einer anderen Partei dran gewesen wären, dass Sie deren Zinslasten jetzt zu tragen hätten, aber Sie sind in der Kontinuität und Mitglied der Partei, die seit 25 Jahren in diesem Land Verantwortung für diesen Schuldenhaushalt, der sich so aufbaut, trägt, und deshalb nehmen wir Sie in Verantwortung, Frau Dreyer.

In diesem Jahr wird Rheinland-Pfalz wieder rund 1 Milliarde Euro Zinsen für seinen Schuldenberg zahlen müssen. 1 Milliarde Euro Zinsen nur für den Schuldenberg – dieses Geld ist weg – bei Niedrigstzinsen. Das sind am Tag rund 2,7 Millionen Euro, die jeden Tag weg sind, nur weil man in der Vergangenheit nicht bereit war zu sparen. Sie machen das Gleiche für die kommende Generation. Weil Sie heute bei besten Bedingungen nicht bereit sind zu sparen, wird die kommende Generation ein Vielfaches an Steuern aufwenden müssen, um Ihre heutige Wohlfühlpolitik nachzufinanzieren. Das ist nicht gerecht.

(Beifall der CDU)

Das ist weder sozial noch gerecht und ökologisch sowieso nicht.

Zum Vergleich: Bayern zahlt nur 2,3 % seiner Steuereinnahmen für Zinsen. In Rheinland-Pfalz sind es 9,3 %, in Bayern 2,3 %. Das sind 67 Euro, aber bei uns ist das ein bisschen mehr pro Einwohner, nämlich 275 Euro. Das Geld fehlt uns bei Hochschulen, Kitas, Landesstraßen; dieses Geld fehlt für die Zukunft.

Durch die nun über 25 Jahre andauernde überdurchschnittliche jährliche Schuldenaufnahme ist das geschehen. Durch die damit verbundenen Ausgaben hat es Rheinland-Pfalz offenkundig nicht geschafft, die Wirtschaftskraft des Landes und die daraus folgende Steuerkraft zumindest an den westdeutschen Durchschnitt heranzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der „Konzern Rheinland-Pfalz“ braucht nach 25 Jahren endlich eine Kursänderung, damit es aufwärts gehen kann.

(Beifall der CDU)

Ich komme zu einem entscheidenden Punkt: Vermögen des Landes wird vernichtet. Es ist nicht nur so, dass Sie nicht auf neue Schulden verzichten, sondern Sie vernichten auch noch Vermögen des Landes. Rot-Grün löst die unter der CDU-Regierung initiierte und dann durchgeführte Innovationsstiftung auf. Das ist falsch; denn mit ihrem Geld wurde viel Gutes getan. Es wurde zum Beispiel der Landeswettbewerb „Jugend forscht“ unterstützt. Ich nenne auch die Erforschung zahlreicher medizinischer Therapieansätze, zum Beispiel bei der Schlaganfallforschung. Ohne jede Not vernichtet die Landesregierung ein bewährtes Instrument der Forschungs- und Innovationsförderung und setzt ein halbes Jahr vor der Wahl auf einen Einmaleffekt. Das ist eine schlechte Botschaft, die Sie damit an die Wissenschaft, an die Forschung und an die Wirtschaft aussenden.

Frau Dreyer, Innovation ist Zukunft, Ihre Freundin scheint das nur begrenzt zu sein, oder ist es bereits Ihre Ex-Freundin?

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

Innovation ist Zukunft. Auch bei den Landesstraßen lassen Sie Landesvermögen verfallen.

Frau Ministerpräsidentin, in Ihrer ersten Regierungserklärung hatten Sie ausgeführt – ich zitiere –: „Verkehrsprojekte sind wichtige Infrastrukturprojekte für unsere exportorientierte Wirtschaft und die Mobilität im ländlichen Raum.“

Das stimmt. Es ist aber Fakt, dass Sie die Landesstraßen verfallen lassen. Der Investitionsstau ist auf eine Milliarde Euro angewachsen. Wir kennen die typischen Reflexe, dass es heißt, wir reden schlecht. Deshalb zitiere ich den Landesrechnungshof. Der Landesrechnungshof ist nicht irgendjemand. Der Landesrechnungshof wird von Ihnen allen geschätzt, sonst hätten Sie den Präsidenten nicht zum Wirtschaftlichkeitsbeauftragten gemacht.

Das nur noch einmal zur Einordnung des Zitates des Rechnungshofs. Ich zitiere: „Der Wertverlust durch Abschreibungen wurde ab dem Jahr 2012 nicht mehr durch Investitionen ausgeglichen. Das Landesstraßennetz ist überaltert und weist einen Modernisierungsgrad auf, der sich mit 43 % auf einem niedrigen Niveau bewegt. Der Anlagenabnutzungsgrad ist mittlerweile auf 71 % gestiegen; d.h., das Landesstraßennetz hat rechnerisch fast drei Viertel seiner Nutzungsdauer erreicht.“

Jetzt kommt eines hinzu. Zeitgleich ist der zuständige Landesbetrieb Mobilität in eine Schiefelage geraten. Am Ende dieses Jahres werden beim LBM die Bankverbindlichkeiten höher sein als das Eigenkapital. Eine GmbH wäre dann insolvent. Wenn man mit der Zukunft befreundet ist, kann man so etwas in der Gegenwart nicht zulassen. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- Rheinland-Pfalz verschuldet sich, andere Länder nicht.
- Rheinland-Pfalz bildet Schattenhaushalte, andere Länder nicht.
- Rheinland-Pfalz treibt Kommunen in die Verschuldung, andere Länder nicht.

In Zeiten der Chancen setzen Sie den bisherigen Kurs unbeirrt fort. Was der Landesrechnungshof in seinem Gutachten zu den Landesstraßen über die Erhaltungsstrategie des Landes geschrieben hat, ist inzwischen symptomatisch für die gesamte Politik dieser Landesregierung geworden. Ich möchte noch einmal aus dem Landesrechnungshofbericht zitieren: „Die Schwerpunkte dieser Strategie lagen nicht auf Schadensprävention und grundhaften Straßenerneuerungen, sondern auf preisgünstigen, dünn-schichtigen und oberflächenverbessernden Instandsetzungen.“

Genauso ist Ihre Politik in diesem Landeshaushalt.

(Beifall der CDU)

Es wird überall ein bisschen Farbe drüber gepinselt. Dann soll es gut sein. So auch beim Pensionsfonds – gedacht als „Sparbüchse“ des Landes für künftige Beamtenversicherungen.

Frau Ahnen, Sie haben versucht, sie umzustricken. Das ist auch noch einmal ein solcher Punkt. Wir haben in vielen Haushaltsberatungen in den vergangenen Jahren immer den Pensionsfonds angesprochen, und zwar als Vorschlag, was man ändern muss. Wir wurden von Ihnen und Ihren Kollegen an diesem Pult immer wieder durch Zwischenrufe, Kommentare und Reden bezichtigt und verleumdet, wir würden es nur wieder nicht verstehen, was mit dem Pensionsfonds an guten rechnerischen Leistungen von Professor Deubel auf den Weg gebracht worden sei. Dieser sei ein Vorbild für andere Länder. Wenn das so wäre, frage ich mich, warum Sie jetzt versucht haben, etwas umzustricken. Liegt das vielleicht an einer Klage, die wir

eingereicht haben, und dass Sie Sorge haben, dass die vor der Wahl noch entschieden wird, oder ist das jetzt nur eine höhere Erkenntnis, die im Laufe der Jahre kommt?

Frau Ahnen erklärte dazu: „Die Anpassungen sind unabhängig von der anhängigen Verfassungsklage.“ Ja, natürlich wird das so sein. Sie hatten aber nicht die Kraft, zur guten Ursprungsidee des Fonds zurückzukehren, nämlich Vorsorge, Transparenz und Klarheit für die Pensionslasten zu schaffen, die auf das Land und die kommende Generation zukommen.

Die Einzahlungen in den Pensionsfonds werden jetzt pauschal mehr oder weniger beliebig auf 70 Millionen Euro festgelegt und haben überhaupt keinen Bezug zu der Zahl der Beamten, die in Zukunft zu versorgen sein wird. Würden Sie das ernst nehmen, dann müssten Sie tatsächlich nach Ihrem eigenen Finanzplan über 550 Millionen Euro einplanen. Das machen Sie nicht.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer und Frau Ahnen, Sie schönen Ihre Haushaltszahlen, indem Sie Vorsorge und Transparenz nicht ernst nehmen. Noch einmal: Es geht um die Zukunftslasten der kommenden Generationen. Unsere verfassungsrechtlichen Bedenken bleiben auch bei dem neuen Konstrukt des Fonds bestehen. Damit stehen wir übrigens nicht alleine da. Sie haben einiges an Anhörungen verfolgt. Ich glaube, das muss ich nicht wiederholen. Jedenfalls ist Ihre Meinung zum Teil doch sehr exklusiv, die Sie dazu haben.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben darum gebeten – – –

(Zuruf der Ministerpräsidentin Malu Dreyer)

– Jetzt kommt wieder der Zuruf, dass ich wieder nicht alles verstehe. Das ist vielleicht so. Das mag sein. Wir können es einmal festhalten. Rot-Grün behauptet, dass eine Opposition einfach den Intellekt nicht hätte. Wissen Sie, die Sensibelsten keilen meistens am meisten, und wenn Sie etwas falsch machen, dann haben Sie nicht die Größe, das nachzuvollziehen, was andere vorgeschlagen haben.

(Beifall der CDU)

– Herr Köbler, ich habe überhaupt nicht den Anspruch, dass wir alles besser können. Ich habe überhaupt nicht den Anspruch, dass wir alles besser wissen. Ich weiß auch nicht, ob uns die Wählerinnen und Wähler das Vertrauen aussprechen. Ich bin nicht so vermessen wie gestern die Ministerin, die ganz fest davon ausgeht. Man muss auch mit Demut in eine solche Zeit gehen, weil am Ende die Wählerinnen und Wähler entscheiden.

(Beifall der CDU)

Ich habe wirklich nicht den Anspruch. Ich glaube, keiner in meiner Fraktion hat bisher gesagt: Alles, was die Regierung macht, ist schlecht. – Das wäre unredlich. Dann erwarte ich von Ihnen auch, dass Sie nicht behaupten, dass wir gar nichts wissen würden, weil das genauso unredlich ist.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns einen selbst gesetzten Anspruch an. Wann formuliert man als Regierung einen Anspruch selbst? Das macht man, wenn man einen Koalitionsvertrag verabschiedet. Sie haben den Koalitionsvertrag bei Weitem nicht umgesetzt. Sie haben noch ein halbes Jahr Zeit. Das sehen wir an den vielen Gesetzen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, damit die Anträge der Opposition nach hinten rutschen. Das ist alles machbar.

Kommen wir zu den Kindertagesstätten. Dazu heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir stehen für den weiteren Ausbau von Sprachförderangeboten im Kindergarten.“ Fakt ist: Die Mittel für Sprachförderung in Kindertagesstätten sinken seit dem Haushaltsjahr 2014. – Hier driften Anspruch und Wirklichkeit auseinander.

Zur Schule heißt es im Koalitionsvertrag: „Die Klassenmesszahl in den Orientierungsstufen in den Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien soll reduziert werden.“ Fakt ist: Die Klassenverkleinerung in der Orientierungsstufe wurde kurzfristig ausgesetzt.

Zum Thema Wirtschaftswachstum und Gründungskultur heißt in Ihrem Koalitionsvertrag: „Die Landesregierung zielt mit ihrer Wirtschaftspolitik auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen und auf ein nachhaltiges, qualitatives Wachstum.“ Fakt ist: Das rheinland-pfälzische Wirtschaftswachstum hinkt dem bundesdeutschen Wirtschaftswachstum seit 1991 insgesamt hinterher.

Jetzt zum Haushalt und den Finanzen. Dazu heißt es in Ihrem Koalitionsvertrag: „Abgeleitet aus den derzeitigen Schätzungen über die Einnahme- und Ausgabeentwicklung des Landeshaushalts, werden wir jahresdurchschnittlich ca. 220 Mio. Euro konsolidieren, um die Vorgaben der neuen Schuldenregel für das Jahr 2020 zu erreichen.“

Fakt ist: Ein Haushaltsloch durch die Insolvenz des Nürburgrings, das Umgehen der Schuldenbremse durch den Pensionsfonds und die Nettoneuverschuldung für das Haushaltsjahr 2015. Diese Landesregierung hat ihr Konsolidierungsversprechen gebrochen.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, in Ihrer Regierungserklärung haben Sie gesagt: „Rot-grüne Regierungsarbeit muss mit meiner Regierungserklärung nicht neu erfunden werden.“ Dieses Versprechen haben Sie allerdings leider gehalten.

(Beifall bei der CDU)

Rechtliche Beratung sozial schwacher Menschen: Eigentlich ein SPD-Kernthema, könnte man meinen. – Dazu heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir wollen das öffentliche Rechtsberatungsangebot der anwaltlichen Beratungsstellen weiter fortentwickeln, um eine noch bessere niedrigschwellige Rechtsberatung insbesondere von Jugendlichen und sozial schwächeren Menschen zu erreichen.“

Fakt ist: In der vergangenen Wahlperiode gab es in Rheinland-Pfalz fünf anwaltliche Beratungsstellen. In dieser Wahlperiode ist lediglich eine hinzugekommen. Sie ist

mittwochs von 13:00 Uhr bis 14:00 Uhr besetzt.

(Heiterkeit bei der CDU –
Hedi Thelen, CDU: Immerhin!)

Wenn der neue Justizminister den Ausbau der anwaltlichen Beratungsstellen ebenso konsequent vorangetrieben hätte wie die Neuauflage der Broschüren in seinem Haus – wie man hört, störten ihn die Bilder seines Amtsvorgängers –, vielleicht gäbe es dann schon mehr Rechtsberatungsangebote für sozial schwache Menschen.

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Das wäre Schwerpunktsetzung gewesen, wie wir sie uns vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist interessant: Herr Pörksen sagte gerade, das sei an Lächerlichkeit nicht zu überbieten. Herr Pörksen, ich will einmal ganz kurz sagen, was lächerlich war: dass Ihre Ministerpräsidentin mit zwei Ministern eine sogenannte Einsparliste vorstellte, die ungefähr in Einzelpositionen das betrug, was der Minister auf der anderen Seite wieder ausgegeben hat. Wenn Sie von Lächerlichkeit sprechen, muss das auch für Ihre Kolleginnen und Kollegen gelten.

(Beifall der CDU)

Zur Polizeistärke heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir wollen die polizeiliche Infrastruktur auch in der Fläche erhalten.“

Fakt ist: Es gibt mehr Abgänge als Neueinstellungen. Die Landesregierung argumentiert mit Kopfzahlen. Frau Dreyer, Sie sprachen in Ihrer Regierungserklärung von Klarheit. Klarheit heißt, nicht von Kopfzahlen zu sprechen, Menschen, die Schicht arbeiten, sondern Klarheit heißt, von Vollzeitäquivalenten zu sprechen, weil das eine Größe ist, mit der man arbeiten und argumentieren kann. Unsere Forderung nach mindestens 9.000 Vollzeitäquivalenten wird nicht erreicht.

Wenn Sie wirklich von Klarheit reden, dann definieren Sie vielleicht vorher, damit man auch versteht, was Sie unter Klarheit verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu dem Thema, das alle hier beschäftigt. Das hat nichts mit einer Parteipolitik zu tun, ob sich einer mehr oder weniger darum kümmert, weil es alle bewegt: Gewalt gegen Mädchen und Frauen.

Dazu heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir wollen das gute Netz an Beratungs-, Kriseninterventions- und Zufluchtsangeboten für Frauen in Rheinland-Pfalz (...) ausbauen. Wir erkennen die wichtige Arbeit der Frauenhäuser an und werden sie auch zukünftig finanziell absichern.“

Kommen wir zu den Fakten: Es kommen immer mehr Aufgaben auf diese Einrichtungen zu, die Finanzmittel sind aber nicht gestiegen.

Wenn wir jetzt zum Breitbandausbau kommen, heißt es

dazu im Koalitionsvertrag: „Darüber hinaus wollen wir eine flächendeckende Versorgung mit leistungsstarkem Breitband vor allem auch im ländlichen Raum erreichen.“

Jawohl, das wollen wir alle. Man muss es nur auch machen.

(Beifall bei der CDU)

Fakt ist: Eine abgestimmte Breitbandstrategie im Land fehlt. Selbst die flächendeckende Versorgung mit zwei Mbit/s ist noch nicht gewährleistet. Von den von der Ministerpräsidentin angekündigten 50 Mbit/s ist das Land weit entfernt, übrigens ebenso vom Bundesdurchschnitt.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Auch das zeigt wieder, dass andere Länder, die einen ausgeglichenen Haushalt haben, die bereits zurückzahlen, eine bessere Breitbandversorgung haben. Das zeigt, dass Sie in der Vergangenheit nie Zukunftspolitik gemacht haben,

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

sondern wir in der Zukunft noch Ihre Vergangenheitspolitik zu bewältigen haben. Das ist ein entscheidender Unterschied, wenn es um die Zukunft junger Menschen geht. Deshalb wird es Zeit für einen Kurswechsel.

(Beifall der CDU)

Auch dort geht es wieder darum: Was sind originäre Landesmittel, was sind Landesmittel, die das Land wirklich in die Hand nimmt, um Breitband auszubauen, oder kündigt man einfach das an, was der Bund aus der Versteigerung der Frequenzen an das Land leiten wird?

(Christian Baldauf, CDU: Das ist die schönste Erklärung!)

Es wird umetikettiert, um dann wieder zu sagen: Wir sind mit voller Kraft – und angezogener Handbremse – dabei, den Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz zu gestalten.

Damit das auch jeder glaubt, gibt man noch einmal Machbarkeitsstudien vor der Wahl in Auftrag, um etwas zu suggerieren. Das ist keine Regierungspolitik, das ist Simulieren von Politik. Am Ende reicht es aber dann am besten zum Regenerieren in der Opposition, glaube ich.

(Beifall der CDU)

Ich will noch etwas zu den Kommunen sagen. Dazu heißt es im Koalitionsvertrag: „SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Rheinland-Pfalz werden eine kommunalfreundliche Politik verfolgen.“

Fakt ist: Die Kommunen haben im bundesweiten Vergleich die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung. Die ersten vier Plätze der zehn am höchsten verschuldeten Städte belegten im vergangenen Jahr vier Städte aus Rheinland-Pfalz.

Frau Dreyer, ist das Ihre Hand-in-Hand-Politik, dass unsere Kommunen an Ihrer Hand immer mehr ins Abseits geraten? Das muss sich ändern. Deshalb braucht Rheinland-

Pfalz eine Kursänderung.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, nun können Sie einwenden: Ich bin ja sozusagen nur für die Hälfte der Wahlperiode verantwortlich und konnte daher auch nicht alles umsetzen.

Betrachten wir also etwas genauer die vergangenen Jahre, in denen Sie im Amt der Ministerpräsidentin waren und sind. Wie halten Sie es beispielsweise mit dem vielbeschworenen Begriff Transparenz? Ein Versprechen von Ihnen, Frau Dreyer, war ein transparenterer Regierungsstil. Schon das Transparenzgesetz selbst bleibt intransparent; denn die tatsächlichen Kosten werden beim Transparenzgesetz intransparent verschwiegen.

So werden zum Beispiel die Kosten, die für mehr Personal anfallen, im Bereich der laufenden Kosten als nicht haushaltsrelevant bezeichnet. Oder: Die Entscheidung über die Schaffung zusätzlicher Stellen wird „einem späteren Haushaltsgesetzgeber überlassen“.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Das ist nicht nur nicht transparent, es verstößt übrigens auch gegen die elementaren Haushaltsgrundsätze, nämlich Klarheit und Wahrheit!

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur wir haben das gesagt. Herr Köbler, Sie sagen immer, das ist die Opposition. Nicht nur wir haben das gesagt. Das haben Sachverständige in einer Anhörung im zuständigen Landtagsausschuss festgestellt.

Die Liste Ihrer Transparenzverstöße in der Haushaltspolitik ist lang. Sie ist lang, und das seit vielen Jahren.

Mit Worten allein bekommt man noch keine Transparenz. Mir ist es lieber, man redet weniger über Transparenz, aber zeigt, dass man transparent handeln kann. Lieber weniger sagen, dafür mehr machen.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Was haben Sie in Ihrer Regierungserklärung zur Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik angekündigt? Ich zitiere, Frau Ministerpräsidentin: „Ich will Ihnen allen, Unternehmen, Kammern und Verbänden, eine aufmerksame Begleiterin und verlässliche Ansprechpartnerin sein.“

Fakt ist: Kammern und Wirtschaftsverbände im Land laufen Sturm gegen die rot-grüne Wirtschaftspolitik. Konkrete Forderungen der Wirtschaft in Form der beiden Forderungspapiere aus dem Frühjahr und Sommer 2015 von den Industrie- und Handelskammern wurden von Ihnen lediglich zur Kenntnis genommen. Ein Transparenzgesetz ist dennoch auf den Weg gebracht worden. Ebenso hat man sich bisher nicht vom Landestariftreuegesetz abgewendet. Eine Bürokratiebremse ist nicht in Sicht. Bei der Dokumentationspflicht beim Mindestlohn gab es keinerlei Unterstützung von dieser Landesregierung.

Deshalb: So etwas zu behaupten und am Ende dann anders zu machen, vielleicht braucht es manchmal ein bisschen länger, bis man das durchschaut, aber Sie können sicher sein, in den Jahren 2015 und 2016 haben es die Bürgerinnen und Bürger durchschaut.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zu einem letzten Beispiel. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung auch gesagt: „Verkehrsprojekte sind wichtige Infrastrukturprojekte für unsere exportorientierte Wirtschaft und für die Mobilität im ländlichen Raum.“ Ich habe es vorhin erwähnt. „Die Koalitionspartner sind sich einig, dass wir (...) Planungssicherheit (...) brauchen.“

Tja, was soll man dazu sagen? Nahezu bei keinem Großprojekt im Land gab oder gibt es wirklich Planungssicherheit: B 10, Flughafen Zweibrücken, Flughafen Hahn, Nürburgring, A 1 Lückenschluss, Moselaufstieg, Schiersteiner Brücke.

Die fehlenden Planungssicherheiten und die daraus resultierenden fehlenden Handlungsoptionen haben mit zu den bekannten Insolvenzen, Gerichtsverfahren und dem Verfall der Infrastruktur geführt. Außerdem führt die fehlende Planungssicherheit zu negativen Auswirkungen bei der Investorensuche.

Nahezu bei jedem Infrastrukturprojekt gibt es Unstimmigkeiten zwischen Rot-Grün. Das ist schon bemerkenswert, wie die SPD, die in der Regierung ist, die die Ministerpräsidentin stellt und vorher den Ministerpräsidenten stellte, vor der Landtagswahl für eine Mittelrheinbrücke warb, für die Bürgerbeteiligung damals unter Herrn Bruch Geld einstellte. Er hat mir das auch noch einmal bestätigt. Dann kommen Sie zusammen mit einer Partei, die sich Bürgerbeteiligung auf die Fahne schreibt, die aber als erstes das streicht, was für Bürgerbeteiligung vorgesehen war, nämlich für eine Mittelrheinbrücke. Das ist zumindest bemerkenswert.

(Beifall der CDU)

Jetzt wäre es ja noch Haltung, wenn Sie sagen, mit uns wird es keine Mittelrheinbrücke geben. Stattdessen lassen Sie durch den Kulturstaatssekretär erst einmal das Mittelrheintal beschimpfen. Die Mittelrheinbrücke kommt nicht. Dann schlagen Sie die BUGA 2031 vor. Wir freuen uns alle auf dieses Jahr. Wir haben ja noch ein bisschen Zeit bis 2031. Aber, was wir zwischendrin bräuchten, das wäre eine Mittelrheinbrücke.

Sie aber sagen, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Sie wollen mit Rot-Grün weiterregieren, und Sie sagen, Sie wollen die Mittelrheinbrücke. Und die Grünen sagen, mit uns wird es keine Mittelrheinbrücke geben. Sagen Sie mir, machen Sie eine Hängebrücke, wie sie jetzt am Samstag von Frau Lemke eingeweiht worden ist, oder was haben Sie vor, um Ihr Versprechen auf beiden Seiten einhalten zu können? – Das ist eine Frage von Transparenz.

Ich kann Ihnen transparent für die CDU Rheinland-Pfalz, für die CDU-Landtagsfraktion sagen, wir stehen zu einer Mittelrheinbrücke, wir stehen zur Bürgerbeteiligung, und wir stehen zu dem, was wir vorher gesagt haben. Und

deshalb ist es wichtig, dass wir von Ihnen erfahren, was Ihre Wege sein werden, und nicht, was Sie vorhaben, um Stimmen vor der Wahl zu bekommen. Ich glaube, das sind entscheidende Unterschiede, und deshalb müssen Sie das heute hier sagen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gleiche gilt für eine Reihe von Einzelmaßnahmen und Modellprojekten. Ein Beispiel hierfür ist das sogenannte Hausarztprogramm.

Der Anspruch: Die Mittel dienen der Stärkung und Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung in ländlichen Räumen. –

Raten Sie einmal, wie viel Geld „die Mittel“ sind, die das Land dafür zur Verfügung stellt? – Zunächst 400.000 Euro, für 2016 sind es 500.000 Euro. Und damit soll die ärztliche Versorgung flächendeckend sichergestellt werden? – Bis zum Jahr 2020 müssen voraussichtlich in 181 Gemeinden in Rheinland-Pfalz, also in fast einem Drittel aller Gemeinden mit derzeit mindestens einem Hausarztsitz, alle Vertragshausarztsitze altersbedingt nachbesetzt werden. Das sieht man jetzt schon, wie alt die jetzigen Ärzte dort sind. 181 Gemeinden bis 2020, und Sie legen ein „Hausarztprogramm“ mit 500.000 Euro auf.

Frau Ministerpräsidentin, als langjährige Gesundheitsministerin wissen Sie, dass das eigentlich lächerlich ist. Tatsächlich dient das „Hausarztprogramm“ doch nur dazu, den Menschen ein gutes Gefühl zu geben, das Land habe die Probleme im Blick. Und auch hier sehen wir wieder: mehr Schein als Sein.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen wir zum Wohnungsmanagementplan, ach, zum „Wolfsmanagementplan“. Stattdessen erfinden Sie Probleme, die es gar nicht gibt und die Sie dann mit großer Geste bewältigen. Ich komme zum „Wolfsmanagementplan“. In Rheinland-Pfalz gibt es keine Wölfe. Man streitet sich darüber. Trotzdem haben Sie dafür einen eigenen Managementplan für die Wölfe erarbeitet. So viel vorausschauendes Handeln hätten wir uns von Ihnen an anderer Stelle gewünscht.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Sie haben dazu extra ein Team gebildet und einen Begriff kreiert: Rheinland-Pfalz ist „Wolfserwartungsland“.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich hätte den Wunsch, Rheinland-Pfalz ist Zukunftserwartungsland und nicht „Wolfserwartungsland“.

(Beifall der CDU)

Ich weiß ja, dass wir Reben und Rübenindustrie hier haben. Aber mit Rheinland-Pfalz als „Wolfserwartungsland“ in der Welt zu werben, ich glaube, damit werden Sie keinen Blumentopf gewinnen, und die Digitalisierung werden Sie auch nicht voranbringen können.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Kommen wir noch einmal zum „Wolfserwartungsland“ und zum Team. Sage und schreibe 14 Einsätze hat dieses Team hinter sich gebracht. In zwei Fällen konnte eine Verletzung von Tieren durch einen Wolf zumindest nicht ausgeschlossen werden. Vielleicht war es aber auch nur ein Schäferhund? – Wir wissen es nicht. An die Tierhalter wurden jedenfalls 267 Euro gezahlt. Gesamtkosten für diese Aktion im „Wolfserwartungsland“ 12.000 Euro Steuergelder. Die hätten wir anders einsetzen können.

(Beifall der CDU)

Kommen wir zur Islamismus-Prävention. Unserer Meinung nach wird sie nicht ernst genommen in diesem Land. Da helfen auch Pressekonferenzen nichts. Sie wurden im vergangenen Doppelhaushalt – diese Präventionsmaßnahmen – lediglich mit knapp 10.000 Euro abgerufen. Lediglich zwei Veranstaltungen wurden durchgeführt. Das Problem des Salafismus haben Sie lange Zeit ignoriert, weil es eben nicht in die Botschaft gepasst hat.

Erst als wir als CDU-Fraktion eine Große Anfrage zu diesem Thema eingebracht hatten und konkrete Maßnahmen formulierten, haben Sie plötzlich hektische Betriebsamkeit entwickelt, und die „RHEINPFALZ“ – ich zitiere – schrieb dazu: „Gegen Islamismus hatte Rheinland-Pfalz bislang wenig getan. Offenbar fühlt sich die Regierung für diese Form von Extremismus weniger zuständig.“ Hier ist nichts hinzuzufügen.

Gehen wir weiter, Kompetenzzentrum Klimawandel. Die Wirtschaftsministerin wiederum unterhält in ihrem Hause ein „Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen“. Jetzt, zum Ende der Legislaturperiode, legt das Ministeri-/linebreak um – ich zitiere – den „Entwurf eines Klimaschutzkonzeptes des Landes Rheinland-Pfalz“ vor. Dazu gehört auch ein Maßnahmenkatalog. Dort lesen wir auf Seite 100 etwas über den „Aktionstag Klimaschutz – Earth Hour“. Es geht um die Stunde der Erde. Die Kurzbeschreibung der Maßnahme läuft letztlich auf eine Beschäftigungstherapie für die überflüssige Energieagentur hinaus. Da zeigt sich, auch die Energieagentur – wir werden uns bei den Haushaltsberatungen damit beschäftigen – ist eine Schwerpunktsetzung. Ja, aber ich sage Ihnen, wir würden andere Schwerpunkte setzen, und deshalb braucht dieses Land eine Kursänderung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CDU)

Übrigens, das will ich nicht verheimlichen, es steht noch etwas Wichtiges dabei, zum Klimaschutzbeitrag – Zitat –: „Geringer Beitrag durch Reduzierung des Strombedarfs für Beleuchtung (für eine Stunde)“. Was bringt das für unser Land? – Also, wir wollen perspektivisch voranschauen. Was die Menschen im Land zunehmend feststellen, ist, dass Sie sich in Rheinland-Pfalz viel zu spät um Probleme kümmern, erst dann, wenn sie gar nicht mehr zu leugnen sind.

Auch dazu will ich Ihnen gerne kurz Beispiele nennen. Sprachförderung in den Schulen: Die Zahl der Deutsch-Intensivkurse wächst um rund die Hälfte im laufenden Schuljahr. Die Zahl der Flüchtlinge aber hat sich gegenüber dem vergangenen Jahr bekanntlich verfünffacht. Wie passt das denn zusammen? – Wenn sich die Zahl der

Flüchtlinge verfünffacht hat, Sie die Sprachkurse aber nicht anpassen, dann ist das doch kein Zukunftshaushalt, sondern ein hilfloser „Nebelhaushalt“ nur mit Überschriften, aber nicht mit Fakten, die das Land dann auch prägen können.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Januar ließ sich Bildungsministerin Reiß zur Sprachförderung mit den Worten zitieren – ich zitiere wörtlich –: „Die Frage nach mehr Personal und zusätzlichen Mitteln stellt sich nicht.“ Das muss man sich einfach einmal vorstellen. Was war denn der Januar? – Im Januar, am 15., hat die CDU-Landtagsfraktion den ersten Flüchtlingsgipfel veranstaltet. Nicht, weil wir nichts zu tun hatten, sondern weil in den Kommunen bereits absehbar war, wie sich die Flüchtlingswanderungen zu uns entwickeln werden, was das für die Kommunen heißt, was das für unser Land heißt. Das war eine Zeit, der Januar, nicht des Sonnenscheins, in der überhaupt nicht damit zu rechnen war, dass etwas auf uns zukommt. Das war eine Zeit, in der wir zu einem Flüchtlingsgipfel eingeladen und das Thema Sprache thematisiert haben.

Ihre vorausschauende Bildungsministerin sagte – ich zitiere –: „Die Frage nach mehr Personal und zusätzlichen Mitteln stellt sich nicht.“ Das macht einem Angst.

(Beifall der CDU)

Im Landeshaushalt sieht der Ausgabentitel „Sprachförderung“ eine Steigerung von rund 20 % vor, in absoluten Zahlen sind das gerade einmal 490.000 Euro. Das sind gerade einmal acht Lehrerstellen. Frau Dreyer und Frau Ahnen, so werden wir die Herausforderungen sicherlich nicht bewältigen können.

(Beifall der CDU)

Deshalb stelle ich mir schon die Frage zusammen mit meiner Fraktion: Wie stellen Sie sich das vor, wenn die Sprachförderung nicht ausreicht und Kinder ohne Deutschkenntnisse in immer größerer Zahl in den Regelklassen sitzen? – Sie beschimpfen uns dafür, wir würden Ghetto-Klassen einführen.

Wissen Sie, wir fänden es besser, Sie würden eine solide Finanzierung vorlegen, die zu Ihren Vorstellungen passt. Wir aber machen einen Vorschlag, der zur Realität passt. Das sind keine Ghettoklassen, das ist Gestaltung der Zukunft, weil wir wissen, was auf uns zukommt. Das ist nicht ein „dünnbesetztes Drübermachen“, so wie es der Landesrechnungshof gesagt hat.

(Beifall der CDU)

Deshalb müssen wir auch deutlich machen, wie die Lehrer, wie die Erzieher das alles stemmen sollen und wie eine individuelle Förderung gewährleistet werden soll. Für Deutschkurse ist nicht genügend Geld da, aber für muttersprachlichen Unterricht. Das ist eine falsche Schwerpunktsetzung in diesen Zeiten.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mitunter hat man den Eindruck, Sie legen mehr Wert auf das Finden von Sprachregelungen als auf das Lösen von Problemen.

Um ein Beispiel zu nennen: Anlässlich der Vorstellung der Eckwerte des neuen Landeshaushalts hat Ihr Justizminister angekündigt, neue Rechtspflegerstellen zu schaffen. Das ist ein wichtiger Schritt, aber zur Frage der Finanzierung erklärte er, finanziert werde dies insbesondere auch durch interne Umschichtungen. Auf Nachfrage der „Rhein-Zeitung“, was genau sich hinter diesen internen Umschichtungen verberge, zum Beispiel das Verzichten auf das Drucken neuer Broschüren, nur weil das Bild überholt ist, erklärt er, na ja, die Richterschaft müsse etwas zusammenrücken. Wieso soll die Richterschaft zusammenrücken und nicht diese Landesregierung?

(Beifall bei der CDU –
Christian Baldauf, CDU: Das ist eine gute Frage!)

Gemeint waren Stellenstreichungen, und das in einer Zeit, in der zum Beispiel die Strafkammern mancherorts derart überlastet sind, dass möglicherweise – das sind nicht meine Worte, sondern Worte aus Justizkreisen – wegen zu langer Verfahrensdauern demnächst Haftbefehle aufgehoben werden müssen. Falsche Schwerpunktsetzung.

Frau Ministerin Ahnen, ich bin schon beeindruckt, in welcher verwegener Art Sie die Wirklichkeit verweigern und die Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen schönfärben. Wie haben Sie erklärt? – Land und Kommunen sitzen in einem Boot. Dafür steht diese Landesregierung ganz aktuell.

Frau Ministerin, Frau Ministerpräsidentin Dreyer sprach von Hand in Hand. Wenn wir den Vergleich mit dem Schiff, also Ihrem Boot, beibehalten, dann sitzt in der Realität die Landesregierung auf dem Sonnendeck und lässt sich feiern, und die Kommunen versuchen im Maschinenraum, den Wassereintrich zu stoppen. So wird erst ein Schuh daraus und nicht umgekehrt.

(Beifall der CDU)

Ihr gestern hoch gelobter kommunaler Finanzausgleich wurde bereits 2014 vom Verfassungsgerichtshof als nicht ausreichend kritisiert. Es geht hier um die Klagen. Trotzdem wurden die entsprechenden Vorgaben der Richter nicht eingehalten. Jetzt wird der Landesfinanzausgleich schon wieder beklagt.

Ich erinnere mich an gestern, als es darum ging, die Kommunen müssen klagen, weil es keine Hand-in-Hand-Politik ist. Herr Kollege Köbler hat herübergerufen, die hätten zu viel Zeit.

Das kann nur jemand sagen, der in seiner Partei keine Landräte und keine Oberbürgermeister hat.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt ja gar nicht! –
Hans-Josef Bracht, CDU: Jedenfalls keine Ahnung von kommunaler Politik hat!)

– In Rheinland-Pfalz haben Sie einen Oberbürgermeister?

(Staatssekretär Prof. Dr. Salvatore Barbaro:
Mayen! Habt ihr verloren!)

– Ach in Mayen, stimmt. Herr Professor Barbaro ruft mir gerade herüber, wir hätten das Oberbürgermeisteramt in Mayen verloren, das stimmt. Dafür haben wir Idar-Oberstein und noch einige andere Städte gewonnen. Lassen wir das einmal beiseite.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie haben ja recht, ich lasse mich auch gerne korrigieren.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
In Mainz wart ihr total erfolgreich bei der OB-Wahl!)

– Herr Köbler, Sie haben das gestern hereingerufen, und ich finde das eine derartige Klatsche und Missachtung von Kommunalen, die Ihre Willkommenskultur vor Ort umsetzen sollen.

(Carsten Pörksen, SPD: Sie immer mit Ihrer moralischen Keule!)

Sie sagen, sie hätten zu viel Zeit. Ich will es nur noch einmal in Relation setzen. Sie haben einen Oberbürgermeister in Rheinland-Pfalz.

(Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Guter Mann!)

Die CDU stellt die meisten Landräte, die meisten Bürgermeister, wir stellen die meisten kommunalen Mandate.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Wir wissen deshalb schon ein bisschen, was vor Ort passiert.

Diese Frauen und Männer leisten unglaublich viel, damit das Leben vor Ort gelingt, damit das, was Sie hier schönfärben, vor Ort der Realität standhält.

Wenn Sie Kommunen vorwerfen, die klagen – die müssen Geld in die Hand nehmen und überlegen sich dreimal, ob sie klagen, auch wenn sie öfter einmal Erfolg in Rheinland-Pfalz mit ihren Klagen haben –,

(Michael Billen, CDU: Ja!)

sie hätten zu viel Zeit, dann muss ich sagen, eine solche Äußerung ist einer regierungstragenden Fraktion nicht würdig.

(Beifall der CDU –
Hans-Josef Bracht, CDU: So ist es!)

Ich kann es mit einem Zitat des Landesrechnungshofs hinterlegen: „Mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz wurde nicht nur der Abbau von Altschulden, sondern auch das Ziel einer Nettotilgung der Liquiditätskredite verfolgt. Bislang wurde dieses Ziel verfehlt.“

„Die am Kommunalen Entschuldungsfonds teilnehmenden Gemeinden und Gemeindeverbände im Aufsichtsbereich

der Kreisverwaltungen hatten 2014 noch keine Nettotilgung ihrer Liquiditätskredite erreicht. Voraussichtlich wird ihr Kreditbestand mangels ausgeglichener Haushalte auch bis zum Ende der Fondslaufzeit nicht ab-, sondern erheblich zunehmen.“

Frau Ministerin Ahnen, wie passt das denn zu Ihren gestrigen Äußerungen? Ist das Ihr Ansatz von Transparenz und Ehrlichkeit der Öffentlichkeit gegenüber? Wir sehen das anders. Deshalb braucht Rheinland-Pfalz eine Kursänderung.

(Beifall der CDU)

Ich komme noch zu den fremden Federn, mit denen Sie sich schmücken. Was hat denn das Kommunale Investitionsprogramm mit Ihren Aktivitäten zu tun?

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Ziemlich viel!)

Wer hat denn das Kommunale Investitionsprogramm ins Leben gerufen? – Das waren die CDU-Innenminister im engen Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden auf der Bundes- und Landesebene.

(Heiterkeit der Ministerpräsidentin Malu Dreyer)

Sie lassen sich dafür feiern, dass Sie mehr Mittel als andere Länder bekommen, weil die Kommunen in Rheinland-Pfalz besonders hoch verschuldet sind. So wird ein Schuh daraus.

Sie haben formuliert, „Wir lassen unsere Kommunen nicht im Regen stehen“, aber geben ihnen einen löchrigen Regenschirm an die Hand.

Dann gebe ich Ihnen einmal einige Hinweise. Oktober 2011: Enquete-Kommission „Kommunale Finanzen“, die wir vorgeschlagen und gemeinsam eingerichtet haben.

Dabei geht es um die Gesamtverschuldung der Flächenländer. Sie kennen die Zahlen. Ich will sie kurz zusammenfassen: Gesamtverschuldung 12,2 Milliarden Euro. Wenn wir uns die Gesamtverschuldung anschauen, wie sie vorher war, dann können wir sehen, sie war um einiges niedriger.

Ich will das Thema gar nicht so viel an Zahlen festmachen, sondern nur eines festhalten: Wenn 1.375 Kommunen in 2014 negative Finanzierungssalden in Höhe von insgesamt 665 Millionen Euro haben, dann ist das alarmierend. Der landesweite negative Finanzierungssaldo in Höhe von 374 Millionen Euro ist schon in den Vorjahren erneut deutlich höher als in den Jahren vor der Wirtschafts- und Finanzkrise ausgefallen.

Neutralisiert man die Leistungen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds in Höhe von 158 Millionen Euro, dann belief sich das strukturelle Defizit 2014 auf 532 Millionen Euro und damit auf das Dreifache des Betrages des Haushaltsjahres 2007, das der Verfassungsgerichtshof seiner Entscheidung vom 14. Januar 2014 zugrunde gelegt hat.

Frau Ministerin, das heißt, ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie darauf zu sprechen kommen, dass Sie von ei-

nem verfassungsgemäßen kommunalen Finanzausgleich noch viel weiter entfernt sind, als Sie es waren, als Sie die Klatsche vor dem Verfassungsgerichtshof wegen dieses verfassungswidrigen Haushalts bekommen haben.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die erfolgreiche Sanierung des Landeshaushalts muss endlich Voraussetzung und auch Ergebnis einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik einer Landesregierung in Rheinland-Pfalz werden.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine solche Haushaltspolitik würde neue Spielräume für Wachstumsimpulse eröffnen. Unter einer CDU-geführten Landesregierung würden solche Spielräume konsequent erarbeitet, um in Felder der Zukunft zu investieren, um die Kommunen zu entlasten, um die öffentliche Infrastruktur zu stärken, um den Breitbandausbau und die Digitalisierung merklich voranzubringen, um die Flüchtlinge, die bei uns bleiben, gut zu integrieren, um den Forschungs- und Innovationsbereich auszubauen.

Unsere Schwerpunkte christdemokratischer Politik sind die Bildung, die Infrastruktur, die Innere Sicherheit, und

Menschen in Grenzsituationen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür sind solide Finanzen notwendig, damit morgen soziale Fairness gelingen kann.

(Beifall der CDU)

Wir werden im Rahmen der nun anstehenden Haushaltsberatungen und bei der Abschlussberatung unser Konzept vorlegen.

Frau Ahnen, Sie sagten, Sparen sei kein Selbstzweck. Ich möchte noch einmal zur Definition sagen, Sparen ist, Rücksicht auf kommende Generationen zu nehmen, heute an morgen zu denken und nicht nur an die nächste Wahl. Sparen heißt, von dem, was man hat, etwas zur Seite zu legen und nicht weniger „Mehrschulden“ zu machen.

Wenn man selbst ein Jahr davor die Schulden, die man machen würde, extra hochgerechnet hat, um dann unter dieser Latte hindurchzugehen, dann sieht das zwar gut aus, aber es ist Augenwischerei, es ist kein Sparen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kollegen, das strukturelle Defizit ist übrigens nur ein Kriterium, aber nicht das alleinige. Schulden bleiben Schulden, auch wenn Sie die Definition ändern. So kann man sich nicht als Verbündeter der Zukunft und der kommenden Generation empfehlen. So empfiehlt man sich nur selbst in seinem eigenen Wahlkampf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, solide Finanzen sind die Grundlage für soziale Fairness der Zukunft, und wenn nicht jetzt, zu günstigen finanzpolitischen Zeiten, wann dann kann es gelingen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen? – Man muss es nur wollen!

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Joachim Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir begrüßen Gäste im Landtag. Ich begrüße Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe des Gymnasiums am Römerkastell in Alzey. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich die Ehrenamtliche Projektgruppe der Initiative „Ich bin dabei“ der Verbandsgemeinde Kirn-Land. Seien Sie ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Schließlich ist der Verein Berufliches und Soziales Lernen im Hunsrück e. V. bei uns zu Gast. Seien Sie herzlich willkommen bei uns in Mainz!

(Beifall im Hause)

Wir setzen nun die Debatte fort. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Alexander Schweitzer das Wort.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Fürwahr, man kann wirklich sagen, wir leben in ungewöhnlichen Zeiten in Europa, in Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz.

(Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund übernimmt den Vorsitz)

Ich darf jetzt nicht so lange zurückblicken wie manche, aber ich bin dennoch der Meinung, wir hatten selten eine solch schwierige Debattenlage in Europa, in Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz zum Zeitpunkt der Einbringung eines Haushalts, meine Damen und Herren.

Deutschland und auch Rheinland-Pfalz ist in einer Ausnahmesituation. Viele Tausende Menschen kommen aus Krieg und Elend, um in Deutschland zumindest Schutz, wenn möglich auch Perspektiven, zu finden. Es sind Abertausende, oftmals hoffnungslos gestrandete Menschen, die Leib und Leben riskiert haben, um nach Europa und auch nach Deutschland zu kommen. Diese Menschen riskieren Leib und Leben, aber nicht, meine Damen und Herren, weil es ihnen um Leistungsanreize ginge.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland realisiert langsam, zu welcher Verpflichtung es sich – wie ich finde, völlig zu Recht, aber dennoch – bekannt hat.

Wir befinden uns in diesen Tagen in einer öffentlichen Debatte, die sich darum dreht, ob in dieser schwierigen Situation die Chancen das Bewusstsein dieser schwierigen

Aufgabe, dieser größten Aufgabe mindestens seit der Deutschen Wiedervereinigung, inzwischen schon überwiegen. Auch darüber sollten wir im Zuge einer Haushaltsdebatte miteinander reden.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion ist der Auffassung, dass diese Landesregierung einen überzeugenden Entwurf für den Landeshaushalt 2016 eingebracht hat. Es ist ein zukunftsweisender Entwurf; denn er befindet sich in der Kontinuität der rot-grünen Modernisierung seit 2011.

Meine Damen und Herren, natürlich stehen wir nicht an zu sagen, wir verfügen über die Absicht, über das Wollen und das Können, und wir haben den Mut zu sagen: Liebe Bürgerinnen und Bürger des Landes Rheinland-Pfalz, wir werden uns erneut um das Mandat bewerben, und ich bin zuversichtlich, dass Rot-Grün in diesem Land weiter regieren wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zu den Zahlen etwas ausführen, was den Rahmen setzt. Warum bin ich der Meinung, dass dies ein überzeugender Entwurf ist?

Ich bin deshalb der Meinung, weil er einen erfolgreichen Kurs der realistischen Konsolidierung in diesem Land fortsetzt. Dieses Ziel ist 2020 zu erreichen. Wo stehen wir auf dem Weg hin zu diesem Ziel?

Das strukturelle Defizit im Jahr 2011 betrug 1.630 Millionen Euro. In diesem Jahr wird es 467 Millionen Euro betragen.

Die Nettokreditaufnahme betrug ebenfalls im Jahr 2011 1.793 Millionen Euro, und dieser Haushalt wird mit 408 Millionen Euro Nettokreditaufnahme auskommen.

Meine Damen und Herren, wir werden – das ist gute Übung, und das ist auch unsere Aufgabe – diesen Regierungsentwurf im parlamentarischen Verfahren en detail beraten. Bitte lassen Sie mich – auch wenn wir nicht im Bundestag sind – doch das Struck'sche Gesetz auf den Landtag übertragen: Natürlich werden wir uns gestalterisch mit diesem Haushalt beschäftigen. Dieser Haushalt wird das Plenum des Landtages nicht so verlassen, wie er ihn angetroffen hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Fehler erkannt! – Julia Klöckner, CDU: Fehler erkannt!)

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Punkt, der jetzt auch in die Haushaltsberatungen eingebracht werden muss, ist sicherlich die Umsetzung der Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels auf Bundesebene, zu dem Frau Merkel, nachdem Malu Dreyer sie wirklich mit Nachdruck dazu aufgefordert hat,

(Heiterkeit bei der CDU)

endlich eingeladen hat.

– Wissen Sie, Frau Klöckner, ich habe das Wort der Demut aus Ihrem Mund noch im Ohr.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das Ihre Vorstellung von Demut ist, was Sie gerade eben in Ihrer Häme in das Plenum hineingerufen haben, liebe Frau Klöckner, dann haben wir unterschiedliche Vorstellungen von Demut. Ich glaube, es ist eher so, Sie haben überhaupt keine Vorstellung von Demut, liebe Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es kommt gleich noch etwas zur Demut, Frau Klöckner. Das wird einfach nicht an Ihnen vorbeigehen können.

Es ist tatsächlich so, wir hatten einen turbulenten Sommer, was das Thema Flüchtlinge angeht. Lassen Sie mich als Sozialdemokrat sagen, nachdem die Kanzlerin lange gebraucht hat, lange ihre Rolle gesucht hat, ist sie nach meiner Auffassung ganz bei sich. Die Frage ist aber: Ist die Union noch bei ihr?

(Petra Elsner, SPD: Genau!)

Es war ein Sommer, der sozusagen aus dem Begriff des Willkommens eine alltägliche, eine sachliche, eine schwierige politische Aufgabe hat werden lassen. Jetzt haben Sie gelacht. Aber es ist nun einmal so im Leben, man kann an historischen Tatsachen nicht vorbeilachen, Frau Klöckner. Wer war es denn, der an der Spitze der Länder gesagt hat, ja, willkommen, herzlich willkommen, wir können eine solche Aufgabe meistern? Aber das wird ohne das Bohren dicker Bretter nicht gehen, und zwar das gemeinsame Bohren. Wer hat denn Frau Merkel aufgefordert, sich zu dieser Aufgabe zu bekennen? – Es war Malu Dreyer.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Es tut Ihnen weh, ja natürlich. Aber es war einfach so. Wir sind froh, dass die Ergebnisse, die jetzt kommen, auch mit ihrem Namen verbunden sind.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich eines aufnehmen, was Sie schon angesprochen haben, wir hätten nach dem Bund gerufen. Das Problem ist, dass man ihn hat rufen müssen,

(Kathrin Anklam-Trapp, SPD: So ist es!)

dass der Bund im Sommer und zu Beginn des Jahres nicht schon erkannt hat, das ist eine Aufgabe, die größer, gewaltiger, herausfordernder wird als jede andere Aufgabe, mit der wir es in den letzten Jahren zu tun hatten. Man hat versucht, sich wegzuducken. Man hat auch in der Verantwortung des Bundesinnenministers, den ich später noch einmal würdigen werden, versucht, sich wegzuducken. Der Bund musste gerufen werden. Das ist das Traurige, nicht, dass wir ihn gerufen haben, sondern dass er sich hat auffordern lassen müssen, übrigens von allen 16 Bundesländern. Einige wenige schwarz regierte Bundesländer sind noch darunter, Frau Klöckner. Auch das ist eine der historischen Tatsachen, an denen Sie nicht vorbeischauchen können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum ist es so, dass unsere Ministerpräsidentin im Reigen der Bundesländer gemeinsam mit der Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, dass wieder Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik entstehen konnte. Ob es ausreicht, werden wir alle miteinander noch zu prüfen haben. Es ist doch tatsächlich so, wie es Doris Ahnen gestern gesagt hat. Wir sind in dieser außergewöhnlichen Situation, für die es keine historische Blaupause gibt. Wir sind in einer Situation, dass wir auf Sicht fahren. Nur wer Oppositionsführerin ist, weiß schon im Januar 2015 mehr auf dem Flüchtlingsgipfel, als der zuständige Bundesinnenminister im August 2015 wusste. Liebe Frau Kollegin Klöckner, das kann man Ihnen nicht abnehmen. Wir sind alle in dieser besonderen Situation auf Sicht unterwegs. Wer so tut, als würde er mehr sehen, der sieht vielleicht doch nur die eigene Schuhspitze, liebe Frau Kollegin. Aber mit diesen Bildern muss man vorsichtig sein. Deshalb nehme ich es wieder zurück.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Heiterkeit von Staatsminister Roger Lewentz)

– Der Kollege Innenminister weiß, worüber ich rede.

(Heiterkeit bei der SPD
Julia Klöckner, CDU: Ich auch!)

Deshalb ist es jetzt auch wichtig, dass wir uns anschauen, was in den Haushaltsberatungen aus diesem Ergebnis zu übernehmen ist, das ich ohne jede parteipolitische Versuchung als gutes Ergebnis für Bund und Länder bezeichnen möchte.

(Julia Klöckner, CDU: Sehen das die GRÜNEN auch so?)

Aber es gilt in diesen Tagen auch, dass wir schon wahrnehmen können, dass die Menschen sich fragen, was denn nach dem Willkommen sein wird. Wer ist da? Wer bleibt da? Wer kann da bleiben? Wie integrieren wir die Menschen in unsere Gesellschaft? Die Bereitschaft ist da, aber natürlich ist auch manche Sorge da.

Nur, wer diese Sorgen ignoriert, wird dadurch keine bessere Willkommenskultur in diesem Land organisieren, sondern nur der, der es schafft, auch die Sorgen ernst zu nehmen und mit den Menschen offen zu reden und deutlich zu machen, dass wir Grundlagen des Zusammenlebens haben. Diese sind durch die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes definiert. Sie haben viel damit zu tun, dass wir die Freiheit und den Rechtsstaat würdigen, wir die Meinungsfreiheit für alle würdigen, wir Religionsfreiheit würdigen und schätzen. Lassen Sie mich sagen, das gilt für alle Religionen, auch im Verhältnis untereinander. Das gilt für uns Christen – da nehme ich mich, als ehemaliger Messdiener darf ich das, auch durchaus mit in die Verantwortung – den Muslimen gegenüber, ohne verkürzte und holzschnittartige Vorstellungen von deren Religion. Das gilt auch allen anderen Religionen gegenüber.

Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, mich treibt schon

um, wenn uns in diesen Tagen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger fragen, ob wir denn sicher sind, dass viele Menschen muslimischen Glaubens aus den Ländern, aus denen sie kommen, tatsächlich etwas, was ich für eine Staatsräson halte, nämlich das Existenzrecht Israels, genauso einschätzen wie wir auch.

Meine Damen und Herren, da müssen wir eben deutlich machen, da kann es kein Vertun geben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da geht es auch um die Gleichberechtigung von Mann und Frau, um die Freiheit der sexuellen Orientierung. All das sind Punkte, von denen wir sagen, da kann es keine Einschränkung und keine Relativierung geben. Warum? Nicht etwa, weil das ein Diskurs ist, den uns die Pegida-Menschen, die jetzt wieder unterwegs sind, diktieren, nein, im Gegenteil, weil wir in Rheinland-Pfalz – ich sage das auch unter der Flagge des Hambacher Schlosses – in ganz besonderen Traditionen, in freiheitlichen Traditionen und auf der Grundlage der Französischen Revolution stehen. Das muss man uns nicht beibringen, meine Damen und Herren.

Wir haben es schon immer hinbekommen, die Menschen, die zu uns gekommen sind, zu integrieren und aufzunehmen, von ihnen etwas abzuverlangen und damit die Gesellschaft stärker zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wer dann glaubt, in diesen Zeiten und vor dieser Herausforderung kann man es mit einem Integrationspflichtgesetz sozusagen mit der Integration per multiple choice und Klappbrett hinbekommen, der hat diese Herausforderung nicht wirklich verstanden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Integration ist ein Prozess, zu dem man bereit sein muss. Da müssen sich alle in Bewegung setzen, aber auf Grundlage der Werte, die ich eben angesprochen habe. Deshalb bin ich sehr froh, dass die Landesregierung bzw. Frau Ministerpräsidentin Dreyer zusammen mit Irene Alt vorgeschlagen hat, dass wir in diesem Land zu einer Integrationskonferenz zusammenkommen. Das ist das, was jetzt ansteht, sich miteinander darüber auszutauschen, wie wir leben wollen, wie wir neue Formen des Zusammenlebens finden. Das ist die beste Medizin gegen diffuse Ängste, gegen hektische, gegen aktionistische Schnellschüsse oder sogar populistische Schnellschüsse, wie Ihr Vorschlag, Frau Kollegin Klöckner, von rheinland-pfälzischen Medien genannt wurde.

Das alles fügt sich ein in einen Gesamthaushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, der deutlich macht, wir wollen in Rheinland-Pfalz das bewahren, was uns stark macht und ausgemacht hat. Wir wollen auch in Zukunft ein wirtschaftlich erfolgreiches Land sein. Wir wollen das lebenswerte Land bleiben, das wir sind. Wir sind ein weltoffenes, ein tolerantes Land und wissen, wie wir mit Menschen, die zu uns kommen, ordentlich umgehen.

Meine Damen und Herren, seriöse Haushaltspolitik heißt in diesen Tagen vor allem Einhaltung der neuen und bis 2020 auch der alten Schuldenregel. Das wird mit diesem Entwurf, wie in all den vergangenen Jahren, erreicht. Das strukturelle Defizit wird um 128 Millionen Euro reduziert. Es liegt damit mit 467 Millionen Euro um 68 Millionen Euro unter dem Wert, der in der letzten Finanzplanung vorgesehen war. Das möchte ich auch einmal sagen.

Das ist eine Finanzplanung, die wir gemeinsam erstellt haben, die auch anerkannt war. Es sind also keine gefakten Zahlen, die man hochgeschraubt hat, um dann darunter zu gehen, wie Sie es versucht haben darzustellen, Frau Klöckner. Es ist die Finanzplanung des Landes. Es ergibt sich aus dem Ausführungsgesetz zur neuen Schuldenregel für 2016, dass wir feststellen können, dass das Defizit sogar um 257 Millionen Euro besser ist. Das heißt, wir sind auf Kurs. Das heißt auch, wir sind noch nicht am Ziel, aber das Ziel für 2020 ist fest im Blick.

Wir sind weiter, als wir uns es für dieses Jahr vorgenommen hatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nicht anders und sage, das ist ein starkes Signal. Wir unterstützen diesen Kurs ausdrücklich.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Ausgabenentwicklung ist etwas zu sagen. Die Steigerungsrate ist mit 0,1 % oder 64 Millionen Euro sehr gering. Das liegt natürlich auch daran, dass wir mit der Reform des Pensionsfonds für die Beamtenversorgung die Zuführung an diesen Fonds massiv verändert haben, aber trotzdem unserer Verantwortung für die Beamtinnen und Beamten gerecht werden und uns sozusagen im Kanon der anderen Länder, die Vergleichbares schon auf den Weg gebracht haben, befinden. Warum sollten wir an dieser Stelle den Ehrgeiz haben, ein Alleinstellungsmerkmal als einziges westdeutsches Flächenland an den Tag zu legen?

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Im Gegenteil, wir befinden uns im Gleichklang der Länder. Das hilft uns bei den Zielen, die wir uns gesetzt haben.

Selbst wenn man die Effekte durch den Pensionsfonds nicht mit einbezieht, dann liegt die Ausgabenminderung noch deutlich unter dem Plus bei den Einnahmen. Das heißt, wie Sie es drehen oder wenden wollen, es ist und bleibt ein Konsolidierungshaushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

Frau Ahnen, Sie haben gestern ausgeführt, dass uns die Zinsentwicklung in dieser Zeit die eine oder andere Möglichkeit gibt. Ich will darauf hinweisen, dass ich es für hoch verantwortlich halte, dass dieser Haushalt die Möglichkeit einer anderen Zinsentwicklung – keiner weiß, wie konjunkturelle Lagen nicht nur in Europa, sondern darüber hinaus Auswirkungen auf die Leitzinsen haben werden – berücksichtigt. Das alles ist transparent dargestellt. Die wichtigsten Standards an moderner Haushaltsführung sind gegeben.

Lassen Sie mich betonen, wo die Schwerpunkte liegen. Ja, wir haben Steigerungen, etwa beim kommunalen Finanzausgleich, 176 Millionen Euro plus beim kommunalen Finanzausgleich.

Wir haben Steigerungen bei den Versorgungsausgaben. Das ist etwas, was man kaum regulieren kann, es sei denn, man trifft die Entscheidung, wie wir sie getroffen haben, dass man den Deckel um 1 % wegnimmt. Das haben wir getan. Wir haben das sehr gerne getan. Sie haben sich bis heute noch nicht dazu geäußert, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Die Menschen im Land werden wissen, dass sie das Rot, Grün und dem Handeln der Fraktionen gemeinsam mit der Landesregierung zu verdanken haben.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben darüber hinaus mit der Zuführung zum Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ in Höhe von 102 Millionen Euro deutliche Schwerpunkte gesetzt.

Das heißt, wir konsolidieren diesen Landeshaushalt nachhaltig. Wir tun das in Übereinstimmung mit den beiden Schuldenregeln, die wir uns gegeben haben und die Gültigkeit haben. Das heißt, unbequeme Entscheidungen müssen durchgesetzt werden. Das ist, wenn ich an die Verwaltungsentwicklung denke, wenn ich an die Personalausgaben denke, wenn ich an die Reduzierungen im Bereich der sächlichen Ausgaben denke, immer mit schwierigen Entscheidungen und ihrer Anbahnung verbunden.

Liebe Frau Klöckner, Sie haben sich – das will ich Ihnen gar nicht absprechen – das Recht herausgenommen, heute erst einmal zu kritisieren und dann irgendwann später im Verlauf der Haushaltsberatungen eigene Vorschläge zu machen. Das ist nicht ungeschickt. Sie haben zuzusagen die eigene Fallhöhe reduziert; denn wenn Sie selbst in Ihrer Rede ankündigen, dass Sie nicht liefern werden, kann auch die Erwartungshaltung nicht besonders groß werden. Aber dennoch wird es im Laufe der Beratungen Ihre Aufgabe sein. Ich stelle es mir einigermaßen schwer vor, wenn Ihre Glaubwürdigkeit nicht komplett ausfransen soll.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

– Lieber Herr Dr. Weiland, ich freue mich über Ihre Zwischenrufe, aber es geht jetzt gerade um Frau Klöckner, darum lasse ich Sie jetzt – –

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Ich hatte das Vergnügen, beim Abend der Landwirtschaftskammer neben Frau Klöckner zu sitzen und nicht neben Herrn Dr. Weiland. Da gab es eine Begebenheit, die will ich zur Anekdote und vielleicht stellvertretend für die Haushaltsberatungen insgesamt machen. Herr Schindler war da. Ein guter Mann, keiner von uns, trotzdem ist es ein guter Mann. Er hat sich ausgelassen und gefragt, wie es in der Agrarverwaltung ist. Da haben wir einiges zu tun. Er hat dann – nonchalant wie er eben ist – gesagt, es bringt wahrscheinlich auch nichts, wenn die anderen drankom-

men, die werden genauso sparen müssen. Es war nicht Herr Weiland, es war Frau Klöckner, die neben mir gesagt hat, bei euch sparen wir nicht.

Ich habe später die Gelegenheit ergriffen zu sagen, es gibt so viele Parlamentarische Abende in diesem Landtag und wenn jedes Mal von der Oppositionsführerin der Zwischenruf kommt, bei euch sparen wir nicht, dann wird es am Ende keine Rechnung. Da franst die Glaubwürdigkeit aus.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen deswegen schon wissen, wo Sie sparen.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Sie haben nicht zugehört! Wir setzen nur andere Schwerpunkte!)

– Herr Bracht, Ihre Zwischenrufe freuen mich. Ich will Ihnen jetzt gleich noch einmal Gelegenheit zu einem Zwischenruf geben.

Unhöflichere Menschen als ich das bin, würden das als reinen Opportunismus bezeichnen, was ich gerade beschrieben habe, liebe Frau Kollegin. Jetzt bin ich aber viel zu höflich, um mir das zu eigen zu machen, deshalb sage ich, warten wir es ab, ob tatsächlich noch etwas kommt. Wir können dann streiten, wo die Schwerpunkte sind.

Dieser Landeshaushalt legt die Schwerpunkte im Bereich der zentralen Zukunftsinvestitionen, nämlich in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung, Kommunalfinanzierung, Verkehrsinfrastruktur, Breitbandausbau und Energiewende.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Ist alles widerlegt!)

– Lieber Herr Kollege Bracht, seien Sie doch nicht so aufgeregt.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Es geht um Aufgabenerfüllung. Darüber wollen wir streiten.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Ich bin doch nicht aufgeregt!)

Wir haben in diesen Tagen immer wieder gehört, die Opposition fordert sofort und jetzt einen schuldenfreien Haushalt. Ich habe schon darauf hingewiesen, Sie haben sich heute herausgenommen, nicht zu sagen, wo sie sparen.

Sie haben aber gleichzeitig in den letzten Tagen, und zwar nicht nur bei der Landwirtschaftskammer, sondern auch bei anderen Gelegenheiten, gesagt, wo Sie sich vorstellen können, dass es noch mehr wird, zum Beispiel im Bereich der Polizei und der Lehrer.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Ich erinnere mich gern an manche Diskussionen, die ich mit Herrn Abgeordneten Schreiner hatte, als er – er ist gar nicht da, aber ich kann es trotzdem bezeugen – gesagt hat, eigentlich bekommen wir unsere Sparziele als CDU

nur hin, wenn wir zwischen 8.000 und 12.000 Beamtenstellen im Landesdienst abbauen. Das ist ein Wort. Er hat sich immer feiern lassen für seinen Mut. Er muss damit rechnen, dass ich ihn heute zitiere.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will Ihnen sagen, Sie müssen den Menschen sagen, wie und vor allem wo das gehen soll.

Man muss nicht tief in den Haushalt hineinblicken, um zu sehen, dieses Volumen bekommt man nur, wenn man den Schulen sagt, demnächst ist bei euch nur noch der Hausmeister anzutreffen. Wie Sie das rechtlich machen wollen, ist unbenommen. Aber politisch ist das ein spannender Punkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen, wir werden uns genau anschauen, wie Sie Wunsch, Wirklichkeit und eigene Reden, jetzt auch wieder auf dem Parteitag, als Sie 300 neue Stellen bei der Polizei angekündigt haben, mit Ihrem Haushaltsgebaren in Einklang bringen.

Sie haben als schärfstes Schwert der Opposition einen Entschließungsantrag angekündigt. Hoppla, da sind wir alle bei der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ins Knieschlößchen gekommen, einen Entschließungsantrag, das lassen wir nicht durchgehen, Sie müssen „Butter bei die Fische“ bringen, Sie müssen Deckungsvorschläge machen. Darauf warten wir.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stark im Fordern, schwach im Liefern – das ist sozusagen das Wappenmotto der CDU.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Das Problem ist, Glaubwürdigkeit geht andersherum. Darauf warten wir.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will Ihnen deutlich sagen, wenn wir durch die Themen gehen, sehen wir schon, dass wir die Handlungsfähigkeit des Staates, auch das Primat der Politik, in Zukunft brauchen, um gutes Leben zu gestalten.

Dieser vorliegende Haushaltsentwurf finanziert weiterhin gebührenfreie Bildung von Anfang an; denn wir halten daran fest. Wir werden immer daran festhalten. Einkommen und soziale Lage dürfen nicht über die Bildungschancen entscheiden. Auf Bildungsgerechtigkeit ist in Rheinland-Pfalz Verlass, solange Rot und Grün weiter regieren.

Gute Bildung für alle ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gute Bildung kommt dem Einzelnen zugute, aber es hilft immer der ganzen Gesellschaft. Deshalb ist die Finanzierung nicht die Aufgabe des Einzelnen, sondern der Gesamtheit des Staates. Dafür gibt es ein Steuer- und Abgabensystem.

Frau Klöckner, Sie haben in der Vergangenheit Vorschläge gemacht. Sie haben Vorschläge gemacht, wie man in den Kindertagesstätten bei den Eltern Einnahmen generieren kann. Ich habe mir die Freiheit erlaubt, dafür einen Begriff

zu bekommen. Das ist die Klöckner-Steuer.

Der Generalsekretär – einmal muss er in der Rede vorkommen – hat mir dann widersprochen und hat gesagt: Herr Schweitzer irrt; es handelt sich nicht um eine Steuer, sondern es handelt sich um Gebühren.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe gedacht, das wird die Eltern trösten, wenn sie demnächst, so es am Ende nicht zu verhindern ist, Gebühren zahlen müssen.

Einen Punkt finde ich besonders aufschlussreich. Sie haben angefangen mit 80 Millionen Euro, weil das stark klang, haben uns dann erzählt, dass Sie das nur für die Reichsten der Reichen holen. Kein Statistisches Landesamt in diesem Land wird Ihnen so viele Einkommensmillionäre mit Kleinkindern zeigen können, dass Sie das wirklich von den Reichsten der Reichen holen können. Da haben Sie selbst angefangen nachzudenken. So haben Sie jüngst gesagt: 80 Millionen Euro vielleicht doch nicht. Lass uns mal bei der Hälfte, 40 bis 50 Millionen Euro anfangen.

Dann haben Sie gesagt: Das holen wir nur freiwillig aus den Kindertagesstätten. Das dürfen die Kindertagesstätten und ihre Träger selbst entscheiden. Was bedeutet das, liebe Kolleginnen und Kollegen? Es ist ein spannender Punkt. Was Sie vorhaben, das ist, quartiersbezogene soziale Unterschiede zu kreieren und bei den Kindern damit anzufangen. Was Sie vorhaben, ist Milieuschutz für die Latte-Macchiato-Generation.

(Kathrin Anklam-Trapp, SPD: So ist es!)

Wir sagen: Alle Kinder sind uns gleich viel wert. Wir wollen alle Kinder mit unserer Kindergartenpolitik positiv treffen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt ist es so: In Ihrer Rede ist es schon gar nicht mehr vorgekommen.

(Carsten Pörksen, SPD: Kommt noch!)

Sie wissen, ich bin ein bescheidener Mensch, aber so selbstbewusst bin ich doch und sage: So weit haben wir es hier schon gebracht, dass Sie sich nicht mehr trauen, es offen zu sagen. Aber Sie haben es immer noch vor. Wir werden den Menschen sagen: Passt auf, Vorsicht an der Bahnsteigkante! Wenn ihr zu fahrlässig seid und lasst die rankommen, dann werdet ihr zahlen müssen für das, was vorher für alle gleichermaßen da war. Die Klöckner-Steuer wird kommen, auch wenn sie sie heute verschämt verheimlicht hat.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben auch nichts mehr zum Landeselterngeld oder Landesfamiliengeld gesagt.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Mit den Begrifflichkeiten sind Sie auch durcheinanderge-

kommen. Also, es gab das Betreuungsgeld, das mit Recht gescheitert ist. Wir sagen: Die Menschen, die davon profitiert haben, brauchen Bestandssicherheit. Aber wir brauchen die Mittel des Bundes, um kluge Infrastruktur auszubauen, damit alle Kinder etwas davon haben. Außer Frau Klöckner ist nur noch der Seehofer-Horst der Meinung, dass das eine gute Idee ist.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ich will Ihnen sagen, liebe Frau Klöckner, es ist in diesen Tagen gewesen, als Ihre Forderung an die Öffentlichkeit gekommen ist, als Sie sozusagen einen kreativen Drang hatten.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Sie haben neben der Einführung eines bayerischen Landesfamilien- oder Elterngeldes – wie auch immer – auch noch Sonderwirtschaftszonen für Rheinland-Pfalz gefordert. Das war dann ein gutes Wochenende, das Sie mit Ihrem Laptop zu Hause hatten.

(Heiterkeit der SPD)

Wissen Sie was, liebe Frau Klöckner, wer mit dieser sehr überheblichen Attitude heute auf die Landesregierung und meine Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN herabschaut, aber sich immer wieder, wenn er nicht von seinen 17 Pressesprechern zurückgehalten wird, zwischen Pjöngjang und Wildbad Kreuth verirrt, der sollte hier ein bisschen bescheidener auftreten.

(Anhaltend Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden weder Sonderwirtschaftszonen wie in Nordkorea noch eine bayerische Familienpolitik bei uns haben, sondern wir machen in Rheinland-Pfalz mit Rot-Grün einfach weiter vernünftige Politik.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Davon haben die Menschen am meisten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –

Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wie das ist mit den Kindertagesstätten? Wir müssen wirklich gut aufpassen, dass man den jungen Eltern, die für ihr Lebensmodell gute Infrastruktur, gute Kindergärten brauchen, nicht vorwirft, dass sie ihre Kinder abschieben oder nicht so wertschätzen wie die Kinder, die zu Hause bleiben.

(Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Ja!)

Wer es sich überhaupt zutraut, Familien und Lebensmodelle auseinanderzudividieren,

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

liebe Frau Kollegin Klöckner, der wird auch mit uns weiter-

hin in einer politischen Auseinandersetzung sein.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Es gab auch die Frage: Brauchen wir andere Öffnungszeiten in unseren Kindergärten? Man muss darüber nachdenken, ob man tatsächlich bereit ist, die Erfordernisse des Arbeitsmarkts immer stärker in die Familien durchsickern zu lassen. Ich bin da selbst völlig ohne Hurra. Aber objektive Notwendigkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie anzuerkennen und dann auch über angepasste Öffnungszeiten bei Kindertagesstätten nachzudenken, ist gut.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie haben das dann mit dem – wie ich finde – sehr verkürzten Begriff der 24-Stunden-Kita versucht zu desavouieren, wie es denn so schlimm sei, wenn die Kinder nicht das heimische Nest haben, sondern so lange im Kindergarten bleiben müssen. Liebe Frau Kollegin, auch da ist es mit der Glaubwürdigkeit nicht weit her.

Mir ist dieser Tage ein Artikel in die Hände gefallen. Da waren Sie in Bad Breisig, haben dort den Kindergarten besucht und wollten sich dort mit den Kinder fotografieren lassen. Jetzt hat aber Ihr Terminplan nicht zu den Öffnungszeiten des Kindergartens gepasst.

(Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Nein!)

Sie haben dann die Eltern bitten lassen, zu einem Fototermin mit Frau Klöckner im September die Kindergartenöffnungszeiten zu erweitern.

(Julia Klöckner, CDU: Stimmt überhaupt
nicht! Absolut falsch! Es war der Hort!)

Das hat für einige Reaktionen gesorgt.

Liebe Frau Klöckner, ich bin ganz bei Ihnen, man muss sich genau überlegen, ob man Kindergartenöffnungszeiten erweitert. Es gibt gute Gründe, und es gibt schlechte Gründe. Ich habe Ihnen gerade einen Grund vorgetragen.

(Anhaltend Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Julia Klöckner, CDU: Sie sind schlecht
informiert! –

Hans-Josef Bracht, CDU: Vorher besser
informieren!)

Noch ein paar Bemerkungen zum Bildungs- und Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz. Wir verbessern die strukturelle Unterrichtsversorgung weiter. 1.200 Lehrerinnen und Lehrer werden eingestellt, 430 mehr als zunächst vorgesehen. Die Umsetzung des Abbaupfads bei den Lehrerstellen, die sogenannte demografische Rendite, ist auch für das kommende Jahr ausgesetzt. Ja, das ist so, und es ist gut so, weil die demografische Entwicklung – wir spüren es doch – sich gerade verändert, und vieles von dem, was wir noch vor Jahren geglaubt haben, was uns kluge Bevölkerungswissenschaftler gegen manchmal satte Honorare aufgeschrieben haben, verkehrt sich gerade, weil das Leben dann doch anders ist, als mancher im Elfenbeinturm – mit Verlaub, liebe Frau Wissenschaftsministerin – sich manchmal vorstellt. Darum ist es klug, dass

wir es flexibel handhaben und dafür sorgen, dass wir viele Lehrerinnen und Lehrer für kleiner werdende Klassen und vielleicht auch für sich verändernde Klassen in unseren Schulen und Bildungseinrichtungen haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Mittel für die Inklusion steigen deutlich an. Das ist eine Aufgabe, die nicht weggeht, bloß weil wir jetzt vor allem über Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik diskutieren, sondern sie ist da. Auch die Menschen und ihre Familien, die betroffen sind, wollen, dass wir weiterhin sorgsam damit umgehen, nicht nach Quoten, sondern nach einer vernünftigen Austarierung zwischen Möglichkeiten und Akzeptanzen. Nur dann wird man auch erfolgreich sein.

Für Wissenschaft und Forschung werden ebenfalls weiterhin hohe Mittelaufwendungen realisiert. 25 Millionen Euro zusätzlich fließen, wie zugesagt, jetzt in die Grundausstattung der Hochschulen und finanzieren dort über 200 neue Dauerstellen. Von den gut 100 Millionen Euro, die dem Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ zugeführt werden, habe ich schon gesprochen.

Mit den Hochschulen stärken wir die Innovationskraft des Landes durch wissenschaftliche Ausbildung und Forschung. Wir arbeiten für ein innovationsfreundliches und innovationsstarkes Land, weil nur das die Grundlage ist für guten wirtschaftlichen Erfolg, der auch morgen noch da ist.

Ich freue mich sehr, dass wir in Rheinland-Pfalz inzwischen richtig gut sind, was den Wissenstransfer zwischen den Instituten, den Hochschulen und der regionalen Wirtschaft angeht, und wir im Bereich der Clusterbildung unter Einbezug der Hochschulen inzwischen vorbildlich sind für ganz Deutschland.

Meine Damen und Herren, wir werden im Bereich der Infrastruktur und der Mobilität starke Schwerpunkte setzen. Das Volumen des Landesstraßenprogramms wird von 75 Millionen Euro auf gut 87 Millionen Euro für 2016 erweitert. Lassen Sie mich etwas tun, was man mir womöglich irgendwann als unvorsichtig auslegen wird, aber ich stehe hier als Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Landtag. Ich sage: Das fängt in 2016 an, und wir dürfen nicht nachlassen, auch in der Perspektive einer ganzen Wahlperiode nicht, damit wir nachhaltige Effekte im Bereich des Erhalts haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Mitteln, die ich genannt habe, gehören auch Mittelsteigerungen von rund 10 Millionen Euro, um die Planung und Durchführung von Maßnahmen bei den Bundesstraßen zu verbessern. Lieber Herr Verkehrsminister, ja, wir wollen auch weiterhin das Land sein, das am schnellsten den Finger strecken kann, wenn der Bund noch Mittel hat, die er sozusagen am Ende des Haushaltsjahres ausgeben kann. Das waren immer wir. Ich will einmal sagen – ich hatte da auch einmal einen Einblick als damaliger Staatssekretär –, wir haben verdammt gute Leute beim

Landesbetrieb Mobilität, und zwar vom Straßenwärter bis zum Geschäftsführer – da freut sich der Kollege Benedikt Oster –,

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die immer genau wussten, wie sie dem Bund planungsfertige Vorlagen präsentieren können. Darum ist es so gut, dass wir das auch in Zukunft gewährleisten wollen.

Natürlich haben wir in diesem Landtag über die Verkehrsinfrastruktur auch anhand eines Beispiels nicht weit von hier, der Schiersteiner Brücke, gesprochen. Da gab es jetzt ein Gutachten. Das hat schon deutlich gemacht, wer tatsächlich Verantwortung für diesen Brückenschaden hatte und damit auch für den verkehrspolitischen und volkswirtschaftlichen Schaden, der daraus entstanden ist.

(Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Oh ja!)

Herr Schreiner, ich habe Sie selten so kleinlaut erlebt wie in diesen Tagen. Ich muss Ihnen aber sagen, Sie haben völlig zu Recht kleinlaut auf dieses Gutachten reagiert, weil alles, was Sie dieser Landesregierung unterstellt haben, dass wir sozusagen fast noch in Mittäterschaft dafür verantwortlich sind, dass diese Brücke zu Schaden gekommen ist, ist Ihnen krachend auf die Füße gefallen. Lieber Kollege Schreiner, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich habe hier eine Vorrednerin gehabt, die sehr stark auf das Motiv, wann man sich entschuldigen muss, gesetzt hat und das gerne mal in diese oder in diese Richtung als Hausaufgabe aufgibt: Überlegt doch einmal, ob ihr euch jetzt zu entschuldigen habt. – Also, wenn sich dieser Tage einer zu entschuldigen hat, dann ist es der Kollege Schreiner. Ich glaube, er ist gerade draußen und schreibt an seiner Entschuldigung. Ich freue mich dann, wenn er sie mir nachher bringt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang ist auch zu sagen, dass wir endlich sozusagen mit der Entscheidung über die Flüchtlingsmittel auch Klarheit haben, was die Regionalisierungsmittel angeht. Wer sich in den letzten Jahren angeschaut hat, welches Erfolgsmodell der Rheinland-Pfalz-Takt wurde, wie er inzwischen auch Vorbild für viele andere Flächenländer ist, wie wir es geschafft haben, Regionen und Gemeinden anzubinden, auch neue Modelle auf den Weg zu bringen, wie wir es geschafft haben, Fahrgasthöfe zu ertüchtigen, wer gesehen hat, wie die Barrierefreiheit vorangekommen ist, wer gesehen hat, welchen Effekt das für die Pendlerinnen und Pendler sowie für den Tourismus in Rheinland-Pfalz hatte, der wusste, es wird wirklich schwierig, wenn die Regionalisierungsmittel nicht in der Höhe kommen, wie wir sie wollen, und auch nicht dynamisiert werden. Da hat Roger Lewentz seinen Anteil dazu beigetragen, dass über die Verkehrsministerkonferenz dieses Thema immer wieder nach vorne gebracht wurde. Dass Malu Dreyer dieses Ergebnis mit nach Hause nach Rheinland-Pfalz gebracht hat, ist das Verdienst unserer Ministerpräsidentin. Vielen Dank für die Klarheit bei den Regionalisierungsmitteln.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich wissen wir, es ist doch schon lange so, dass es nicht nur die Verkehrswege sind, die wir auf der Straße, auf der Schiene oder auf den Wasserwegen kennen, sondern manches Unternehmen lebt vor allem von den Verkehrswegen im Netz. Diese müssen gut ausgebaut sein. Das sind Standortfaktoren für Familien, für ganze Gemeinden und für die mittelständische Wirtschaft. Es ist sehr gut, dass wir hier einen klaren Schwerpunkt setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Koalition steht an der Seite der Kommunen. Das haben wir mit diesem Nachtragshaushalt, den wir in diesen Tagen besprochen und diskutiert haben, dem die CDU ihre Zustimmung verweigert hat, schon ausdrücklich unter Beweis gestellt. Das wird jetzt auch im ordentlichen Haushalt 2016 fortgesetzt. Von den bereitgestellten zusätzlichen Mitteln fließen mehr als 60 % an die Kommunen. Das ist bezogen auf den Nachtragshaushalt. Den Löwenanteil werden wir im Nachtragshaushalt für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen einsetzen. Es sind weitere starke Summen eingestellt, um im Bereich der Erstaufnahmeeinrichtungen und im Bereich der integrativen Schritte in den Erstaufnahmeeinrichtungen deutliche Schwerpunkte zu setzen.

Es ist so, wie Finanzministerin Ahnen gesagt hat, das sind dann auch Wirkungen, die mittelbar bei den Kommunen ankommen. Je besser die Erstaufnahmeeinrichtungen zur Verfügung stehen – bei allen Schmerzen, die das vor Ort auslöst; wir erleben das in diesen Tagen –, aber je stärker wir diese Flüchtlingsströme, die über uns kommen, da auch unterbringen können, und je länger die Menschen da auch in vernünftigen Verhältnissen bleiben können, bevor sie an die Kommunen weitergegeben werden, desto deutlicher kommt diese Entlastung bei den Kommunen an. Ich höre hier: Vorbild Saarland. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben den Innenminister der saarländischen Landesregierung mit dem eindrucksvollen Nachnamen letzte Woche in einer gemeinsamen Kabinettsitzung erlebt. Er hat in einer Offenheit gesagt: Ja, das ist für uns nicht das Problem, weil nach einer Woche, spätestens zwei gehen die an die Kommunen. – Liebe Frau Klöckner, wenn wir saarländische Verhältnisse wollen, wie Sie uns hier jetzt vorgetragen haben, dann auch in diesem Bereich? Ich stelle ein Fragezeichen dahinter. Wir wollen das nicht. Das gehört zur ganzen Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Problem. Wenn man sich in der Nachbarschaft umschaute und immer nur die halbe Wahrheit sieht und hier nach Rheinland-Pfalz transportiert, muss man immer damit rechnen, dass andere die Nachbarländer auch gut kennen und das dem dann etwas entgegengesetzt wird,

(Zuruf des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

liebe Kolleginnen und Kollegen aus der ersten Reihe der CDU, die jetzt mit Zwischenrufen versuchen, mich zu stören.

(Hans-Josef-Bracht, CDU: Sie täuschen schon wieder die Öffentlichkeit! – Alexander Licht, CDU: Nein, er hat es nicht verstanden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Entwurf beinhaltet nun eine Steigerung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs um 176 Millionen Euro oder um 7,3 %. Das heißt, dass für kaum einen Ausgabenbereich die Mittel so stark steigen wie für das, was wir für die Kommunen bereitstellen. Ich finde, das ist ein Wort. Das ist auch deutlich mit Blick auf die Vereinbarungen und die Zusagen gegenüber den Kommunen. Das macht auch deutlich, die Kommunen im Land können sich auf diese Landesregierung verlassen.

(Alexander Licht, CDU: Deswegen klagen Sie!)

Das wird auch so sein, wenn es jetzt in diesen Tagen darum geht, die Summe, die Malu Dreyer im Bund für das Land Rheinland-Pfalz für Land und Kommunen erreicht hat, zu verteilen. Sie stellen sich da auf. Ich sehe das in Ihrer Pressemitteilung und habe das heute in Ihrer Rede gehört. Sie werden stolpern, wenn Sie vorhaben, die Kommunen gegen das Land aufzubringen. Die Probleme vor Ort sind so dringend, die Wahrnehmungen, dass dieses Ergebnis ein gutes ist, auch aus Sicht der Kommunen, sind so klar, dass Sie das noch eine Weile versuchen werden, und bei dem einen oder anderen Parteigänger, vielleicht weil er stellvertretender Landesvorsitzender der CDU ist, wird das vielleicht auch noch ein paar Tage länger reichen, aber die Vernünftigen und die Vernunftbegabten – da mache ich nie eine Ausnahme zwischen SPD, CDU und dem einen grünen Oberbürgermeister, den es auch gibt – werden sagen, wir haben gute Erfahrungen mit dieser Landesregierung gemacht.

Wir sind uns immer einig geworden. Auch in der Vergangenheit hat man sich immer am Ende am Verhandlungstisch geeinigt, und die Pressemitteilungen, die Sie sozusagen zur Torpedierung dieser Vereinigungen und dieser Vereinbarungen auf den Weg gebracht haben, sind ungelesen in die Mülleimer gewandert. Am Ende gab es immer ein gutes Ergebnis. Darum bin ich so optimistisch, dass diese Landesregierung unter Führung von Malu Dreyer auch ein gutes Ergebnis bekommen wird, was die Frage der Flüchtlingsunterstützung in den Kommunen angeht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir ist schon einmal wichtig, in diesen Tagen, wo auch manche Verunsicherung einkehrt, deutlich zu machen, dass der Bereich der Inneren Sicherheit einen Schwerpunkt darstellt. Lassen Sie es mich bei der Feststellung bewenden, dass wir hier mit 650 Millionen Euro ganz erhebliche Mittel bei einer Steigerung von über 5 % bereitstellen.

Mit diesem Haushalt wird erreicht, was niemals vorher in der Geschichte des Landes erreicht wurde: 500 Polizeianwärterinnen und -anwärter obendrauf. – Das, meine Damen und Herren, ist etwas Besonderes. Das muss man würdigen.

(Gerd Schreiner, CDU: Wie viel gehen in den Ruhestand?)

Und man darf nicht versuchen, auf die Gefahr hin, dass Menschen verunsichert werden, bei ihnen den Eindruck zu erwecken, wir hätten hier unsichere Verhältnisse. Alle Statistiken sagen, dieses Land Rheinland-Pfalz ist ein besonders sicheres Land Rheinland-Pfalz. Wer etwas anderes behauptet, kennt die Statistiken nicht oder kennt sie und behauptet wahrheitswidrig etwas Falsches und verunsichert damit die Bürgerinnen und Bürger und schmäht die Polizistinnen und Polizisten, die in unserem Land einen hervorragenden Job machen. Das will ich an dieser Stelle doch einmal sagen dürfen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Thema der Flüchtlingsaufnahme noch die eine oder andere Bemerkung mehr machen. Wir sind inzwischen mit globalen Wanderungsbewegungen in Berührung gekommen. Das mag für die Debatte in einem Landtag vielleicht ein bisschen anmuten, aber man kommt doch nicht umhin festzustellen, dass weder wir in einem Land wie Rheinland-Pfalz noch die Bundesregierung allein das Instrumentarium in der Hand haben, um mit diesem Thema umzugehen. Heute Morgen hat Elmar Brok, der Europaabgeordnete der CDU, jetzt aus seiner Erfahrung mit den Gesprächen mit dem türkischen Staatspräsidenten berichtet und einen sehr vernünftigen Kurs gesagt. Er hat ausgeführt: Wir müssen auch überlegen, wie wir mit der Türkei umgehen. Wir müssen ganz plötzlich Hilfe von Staaten und Gesellschaften erwarten, die wir immer stark auch in eine Ecke gestellt haben.

Wir können gleichzeitig auch nicht mit unseren Grundwerten vereinbaren, dass wir zulassen, dass in der Türkei 2 Millionen syrische Flüchtlinge warten. Wir hoffen, dass sie dort bleiben. Wir sind auch bereit, ihnen Geld, ihnen europäische Mittel zu geben. Das können wir nicht um den Preis machen, dass wir, was den Umgang mit der kurdischen Bevölkerung angeht, ein Auge zudrücken. Das sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht irgendwie ein Ausflug in die internationale Politik, damit sich ein Fraktionsvorsitzender daran überhebt. Nein, das ist das, was wir jeden Tag – auch in Langenlonsheim und anderen Gemeinden – spüren. Wir können über die Dinge nicht nur isoliert vor Ort sprechen, ohne diesen Blick zu erweitern.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, es ist schon oft gesagt worden, wenn Sie Ihre besondere Nähe zur Kanzlerin, von der ich nicht weiß, ob die noch so gilt, wenn man sich in den vergangenen Tagen Ihre Aussagen anhört, nicht nur mit Blick auf den Schmuck, den sie trägt, beweisen wollen,

(Christian Baldauf, CDU: Sehr peinlich, was Sie da sagen!)

müssen Sie auch einmal deutlich machen, dass Sie auch die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz mit Blick auf die Frage bewahren, wie wir mit einer klugen Begrenzung der Flüchtlingsströme umgehen. Genau das ist das, was wir in Europa, in Deutschland und in Rheinland-Pfalz brauchen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen im Verwaltungshandeln auf allen staatlichen Ebenen zur Kenntnis nehmen, dass sich das, was passiert, nicht in Echtzeit ankündigt, sondern wir eigentlich in einer permanenten Reaktionsphase sind. Wissen Sie, mir ist es zu kleinlich zu sagen, da ist der schuld oder der schuld. Der Bundesinnenminister konnte wahrscheinlich auch nicht anders, als uns im August zu sagen, es sind jetzt vielleicht doch 800.000, nachdem er noch im Sommer sagen musste, es sind 400.000. Auch weiß ich nicht, woher die Zahlen kommen, die dieser Tage mit 1,5 Millionen durch die Springer-Presse gegangen sind.

Ich will Ihnen nur sagen: Wir brauchen einen nationalen Kraftakt. Da muss das Verwaltungshandeln – auch auf Bundesebene – besser werden. Es kann doch nicht angehen, dass das BAMF, das zuständige Bundesamt, immer noch nicht in der Lage ist, in einer für alle Betroffenen vernünftigen Zeit die Fälle zu bearbeiten. Das ist doch das große Nadelöhr, das wir immer noch haben. Es ödet mich fast an, dass ich weiß, dass ich diese Frage schon im Sommer gestellt habe und sie immer noch nicht durch den Bundesinnenminister beantwortet worden ist.

Dann will ich auch sagen: Wir werden solche Situationen, wie wir sie in Trier und anderen Ecken zurzeit erleben, nicht hibekommen, wenn sich nicht auch der Bund stark in die Verantwortung nehmen lässt, die Zusagen einzuhalten, die er selbst gegeben hat: 40.000 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen in Regie des Bundes. Nach meiner Information sind wir noch nicht einmal bei 15.000. Wir brauchen aber die 40.000. Wahrscheinlich brauchen wir inzwischen sogar schon mehr. Vieles andere muss auch kommen.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, wenn wir hier über Integration sprechen, dann frage ich mich, warum Sie Ihren Einfluss, von dem Sie gerne sprechen, nicht geltend gemacht haben, dass endlich auch der Bund die Integrationskurse in den Erstaufnahmeeinrichtungen für alle öffnet. Da wird genau das gemacht, was Sie versuchen, mit dem Klemmbrett den Menschen abzuverlangen. Da wird erklärt, wie viele Oberbürgermeister der GRÜNEN es in einem Land wie Rheinland-Pfalz gibt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wird erklärt, wie die Geschichte dieses Landes ist. Da wird erklärt, an welche Grundwerte wir glauben, und da wird auch erklärt, was unsere Zusammenarbeit und unser Zusammenleben ausmacht. Warum sind diese Integrationskurse noch nicht geöffnet worden? Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die offenen Fragen, über die wir in diesen Tagen leider Gottes immer noch reden müssen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Renaissance der Wohnungsbaupolitik. Dazu ist gestern von unserer Finanzministerin ein deutliches Wort gesagt worden. Sie hat gesagt, es ist extrem ehrgeizig, von 4.200 Wohnungen zu sprechen. Ich muss ihr leider beipflichten, aber es ist gesagt worden, und das ist unsere gemeinsame Politik. Wir wollen das erreichen, und wir werden das erreichen.

Ich will auch deutlich sagen, es ist gut, dass Kollegin Hendricks auf Bundesebene deutlich macht, dass sich auch der Bund in Verantwortung begeben muss. Es geht aber nicht um Länder gegen Bund, sondern wir müssen alle auf den Weg bekommen. Das heißt auch, in manchen Kommunen muss Wohnungsbaupolitik wieder auf die Tagesordnung der Gemeinde- und Stadtratssitzungen kommen. Anders wird es nicht gehen.

Übrigens ist es nicht so, dass wir vor allem und ausschließlich durch die Flüchtlings- und Zuwanderungsbewegungen jetzt mit diesem Thema zu tun haben, sondern jetzt passiert eigentlich nur, dass wir den tatsächlichen Bedarf sehr viel brennender erleben, weil der vorher schon da war, und wir haben in der Politik dieses Thema zu lange liegen gelassen. Jetzt wird es Zeit, dass wir auch mit Nachholeffekten vieles nach vorne bringen. 4.200 Wohnungen im Jahr in Rheinland-Pfalz sind ein Wort. Genau das wollen wir auch umsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch sagen, wir werden im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wieder an alte Anstrengungen anknüpfen müssen. Bei der Bundesagentur für Arbeit ist der Bundeszuschuss so gering ausgefallen, dass er unter anderem für Herrn Schäuble die schwarze Null mit sich gebracht hat, aber in den vergangenen Jahren manche Job-Center nur noch Dienst nach Vorschrift machen konnten, weil die Arbeitsmarktzahlen in Rheinland-Pfalz nun einmal die sind, die sie sind. Es sind hervorragende Zahlen. Wir liegen bundesweit ganz weit vorne. Vor uns liegen nur noch Bayern und Baden-Württemberg.

Es kommen aber jetzt viele Menschen, die wir schnell in Arbeit bringen, die wir schnell qualifizieren müssen. Darum brauchen wir eine deutliche Erhöhung der Arbeitsmarktmittel. Ich will auch sagen: Es wird auch ein Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz sein, wie wir mit diesen Mitteln gemeinsam mit den Job-Centern umgehen werden.

Weil in diesen Tagen auch die Frage nach dem Mindestlohn gestellt wird, hören Sie von mir ein klares Bekenntnis. Wir müssen richtig froh sein, dass wir es als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geschafft haben, den christdemokratischen Koalitionspartner durch die Entscheidung zum Mindestlohn zu tragen, obwohl er von Anfang an widerwillig – bis heute spürt man es noch – den Mindestlohn mitgetragen hat.

Es ist gut, dass wir für die Menschen, die heute schon da sind und auf dem einheimischen Arbeitsmarkt ihre Chancen sehen, diese Untergrenze gezogen haben, damit sie nicht befürchten müssen, da kommt jetzt jemand und geht in einen Lohndumping mit mir und nimmt mir den Arbeitsplatz weg. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wäre ein verheerender Diskussion. Der Mindestlohn ist Gold wert. Hätten wir ihn nicht, wir müssten ihn heute erfinden. Nur würden wir ihn wahrscheinlich mit Ihnen nicht mehr durchsetzen können, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu den Hinweisen machen, die Frau Klöckner in ihrer Rede gegeben hat.

Frau Kollegin, mir ist aufgefallen, dass Sie eine ganz interessante Faszination für das Buch haben, das unsere Ministerpräsidentin herausbringt. Völlig zu Recht, das ist ein tolles Buch. Es ist ein Buch, das vieles über eine Person, eine Persönlichkeit verrät, die authentisch ist, die echt ist, die ihren Weg gemacht hat, die manches Schicksal in ihrem Leben auch geschultert hat, die dieses Land wunderbar regiert und die in diesem Buch auch programmatische Aussagen macht, nämlich wie wir leben wollen, wie wir miteinander bei den großen Herausforderungen, bei der Gesundheitspolitik, bei der Demografiepolitik auch mit Blick auf die Zuwanderung umgehen wollen. Das ist ein Buch mit einem schönen Titel.

Frau Klöckner, Ihr Buch, das, wie es der Zufall so will, am selben Tag erscheint, heißt „Zutrauen“. Ich stelle diesen Titel in Zusammenhang mit mancher öffentlichen Äußerung und medialen Betrachtung, die ich in den vergangenen Tagen über Sie gelesen habe. Ich habe nach Ihrem Landesparteitag, der so spannend war, dass 100 Delegierte zu Hause geblieben sind, gelesen und im SWR gehört, Frau Klöckner habe sich neu erfunden.

Meine erste Frage war: Was ist denn da los, wenn man sich schon mit Anfang 40 neu erfinden muss? – Die Begriffe, die da genannt wurden, lauten: Nachdenklich, Substanz, nicht so streitbar. – Ich stelle die Frage: Was war das vorher für ein Bild, das offensichtlich von Ihnen unterwegs war?

Ich habe in diesen Tagen das Gefühl, da gab es diesen Imagewechsel, der sich jetzt gerade wieder dreht. Da ist auch manches dabei, was einem an einer Persönlichkeit nicht gefallen kann, die den Anspruch hat, dieses Land zu regieren. Ich nehme Ihnen ab, dass Sie ganz persönlich kein Interesse daran haben, an der Frage der Integration und der Zuwanderung die Gesellschaft zu spalten.

Wer aber Verantwortung hat und für eine Fraktion insgesamt steht, der könnte auch einmal – vielleicht von dieser Stelle aus – ein deutliches Wort zu dem sagen, was Kolleginnen wie Frau Dickes in Ihrer Fraktion treiben. Frau Dickes, die um eine Flüchtlingsunterkunft herumgeht und offensichtlich Löcher im Zaun fotografiert,

(Zuruf von der CDU: Top Niveau!)

sodass sie sich mit der Kommune, mit den Menschen, die dort beschäftigt sind, anlegen muss, die die Welt nicht mehr verstehen und fragen: Warum macht man denn so was? Warum erweckt man denn öffentlich den Eindruck, hier würden Menschen durch Löcher im Zaun fliehen, um was auch immer in diesem Land zu tun, obwohl man doch weiß und wissen kann, dass diese Menschen jeden Tag wie selbstverständlich wie freie Menschen durch den Hauptaussgang rein- und rausgehen können. Wer so etwas macht, der betreibt Desinformation. Das will ich auch einmal deutlich sagen.

(Zuruf des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

Frau Klöckner, rufen Sie diese Geister in Ihrer Fraktion zurück. Das wäre dringend notwendig.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Desinformation gehört auch, dass Sie im Bereich der Integration und auch der Akzeptanz von Integration immer noch behaupten, in Rheinland-Pfalz würde niemand abgeschoben werden. Den Zusammenhang zwischen der Tatsache, dass man erst einmal in diesem Bundesamt einen Bescheid braucht – das ist schwierig genug; ich habe es dargestellt –, und der Tatsache, dass man jemanden abschieben kann, haben wir hier schon oftmals beleuchtet. Wie ist es in Rheinland-Pfalz? Wir wissen, dass die Ausländerbehörden der Kommunen dafür Verantwortung tragen.

Frau Kollegin, ich habe mir einen Satz von dem notiert, was Sie gesagt haben. Wir wissen schon ein bisschen, wie es im Land aussieht. Wir sind die Kommunalpartei. Das stimmt. Sie sind eine auf der kommunalen Ebene stark vertretene Partei. Sie stellen den Landrat im Landkreis Trier-Saarburg, im Landkreis Bad Kreuznach, im Rhein-Hunsrück-Kreis, im Landkreis Altenkirchen, im Landkreis Cochem-Zell und in der Südwestpfalz.

(Julia Klöckner, CDU: Bad Dürkheim!)

All diese CDU-Landräte haben in diesem Jahr in die Westbalkanstaaten keinen einzigen Menschen abgeschoben. Sie versuchen, uns diejenigen in der politischen Debatte um die Ohren zu schlagen. Das gebe ich Ihnen einfach einmal wieder zurück, weil das Desinformation ist. Das müssten Sie besser wissen. Sie behaupten das wider besseres Wissen. Das gehört zur ganzen Wahrheit, dass ich Ihnen das heute um die Ohren gebe.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Dr. Rahim Schmidt, fraktionslos –
Zuruf des Abg. Johannes Zehfuß, CDU)

Sie, die an der Substanz arbeitende Fraktionsführerin, haben zum Thema Imagewechsel im SWR unter Beweis gestellt, dass Sie nicht wussten, wie viele Schulen und wie viele Integrationskurse es im Land gibt. Das kann einmal passieren. Sie haben in den letzten Tagen auch manches Wort gesagt, was die Integrationspflicht und das Belegen von Kursen angeht, das nicht stimmt.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, ich habe Ihnen das von dieser Stelle auch schon einmal gesagt:

(Julia Klöckner, CDU: Oh, jetzt habe ich aber Angst!)

Wer Zutrauen nicht nur auf einen Buchtitel schreibt, sondern es wirklich erwerben möchte, der muss auch Vertrauen ausstrahlen.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, nachdem Sie von dieser Stelle aus mit einer Attitude, die ich fast unpassend finde, versuchen, meine Fraktion zum Teil zu maßregeln und in den Senkel zu stellen, sage ich ganz deutlich: An dieser Frage des Vertrauens müssen Sie noch lange arbeiten. –

Wir sind mit den Menschen im Gespräch. Es wird bis zum 13. März nicht reichen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Dr. Rahim Schmidt, fraktionslos)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf der Zuschauertribüne Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 24, Trier/Schweich, und Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschule Mainz, 10. Jahrgangsstufe. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Köbler, Sie haben das Wort.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landeshaushalt 2016, den die Landesregierung gestern eingebracht hat, zeigt, dass Rheinland-Pfalz bei Rot-Grün in guten Händen ist. Der Haushalt zeigt unsere Verantwortlichkeit mit Blick auf das Heute und die Zukunft.

Wir stehen heute vor großen Herausforderungen. Dieser Haushalt gibt die richtigen Antworten auf die Fragestellungen der heutigen Zeit. Er zeigt aber auch, dass mit der Steuermittelverschwendung für Prestigeprojekte aus der Vergangenheit konsequent Schluss gemacht worden ist. Der Abbau der Neuverschuldung schreitet konsequent voran, weil wir unseren Haushalt mit Blick auf die kommende Generationen und die Zukunft in Ordnung bringen. Vor allem gibt dieser Haushalt mit seinen Schwerpunkten auch die richtigen Antworten auf die großen Herausforderungen, die wir in diesen Tagen im Hier und Heute haben.

Wir stehen aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen vor einer der größten Herausforderungen und vielleicht in Deutschland vor der größten Bewährungsprobe seit der Wiedervereinigung vor 25 Jahren. Ich glaube, man muss sich angesichts der weltpolitischen Lage von Krieg, Vertreibung, Folter, aber auch dem Kampf um Ressourcen nicht um Zahlen streiten. Es sind Millionen unterwegs, die aufgrund von Notsituationen, weil es um Leib und Leben geht, ihre Heimat verlassen und ihre Familien mitgenommen haben und die schon heute vor den Toren Europas Flüchtlinge sind. Diese kommen schon lange in südeuropäischen Staaten und jetzt auch in großer Zahl bei uns an. Die aktuelle Prognose des Bundesamtes spricht von 800.000 in Deutschland. Viele sagen, es könnten bis zum Jahresende 1 Million sein.

Wir haben unsere Verantwortung für diese Menschen, und wir werden dieser Verantwortung gerecht. Deutschland ist ein starkes Land. Wir sind das ökonomisch stärkste und bevölkerungsreichste Land in Europa. Wir haben die Möglichkeiten, die Mittel und die Ressourcen, um diesen

Menschen, den Flüchtlingen, die zu uns kommen, Schutz und Obdach zu geben, und zwar jedem Einzelnen. Das ist die Haltung, mit der wir und große Teile unserer Bevölkerung diesen Menschen begegnen. Ich bin ganz bei der Kanzlerin. Wir schaffen das. Ich bin stolz, dass viele Menschen in diesem Land mit anpacken und sagen, gemeinsam schaffen wir das.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, was möglich ist, aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass es in allen Bundesländern und in allen Kommunen große Herausforderungen bedeutet, um diesen Anforderungen gerecht zu werden und den Menschen eine entsprechende Unterbringung zu gewährleisten.

Liebe Frau Klöckner, während wir schon lange darauf hinweisen und die Voraussetzungen schaffen, dass wir eine humane und kommunalfreundliche Flüchtlingspolitik machen, und zwar unabhängig von der Zahl der Menschen, die hierher kommen, hat die CDU-geführte Bundesregierung viel zu lange durch Nichtstun das Chaos und die Missstände verursacht, die Sie beklagen.

Es hat eine ganze Sommerferien-Pause gedauert, bis sich die Kanzlerin endlich einmal zu dem Thema geäußert hat. Es hat des massiven Einsatzes von Ministerpräsidentin Malu Dreyer, aber auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann aus Baden-Württemberg bedeutet, bis sich die Kanzlerin endlich einmal gemeinsam mit der Ministerpräsidentin und dem Ministerpräsidenten zusammengesetzt und gesagt hat, wir stehen vor der Herausforderung, dass wir Länder und Kommunen nicht alleine lassen können.

Es ist ein fortwährender Skandal, dass beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bis heute immer noch nicht das schon Anfang des Jahres zugesagte Personal bereitgestellt worden ist. Es kann nicht sein, dass wir in Rheinland-Pfalz mit mittlerweile 45.000 Flüchtlingen rechnen, aber das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – dafür ist die Bundesregierung verantwortlich – gerade einmal 20 neue Personen eingestellt hat. Das ist Politik- und Regierungsversagen der Bundesregierung. Dafür trägt der Innenminister die Verantwortung. Dieser Innenminister ist so nicht mehr tragbar.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind trotz des Versagens des Bundesinnenministers und der Bundesregierung stark genug, den Herausforderungen gerecht zu werden. Wir lassen uns auch nicht in Überbietungsspiralen treiben: Wie viele kommen, und wo kommen sie her? Jeden Tag eine neue Zahl, das bringt nur eines: Das bringt Verunsicherung bei den Menschen.

An den Spekulationen werden wir uns nicht beteiligen. Es geht darum, dass wir unsere Hausaufgaben machen, das erfüllen, was wir gesagt haben, die Unterbringungssituation gewährleisten und die Willkommenskultur stärken. Das tun wir, und darauf konzentrieren wir uns mit aller Kraft.

Um es einmal klarzustellen: Für uns GRÜNE gibt es keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse. Für uns GRÜNE ist

erst einmal jeder willkommen, der seine Heimat verlassen hat, der geflohen ist, der seine Familie mitgebracht hat, dem wir erst einmal Schutz und Obdach gewähren wollen. Für uns ist das Grundrecht auf Asyl unteilbar, und das bleibt auch so, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Eine gelebte Willkommenskultur braucht Vorbilder. Dort haben wir als Politik eine große Verantwortung. Wir haben doch mit Irene Alt an der Spitze das erste Integrationsministerium in Deutschland eingerichtet. Wir können heute doch doppelt und dreifach froh sein, dass wir das getan haben, weil wir damit gemeinsam ein Zeichen für eine Willkommenskultur gesetzt haben, in einer Zeit übrigens, in der das Thema Flüchtlinge und Integration nicht jeden Tag in den Schlagzeilen stand. Wir haben gesagt, das ist ein ganz wichtiger Beitrag für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Unruhe bei der CDU)

Es geht nicht nur darum, den Flüchtlingen eine entsprechende Willkommenskultur entgegenzubringen, sondern es geht auch darum, das starke Engagement und die Hilfsbereitschaft der Menschen in Rheinland-Pfalz zu unterstützen, wertzuschätzen und auch denen, die schon hier sind und vielleicht nicht so viel haben, zu sagen, wir spielen euch nicht gegeneinander aus. Der soziale Friede, die Gerechtigkeit und auch die Verteilungsgerechtigkeit von Ressourcen haben eine ganze Menge mit Integration zu tun. Das hat eine ganze Menge mit Willkommenskultur zu tun; denn wer die Menschen, die schlechtere Chancen haben, in der Gesellschaft, die schon da ist, willkommen heißt, ihnen immer wieder eine Chance gibt, ihnen etwas zutraut – und das ist die Politik, die wir verfolgen, und was wir tun –, der kann dann auch darauf bauen, dass Menschen, die zu uns kommen, von diesen Menschen mit offenen Armen und einer Willkommenskultur empfangen werden. Das ist unser Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Frau Klöckner, ich muss an Ihre Verantwortung appellieren: Es ist nicht besonders charmant, wenn Ihnen ein Handschlag verweigert wird, das gebe ich zu. Das ist mir bei konservativen Bürgermeisterern aber als GRÜNER auch schon passiert.

(Heiterkeit bei der SPD –
Carsten Pörksen, SPD: Mir auch! –
Julia Klöckner, CDU: Weil Sie ein Mann
sind?)

– Nein, weil ich ein GRÜNER bin. Ich kann mich darüber beschweren und sagen, dass mir das nicht passt. Das ist völlig in Ordnung. Ich finde aber, man kann nicht einfordern, dass die Menschen per Gesetz gezwungen werden, der CDU-Oppositionsführerin die Hand zu geben. Das ist kein Beitrag zu einer Willkommenskultur; denn Sie versuchen damit wieder einmal, pauschal islamfeindliche Ressentiments zu bedienen.

(Katrin Anklam-Trapp, SPD: Bilder zu erwecken!)

Sie geben die Stichworte für diejenigen, die diese Menschen nicht bei uns wollen, die sich nicht zu einer offenen Gesellschaft bekennen, für AfD, für andere, die schon am rechten Rand zündeln. Sie sehen es auch in Umfragen: Sie geben die Stichworte für das Original.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Am Ende wird davon das Original profitieren.

(Katrin Anklam-Trapp, SPD: Ganz bewusst!)

Davor warne ich. Ich will nicht, dass wir wieder zu den Zuständen der 90er-Jahre kommen, als Asylbewerberheime bei uns gebrannt haben. Spielen Sie nicht den Brandbeschleuniger, sondern helfen Sie mit uns, dass die große Mehrheit der Gesellschaft obsiegt, die sagt: Wir sind vernünftig, wir gehen praktisch, aber mit offenen Armen mit diesen Menschen um, und wir bedienen nicht Ressentiments und zündeln am rechten Rand. Das hat in diesem Haus nichts verloren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Frau Klöckner, wenn man jeden Tag betont, es ist schön, wie die Menschen mit der Flüchtlingssituation umgehen, aber es könnte die Stimmung kippen, wenn den Menschen erst einmal klar wird, wie viele es sind, es könnte die Stimmung kippen, wenn sie merken, dass noch nicht jeder Deutsch kann, es könnte die Stimmung kippen, wenn sie mitbekommen, dass die Menschen vielleicht einen anderen Glauben oder gar keinen Glauben haben, und es könnte die Stimmung kippen, wenn die Menschen erst einmal merken, was es wirklich bedeutet, dann kippt die Stimmung auch irgendwann. Das ist die berühmte selbst-erfüllende Prophezeiung.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Deswegen ist es nicht nur etwas, das man auch einmal sagen kann,

(Alexander Licht, CDU: Mit diesem Thema kennen sich die Grünen aber aus!)

oder irgendein Vorschlag, sondern es ist in einer Zeit, in der wir sehr sensibel mit diesen Fragen umgehen, eine brandgefährliche Richtung, wie ich finde.

Ich glaube, Sie wissen, dass ich nicht mit Kritik an der Kanzlerin spare. Ich finde aber – nachdem sie gemerkt hat, wie groß die Herausforderung ist –, dass Frau Merkel vieles richtig macht,

(Julia Klöckner, CDU: Natürlich!)

sie vor allem mit einer klaren Haltung an die Sache herangeht und sagt, wir schaffen das. In diesem Sinne unterstützen wir GRÜNE auch die Kanzlerin: Ich wäre froh, wenn die CDU und auch die Stellvertreterin von Frau Merkel, Frau Klöckner, endlich den Kurs der Kanzlerin in dieser zentralen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung stützen und nicht hintertreiben würden.

(Unruhe bei der CDU)

Diese Aufgabe ist viel zu groß für das kleine Karo dieses Wahlkampfgetöses und Ihres parteipolitischen Gezänks, Frau Klöckner.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Lassen Sie uns gemeinsam diese Herausforderung annehmen. Lassen Sie die Landesregierung, Rot-Grün und Frau Merkel in dieser verantwortlichen Frage nicht weiter im Regen stehen, Frau Klöckner.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD –

Hans-Josef Bracht, CDU: Haben Sie gemerkt, dass dieser Einwand ein bisschen lächerlich war?)

Statt dieser Schwarzmalerei und dem Bedienen von Ressentiments am rechten Rand unterstützen wir in Rheinland-Pfalz, unterstützt Rot-Grün die Kommunen und die Ehrenamtlichen bei den vielfältigen Herausforderungen.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Frau Klöckner, Sie haben recht. Sie haben in einem Punkt recht, und ich bin froh, dass Sie das bereits erkannt haben. Ein großer Teil dieser Menschen wird nicht nur kurz hierherkommen und dann wieder gehen – das lässt die weltpolitische Lage nicht zu –, sondern sie werden hier bleiben. Deswegen geht es darum, alle Anstrengungen auf das Thema Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft zu legen.

Deswegen bin ich sehr froh, dass die Landesregierung, dass Ministerin Irene Alt gemeinsam mit der Ministerpräsidentin schon jetzt angekündigt haben, dass es noch in diesem Jahr eine Integrationskonferenz geben wird, auf der mit allen Beteiligten der Verbände, Kommunen, Migrantenorganisationen, aber auch der Bildungsinstitutionen und vielen anderen gemeinsam über diese Herausforderungen gesprochen wird und die Konzepte, die wir mit dem Landesintegrationskonzept und dem Maßnahmenplan bereits haben, was die Flüchtlinge angeht, weiter zu verfeinern und auszubauen. Das zeigt, dass die Politik von Rot-Grün in dieser Frage sehr vorausschauend ist.

Vorausschauend sind wir auch bei der Frage des Aufbaus der Erstaufnahmekapazitäten. Als wir GRÜNE 2011 in die Regierung eingetreten sind, hatten wir unter 900 Erstaufnahmeplätze für Asylsuchende. Wir sind jetzt schon bei über 10.000.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Wir brauchen noch wesentlich mehr. Ich sage Ihnen auch: Bei aller verständlichen Diskussion vor Ort – ob das in Langenlonsheim, Daaden, Hermeskeil oder woanders ist –, es ist am Ende entscheidend wichtig, dass wir garantieren können – und das werden wir garantieren –, dass all diese Menschen, die zu uns kommen, im Winter ein Dach über dem Kopf haben und wir nicht riskieren werden, dass die Menschen am Bahnhof ankommen und draußen schlafen müssen.

(Julia Klöckner, CDU: So wie in Trier!)

Das werden wir nicht riskieren. Bei uns steht zunächst einmal der Mensch mit seinem Leib und Leben im Mittelpunkt, der bei uns Schutz und Obdach sucht. Deswegen werden wir Schutz und Obdach auch gewährleisten, an den Standorten, an denen es am besten möglich ist, manchmal auch an den Standorten, an denen es dann ganz schnell möglich sein muss. Das ist aber unsere allererste humanitäre Herausforderung, dass wir den Flüchtlingen, die zu uns kommen, Gesundheit, ein Dach über dem Kopf und Schutz für Leib und Leben bieten. Dafür stehen wir auch, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Liebe CDU-Opposition, man kann nicht auf der einen Seite kritisieren, dass die Landesregierung angeblich beim Aufbau der Kapazitäten für die Unterbringung zu langsam ist, aber dann überall, wo es vor Ort diskutiert wird, sagen, hier geht es aber gerade nicht, hier sind es zu viele, und hier können wir es aber gerade nicht machen, und die Dinge zu hintertreiben.

Ich verstehe ja noch, wenn Sie das aus parteipolitischen Kalkül machen. Ich verstehe es aber nicht mehr, auch weil Sie sich Christdemokraten nennen, wenn es um die humanitäre Verantwortung für den blanken Schutz von Gesundheit und Leben der Menschen geht, die zu uns kommen. Da hört mein Verständnis für parteipolitische Spielchen auf, liebe Frau Klöckner.

Meine Damen und Herren, deswegen haben wir die entsprechende Weichenstellung getroffen. Wir haben feste Ansprechpartner für die Kommunen beim Management der Unterkünfte benannt, wenn es um freie Liegenschaften des Bundes und des Landes geht. Landeseigene Immobilien werden den Kommunen für Flüchtlingsunterkünfte mietfrei zur Verfügung gestellt. Wir haben ein zinsfreies Darlehensprogramm für die Kommunen aufgelegt und die entsprechenden UnterkunftsKapazitäten geschaffen, was ein ganz, ganz großer Erfolg ist.

Wir haben, wo immer es auf Landesebene geht, Verwaltungsverfahren und Vergabebestimmungen gelockert und vereinfacht, auch um diese Unterbringungsmöglichkeiten möglichst zügig beim Land und bei den Kommunen zu unterstützen. Wir haben auch bauplanungsrechtliche und sogar umweltrechtliche Vorgaben befristet ausgesetzt, und wir haben jetzt in diesem Haushalt die Möglichkeit – das werden wir als Fraktion mit einem Deckblatt noch einmal deutlich machen –, dass wir unser Förderprogramm für den sozialen Wohnraum massiv aufstocken, und zwar auf ein Fördervolumen von über 200 Millionen Euro.

Ich finde, das ist schon ein Wort. Hier sage ich auch ganz klar, hier zeigt sich ganz deutlich, dass unsere Politik in der aktuellen Situation Antworten auf die Herausforderungen in Bezug auf die Flüchtlinge gibt, aber gleichzeitig die Menschen bei uns, die schon jetzt auf sozialen Wohnraum angewiesen sind, im Blick hat. Und mit diesen über 4.000 Wohnungen, die wir zusätzlich schaffen wollen, wollen wir genau auch für diese Menschen ein Angebot machen. Es wäre nämlich fatal, wenn die Kassiererin um die Ecke, die

jetzt vielleicht, weil sie gerade den Mindestlohn bekommt, den Rot-Grün immer gefordert und jetzt endlich gegen die CDU durchgesetzt hat, eine neue Wohnung sucht, und das schon lange tut, die Wohnung, die sie gerne hätte, nicht bekommt, weil die Verwaltung sagt, wir brauchen diese Unterkunft für eine Flüchtlingsfamilie. Wir brauchen diese Unterkünfte für Flüchtlingsfamilien, aber auch für die alleinerziehende Kassiererin, und deswegen ist es so wichtig, dass wir hier einen massiven Schwerpunkt setzen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –

Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Sehr richtig!)

Es ist gut, dass wir so viel ehrenamtliches Engagement haben. Wir haben teilweise so viel ehrenamtliches Engagement, dass die Lagerkapazitäten für Spenden bei den Flüchtlingsinitiativen, bei den sozialen Trägern gar nicht mehr ausreichen. Es ist wirklich ein Wahnsinn. Ein ganz, ganz großes Dankeschön hier auch einfach einmal an die Menschen, die mit Zeit, Tatkraft, Ressourcen, Geschenken immer zur Stelle sind. Da kann man wirklich stolz sein auf Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Aber wir wissen eben auch, dass es nicht nur warme Worte der Anerkennung für dieses ehrenamtliche Engagement braucht, sondern dass wir es auch strukturell unterstützen müssen, und deswegen ist es gut, dass die Projektfördermittel in diesem Landeshaushalt für den ehrenamtlichen Bereich, die aufgestockt worden sind, und die Koordinierungsstelle ehrenamtliche Aktivitäten im Flüchtlingsbereich – über 70 ehrenamtliche Projekte im ganzen Land zu den unterschiedlichsten Themenfeldern – unterstützt. Wir unterstützen also ganz, ganz konkret dieses Ehrenamt, und wir verstärken und verstetigen uns damit.

Unser Schwerpunkt liegt auch jetzt schon in der Integration dieser Menschen. Und ja, die Sprache, das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für die gesellschaftliche Integration. Deswegen ist es ein gutes Zeichen, dass die Sprach- und Orientierungskurse gerade für die Flüchtlinge im Jahr 2015 bereits verdoppelt worden sind und es eine landesweite Koordinierungsstelle für die Sprachförderung gibt.

Die Sprachförderung an den Schulen wird durch den 10-Punkte-Plan des Bildungsministeriums noch einmal zusätzlich verstärkt, und wir stehen auch dazu, dass wir die Zahl der Deutsch-Intensivkurse massiv angehoben haben. Aber wir wollen eben auch diese Deutsch-Intensivkurse. Wir stehen zur Inklusion im Bildungsbereich und das allumfänglich, eben auch für Kinder von Flüchtlingen.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Wir wollen, dass diese intensiv die deutsche Sprache in den Kursen vor Ort lernen. Aber wir wollen auch, dass die Kinder, wenn es um Sportunterricht geht, wenn es um Musikunterricht geht, wenn es um Kunstunterricht geht, gemeinsam mit ihren Altersgenossinnen und Altersgenossen, die hier schon länger leben, auch leben können. Das

ist gelebte Integration, und nicht die Separierung in Flüchtlingsklassen außerhalb der Schule. Es ist auch ein Beitrag, der jetzt wirken kann, wenn die Kinder der Flüchtlinge gemeinsam mit ihren Kindern auch im Unterricht sind, dann ist es nicht nur ein Beitrag zur gesellschaftlichen Integration. Jeder, der Kinder hat, Frau Klöckner, weiß, die Kinder lernen die Sprache und lernen unsere Kultur am besten, wenn sie mit anderen Kindern ihres Alters zusammen unterwegs sind, weil die Kultur miteinander geschaffen und erlebt und immer weiterentwickelt wird. So funktioniert Integration, nicht durch Pflichtenheft, sondern durch gelebtes Miteinander von Anfang an.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich erzähle da immer gerne die Geschichte von unserem Grundschullehrer, der mir erzählt hat, wie bereits im vergangenen Jahr ein Mädchen aus Syrien in die 2. Klasse kam und dann in einem Deutsch-Intensivkurs so erfolgreich war, dass sie schon früher als vorgesehen in den Regelunterricht gehen konnte. Nach einem Schuljahr, nach der 2. Klasse, war es das Kind mit den besten Leistungen in allen Fächern. Das erzählt er gerne, und das erzählt er stolz, um zu zeigen, es kommt immer auf die Talente jedes einzelnen Kindes an, das heißt, die intensive Förderung der Sprache ist wichtig, aber die Talente der Flüchtlingskinder können wir in unserer Gesellschaft verdammt gut brauchen, genauso wie die Talente jedes anderen Kindes auch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Carsten Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Jeder, der sich damit auskennt, weiß, Frau Klöckner, Kinder, die eine andere Muttersprache haben als die deutsche, die lernen Deutsch dann als Fremdsprache viel, viel schneller, wenn sie ihre Muttersprache beherrschen. Ich weiß nicht, warum Sie trotz allen, allen anderen gegenteiligen Erkenntnissen – mit bildungspolitischer Fachkenntnis oder pädagogischem Verständnis hat das wenig zu tun, ich glaube auch, dass Sie die Expertisen lesen – hier immer noch erzählen, wir sollten den muttersprachlichen Unterricht streichen und mehr in die Deutschkurse stecken, wenn alle doch sagen und alle wissen, dass der muttersprachliche Unterricht die Grundvoraussetzung ist, um die deutsche Sprache in Wort, Schrift, Bild, Grammatik auch richtig zu lernen.

Ich glaube, das tun Sie ganz bewusst, wider besseres Wissen, weil Sie glauben, damit die Hoheit über die Stammtische zu bekommen. Die Hoheit über die Bildungschancen und den Spracherwerb und die Integration dieser Kinder erlangen Sie damit niemals. Also hören Sie doch auf, und packen Sie diesen absurden Vorschlag endlich in Ihre ideologische Mottenkiste zurück.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir haben nicht nur die Plätze in den Kitas massiv aufgestockt und auch die Fortbildungsangebote in interkultureller Kompetenz für Erzieherinnen und Erzieher verstärkt, nein, wir kümmern uns in Rheinland-Pfalz auch mit Hochdruck

um eine ganz spezielle Herausforderung. Unter denjenigen, die zu uns kommen, ist nämlich immer noch eine größere Zahl an Minderjährigen, die alleine zu uns kommen, unbegleitete minderjährige Jugendliche mit häufig traumatisierten Geschichten, mit langen Fluchtwegen, mit möglicherweise schon in ihrem Heimatland schwierigsten familiären Verhältnissen, mit Bürgerkriegs-, Kriegserlebnissen, manchmal auch mit krimineller Vergangenheit. Und da ist die Landesregierung mit ihrem Konzept der Schwerpunktjugendämter Maßstab setzend im Länderreigen. Die Inobhutnahme wird entsprechend geregelt. Sie wird auch dezentral geregelt, ohne die jeweiligen Kommunen zu überfordern. Im Clearing-Verfahren wird in unseren Jugendamtsbezirken mit dem Fachpersonal, das wir dafür schon haben, entsprechend für jeden Jugendlichen und für jedes Kind geschaut, was die entsprechenden Maßnahmen sind und was das Beste ist, um diese jungen Menschen, die ganz spezielle Herausforderungen haben, in unsere Gesellschaft zu integrieren und ihnen Chancen zu geben.

Hier sind im Haushalt 2016 allein 27 Millionen Euro mehr als bisher veranschlagt. Ich sage Ihnen auch, weil Sie das immer gerne weglassen, ja, hier kriegen wir auch erstmals Bundesmittel. Aber hier ist es so, dass wir schon immer komplett als Land diese Herausforderung finanzieren, was die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge angeht.

Das werden wir auch weiterhin tun.

Ich finde es interessant, dass Sie bei Ihrer Aufzählung der Verteilung der Kosten dieser Herausforderungen, die uns begegnen, die Dinge weglassen, die wir in Rheinland-Pfalz – was nicht alle Bundesländer tun –

(Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Ja!)

zu 100 % finanziell übernehmen. Wir machen das schon immer für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, und wir werden das auch weiterhin tun, weil wir um die ganz spezielle Herausforderung wissen und diesen jungen Menschen hier in unserer Gesellschaft eine Chance geben wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Die ganz zentrale Herausforderung ist, dass es uns gelingt, dass aus den Flüchtlingen von heute die Fachkräfte von morgen werden. Die Integration in unseren Arbeitsmarkt ist nicht nur eine zentrale gesellschaftliche und humanitäre Herausforderung, sie ist auch ökonomisch geboten und wird von der Wirtschaft gewünscht und gefordert.

Da sind wir in Rheinland-Pfalz mit der grünen Wirtschaftsministerin Eveline Lemke schon weit vorn. Wir haben das entsprechende Projekt „Kompetenzen erfassen, Chancen nutzen“ ins Leben gerufen.

Überall werden Flüchtlingscoaches installiert, die ganz speziell bei den Flüchtlingen schauen, welche Kompetenzen und Interessen sie mitbringen.

(Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

In diesem gemeinsamen Projekt von Wirtschaftsministerium, der Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit wird jetzt schon gezielt geschaut, wo wir auf der einen Seite Bedarfe in unseren Unternehmen und der Wirtschaft haben und auf der anderen Seite die entsprechenden Kompetenzen unter den Flüchtlingen. Das ist eine Win-win-Situation für alle Seiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist genau das, was wir tun: Wir begreifen die Flüchtlinge als Herausforderung, aber nicht eindimensional als Problem, sondern wir sehen auch die Chancen für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft.

Liebe Frau Klöckner, ich wäre froh, wenn auch Sie endlich einmal die Chancen begreifen würden, auch für unsere Wirtschaft, die nämlich sagt, wir brauchen mehr Menschen, die arbeiten können und wollen.

Diese Menschen, die hierher zu uns kommen, wollen in aller Regel arbeiten, wenn sie bleiben. Sie wollen hier etwas tun, sie wollen sich engagieren, weil sie es nämlich gewohnt sind, dass man arbeitet, um sich und seine Familie zu ernähren. Sie sind sehr engagiert und ambitioniert.

Bekennen Sie sich dazu, dass wir nicht nur gesellschaftlich längst ein Einwanderungsland sind, sondern wir auch wirtschaftlich dringend auf Zuwanderung angewiesen sind. Ich sage Ihnen, lassen Sie uns mit denen beginnen, die jetzt schon hier sind.

Räumen Sie endlich Ihre ideologische Blockade ab gegen ein Einwanderungsgesetz für Deutschland, sodass wir den Menschen, die hier schon sind und die noch zu uns kommen wollen, eine wirtschaftliche Perspektive geben, aber auch das tun können, was die Gesellschaft und die Wirtschaft in großer Zahl von uns verlangen, dass wir hier Fachkräfte ausbilden, Fachkräfte zu uns holen und vor allem diejenigen, die jetzt schon da sind, so fit machen und so in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt integrieren, dass wir am Ende alle etwas davon haben und Deutschland auch morgen noch sagen kann: Wir sind stark, wir sind wirtschaftlich die Stärksten in Europa, wir sind den Herausforderungen von heute auch morgen noch gewachsen.

Machen Sie endlich den Weg frei für ein Einwanderungsgesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zur sozialen Teilhabe und Integration gehört auch, den Menschen, die hierherkommen, Zugang zu den entscheidenden sozialen Infrastrukturbereichen zu geben. Es ist gut, dass die psychosoziale Versorgung in Rheinland-Pfalz massiv ausgebaut worden ist und wir hier zusätzlich eine halbe Million Euro in den Haushalt eingestellt haben.

Ich glaube, dass es aber allein damit nicht getan ist, sondern wir endlich einen diskriminierungsfreien Zugang für Flüchtlinge zu unserem Gesundheitssystem brauchen, ohne unnötigen und diskriminierenden Verwaltungsaufwand.

Da ist die Gesundheitskarte das Erfolgsmodell. Es ist der einfache, diskriminierungsfreie und Verwaltungsaufwand reduzierende Zugang zu unserer Gesundheitsversorgung. Glauben Sie doch Hamburg, glauben Sie doch Bremen, glauben Sie doch vielen anderen Organisationen der Landesärzteschaft.

Wir werden die Gesundheitskarte in Rheinland-Pfalz einführen, aber wir erwarten von der CDU auf Bundesebene, dass sie mehr bringt als nur eine Absichtserklärung. Wir erwarten, dass wir den Zugang in unsere Systeme über die Gesundheitskarte für alle Flüchtlinge bundesweit möglich machen können. Das spart Verwaltungsaufwand und beendet endlich eine zum Himmel schreiende Diskriminierung, eine Abschneidung von Menschenrechten, nämlich den allgemeinen Zugang zum Gesundheitssystem von Flüchtlingen.

Das wollen wir, das werden wir von Rot-Grün mit der Einführung der Gesundheitskarte in Rheinland-Pfalz beenden, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD –

Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU –
Hans-Josef Bracht, CDU: Erzählen Sie einmal, wie Sie die Gesundheitskarte ausgestalten wollen! –
Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Haben wir Ihnen schon erklärt! –
Hans-Josef Bracht, CDU: Wollen Sie über das hinausgehen, was es bisher schon gibt?)

Die soziale Infrastruktur in Rheinland-Pfalz ist sehr gut aufgestellt.

Wir haben Schluss gemacht damit, dass das Geld auch in Rheinland-Pfalz zu lange in Beton und zu wenig in die Menschen investiert worden ist. Gleichwohl ist uns die Zukunftsfähigkeit unserer bestehenden Verkehrsinfrastruktur ein ganz hohes Gut, weil es zur Verantwortung für künftige Generationen gehört, nicht nur mit der immer weiteren Neuverschuldung Schluss zu machen, sondern auch unsere Verkehrsinfrastruktur intakt zu halten.

Deswegen ist es richtig, dass wir beim Landesstraßenbau ganz konsequent von Anfang an von Beginn der Legislatur auf Erhalt vor Neubau gesetzt haben.

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Ja! Eine Milliarde!)

Es ist auch richtig, dass wir nach dem Prinzip „Sanieren statt Planieren“

(Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

ganz konsequent im Straßenbau dafür sorgen, dass die Straßen, die wir haben – wir reden vom zweitdichtesten Straßennetz Deutschlands –, so intakt gehalten werden können, dass man nicht von Schlagloch zu Schlagloch morgens auf die Arbeit fahren muss.

Aber es ist richtig und wichtig, das Geld dort zu investieren, wo man es hat; und nicht auf Verschleiß zu fahren, wie es

der Bund macht. In der Verantwortung der CDU-geführten Bundesregierung fehlen pro Jahr über 7 Milliarden Euro im deutschen Infrastrukturnetz. Das ist eine Versündigung an unserer Infrastruktur und an künftigen Generationen.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU –
Beifall und Heiterkeit der Abg. Julia
Klößner, CDU)

Dann ist es auch richtig, wenn wir nach Hinweisen des Landesrechnungshofs sagen, wir sind bereit, 12 Millionen Euro mehr für den Erhalt unseres Straßennetzes auszugeben, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

Das ist eine zukunftsfähige Infrastrukturpolitik. Ihre Infrastrukturpolitik beinhaltet nichts außer dem Ruf nach Ausbau, Ausbau, Ausbau. Sie wollen überall Brücken und Autobahnen bauen, haben aber überhaupt nicht die Anschlüsse oder die Parkplätze.

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Auf der Autobahn
sollen Sie fahren und nicht parken! –
Hans-Josef Bracht, CDU: Diesen
Zusammenhang versteht er nicht so ganz!)

Wissen Sie, was der absolute Hohn ist – Frau Klößner, hören Sie einmal zu –, wir haben die kommunale Förderung, was die Infrastruktur angeht, im Mobilitätsbereich in den letzten Jahren teilweise stark erhöht.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Die Landeshauptstadt Mainz gibt für die Straßeninfrastruktur so viel Geld in diesem Jahr aus wie seit 20 Jahren nicht mehr. Was macht die CDU? – Wir bauen und sanieren überall, und die CDU beschwert sich über die Staus, weil es Baustellen gibt.

(Alexander Schweitzer, SPD: Das ist wohl
wahr!)

Liebe Frau Klößner, wie passt das denn zusammen?

(Carsten Pörksen, SPD: Gar nicht!)

Sie fordern, dass wir in die Infrastruktur investieren sollen. Wir tun das, wir tun das klug, nachhaltig und ökologisch sinnvoll. Dann gibt es auch einmal Baustellen, und dann beschweren Sie sich über den Stau. Das zeigt doch, wie unglaublich und ambivalent und wenig nachhaltig Ihre Forderung im Bereich der Infrastruktur ist. Das glauben Ihnen die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SPD)

Wir setzen auf nachhaltige Konzepte. Dazu gehören auch über 25 Millionen Euro mehr für den Bereich des öffentlichen Verkehrs, dazu gehört auch, dass wir mit der Verstärkung der Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel entsprechende Planungssicherheit für die Kommunen haben.

Sie sagen immer, die GRÜNEN seien gegen alle Neubauprojekte. Das ist gar nicht wahr. Ich bin total stolz, dass wir auch dank großer Zuschüsse des Landes hier direkt vor Ort das wahrscheinlich größte Infrastrukturprojekt auf

kommunaler Ebene, was Mobilität und Infrastruktur angeht, stemmen und gerade realisieren.

(Zuruf des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

Auch deswegen gibt es manchmal eine Baustelle.

Dass wir das Straßenbahnnetz mit kräftiger Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz ausbauen, zeigt, dass eine Infrastrukturpolitik auch Neubau und auch Geld braucht, das sagen wir auch als GRÜNE.

(Vizepräsident Dr. Bernhard Braun
übernimmt den Vorsitz)

Aber das bedeutet nicht, überall neuen Beton in die Landschaft zu gießen, sondern es bedeutet, das vorhandene Infrastrukturnetz auf einem guten Niveau zu erhalten und klug, nachhaltig und ökologisch zu ergänzen, damit der Verkehrsmix Wirklichkeit wird und wir damit vielleicht demnächst, anstatt mit 200 Autos in die Stadt zu fahren, 200 Menschen in eine Straßenbahn hineinbekommen; dann sind die Menschen auch schneller da und stehen weniger im Stau, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Das ist auch eine kluge Politik für das Klima. Frau Klößner, ich wundere mich schon, dass Sie angesichts der Debatte um den Klimaschutz, aber auch um den Abgasskandal bei VW zum Thema Klima- und Umweltschutz in Ihrer Rede nicht ein einziges Wort verloren haben.

(Julia Klößner, CDU: Falsch!)

Ich glaube auch, dass der Imageschaden, den VW verursacht hat – im Übrigen nicht nur für VW, sondern für die gesamte Automobilindustrie in Deutschland bis hin zum Label „Made in Germany“ –,

(Julia Klößner, CDU: Ich bin schuld! Die
Kanzlerin ist schuld!)

doch auch bei Ihnen zum Nachdenken führen muss. Wenn wir eine kluge Infrastruktur, aber auch eine kluge Wirtschaftspolitik betreiben, brauchen wir nicht immer mehr Straßen,

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Ja, in Mainz
nicht!)

sondern wir brauchen eine nachhaltige und effiziente Mobilität. Das bedeutet, wir sind nicht gegen das Autofahren, aber wir sind für diejenigen, die effiziente, ressourcenschonende und gesundheits- und klimafreundliche Autos auf die Straße bringen. Dazu brauchen wir auch ein entsprechendes Umdenken in der ganzen Automobilpolitik, und es kann nicht sein, dass das Bundeskraftfahramt heute immer noch zuvorderst der Lobby der großen Autoindustrie unterworfen ist und es damit versäumt hat, dass die entsprechenden Klimaschutzziele nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch, dass die entsprechende CO₂-Reduktion in der Luft ankommt. Das, was schon immer für das Klima schlecht ist, ist jetzt auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland schlecht, und das zeigt auch, wohin

eine falsche, eine ideologische und rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik führt. Das schadet den Klimaschutzzielen von Deutschland, aber es schadet auch dem Wirtschaftsstandort ganz konkret.

Ich bin froh, dass die grüne Wirtschaftsministerin Eveline Lemke in Rheinland-Pfalz eine Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik betreibt, die beides zusammendenkt. Das ist gut für das Klima, es ist gut für die Umwelt – das zeigen die Zahlen –, und das ist hervorragend für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Aber auch dagegen waren Sie. Sie waren gegen das Klimaschutzgesetz, und ich bin einmal gespannt, wie Sie nun mit den konkreten Vorschlägen des Landesklimaschutzkonzeptes umgehen, das mit Beteiligung aller Verantwortlichen auf den Weg gebracht worden ist. Sie haben also noch Zeit, Klimaschutzpolitik konkret zu machen.

Ähnlich sieht es bei der Energiewende aus. Wir sind Vorreiter bei der Energiewende, und das ist die große systemische Umstellung für unsere Wirtschaft, für unsere Gesellschaft, aber auch für unsere Infrastruktur. Wir haben kurz nach der Landtagswahl alle nach der Energiewende gerufen, auch Frau Klöckner.

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Merkel hat sie gemacht, oder?)

– Ja, wir waren – – –

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Ja!)

– Ja, wir waren schon immer näher bei der Kanzlerin als die CDU in Rheinland-Pfalz!

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der CDU: Hey! –
Julia Klöckner, CDU: Jubel!)

Wenn Frau Bundeskanzlerin Merkel kluge Vorschläge macht, wie beispielsweise bei der Flüchtlingspolitik oder beim Thema Energiewende, sind wir auch immer dabei. Dann sind es Frau Klöckner und die Landes-CDU, die noch im Gestern und im Vorgestern stecken geblieben sind, während die Kanzlerin im 21. Jahrhundert vorneweg geht. So viel Fairness muss schon sein!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur so viel möchte ich auch zum Thema sagen, wir fänden alles schlecht, was die CDU macht. Wir finden das meiste wenig überzeugend, was Sie im Land machen. Aber Sie haben in Ihrer Rede auch aufgezählt, dass Sie relativ viele Bürgermeister haben, und es sind auch gute dabei. Auch die Kanzlerin macht nicht nur schlechte Vorschläge, so ist es nicht. Aber ich wäre schon froh, wenn Sie wenigstens die guten Vorschläge Ihrer Kanzlerin, die wir in Rheinland-Pfalz vorbildhaft umsetzen, endlich einmal unterstützen würden und nicht zu allem, allem Nein sagen würden, was wir in Rheinland-Pfalz machen und umsetzen. Die Energiewende gehört dazu. Sie schreien nach der Energiewende, aber Sie bekämpfen jedes einzelne Windrad in diesem

Land. Sie sind gegen die Bürgerbeteiligung. Sie wollen uns eine Planwirtschaft aufoktroizieren.

Wir hatten schon vorhin das Thema Sonderwirtschaftszone und Pjöngjang. Sie stellen sich den Ausbau der erneuerbaren Energien sozusagen nach Fünf-Jahres-Plan vor. Ich meine, Erich Honecker haben Sie wohl als Berater eingestellt, wie man so etwas macht.

(Julia Klöckner, CDU: Natürlich!)

Wir wollen es gemeinsam mit den Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Glauben Sie mir, die Energiewende ist nicht nur der entscheidende Beitrag zum Klimaschutz, weil es nach dem Atomausstieg auch um den Ausstieg aus der Kohle geht. Die Energiewende ist auch der entscheidende Beitrag für eine dezentrale wirtschaftliche Entwicklung sowie eine Einnahmesituation unserer Kommunen gerade in Regionen, in denen wir ansonsten keine einfachen wirtschaftlichen Perspektiven hätten, was Arbeitsplätze angeht. Deswegen ist die Energiewende nicht nur ein Erfolgsmodell für den Klimaschutz in Rheinland-Pfalz, sondern auch für den Standort Rheinland-Pfalz und für die wirtschaftliche Entwicklung gerade im ländlichen Raum, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir haben die Zahlen gehört. Wir haben einen hervorragend prosperierenden Wirtschaftsstandort in Rheinland-Pfalz. Wir haben ein Rekordniveau, was die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeht. Wir befinden uns derzeit im Industriedialog, in dem wir dabei sind, uns gemeinsam mit der Wirtschaft schon jetzt auf die Herausforderungen einzustellen, die auf uns zukommen, damit der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz auch morgen noch ein starker Wirtschaftsstandort ist. Dazu gehören Themen wie die Unabhängigkeit von Importrohstoffen wie Erdöl, dazu gehört die Ressourceneffizienz bei immer knapper werdenden Ressourcen.

Ich möchte jetzt nicht zu sehr den Bogen zur Flüchtlingspolitik spannen, aber wir merken an der weltpolitischen Situation doch auch, dass der Kampf um Ressourcen immer erbarmungsloser wird und es deswegen wichtig ist, unabhängiger zu werden von Rohstoffimporten. Dabei geht es auch um zukunftsfähige, mittelständisch geprägte Strukturen, die wir in Rheinland-Pfalz vorfinden und fortführen, aber die wir auch weiterentwickeln und auch weiterhin stärken werden.

Das bedeutet auch, dass zum Beispiel das Thema Klimaschutz nicht nur den Ausbau der erneuerbaren Energien bedeutet, sondern auch das Thema Einsparen und Ressourcenschonung beinhaltet. Was ist denn schließlich ein besseres Konjunkturprogramm für das rheinland-pfälzische Handwerk, als wenn wir endlich nicht nur über Einsparquoten reden, sondern wenn wir ganz konkret die Anreize für mehr Modernisierung, für mehr Sanierung und auch für die Nutzung der erneuerbaren Energien in Pri-

vathaushalten setzen? – Dies bringt wiederum mehr mittelständische Wirtschaft, mehr Klimaschutz und Energiewende zusammen, und es ist ein Beitrag zu einer guten Wirtschaftspolitik für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz, aber auch für eine Energiewende gemeinsam mit den Bürgern, mit dem Mittelstand und mit den Unternehmen. Dort sind wir in Rheinland-Pfalz leuchtendes Vorbild für die Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ja, uns ist auch der Umwelt- und Naturschutz etwas wert. Wir haben 1,75 Millionen Euro für den Nationalpark investiert und haben des Weiteren die Mittel für die Naturparke und das Biosphärenreservat Pfälzerwald um 230.000 Euro erhöht. Wenn man jetzt schon sieht, welche Perspektive der Nationalpark, der gerade erst an den Start gegangen ist, für die Region bietet, dann ist das nur zu begrüßen. Frau Klöckner, der Landrat von Birkenfeld ist übrigens einer der guten Kommunalverantwortlichen bei der CDU, der von Anfang an für diesen Nationalpark gestritten hat, auch gegen Ihr Basta aus Mainz und Ihre konsequente Dagegen-Politik. Herr Landrat Schneider von der CDU hat immer für den Nationalpark gestritten, es ist also ein guter Mann in der CDU. Er hat gesagt, wir haben endlich wieder eine Perspektive.

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Er hat gesagt, unsere Region wird über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus bekannt. Wir haben eine gute Perspektive für unsere Infrastruktur und unsere Region geschaffen, und wir haben zusammen eine gute Perspektive für die Artenvielfalt und für den Umweltschutz geschaffen und dafür, dass auch kommende Generationen noch eine lebenswerte Umwelt in Rheinland-Pfalz vorfinden. So geht es zusammen. Wir sparen im Haushalt für die kommenden Generationen, aber wir setzen auch die richtigen Schwerpunkte, und dazu gehört eben nicht nur eine Infrastruktur, was die Mobilität angeht, sondern dazu gehört auch, dass unsere wichtigste Ressource, unsere Umwelt, unsere Natur und unsere Tiere, auch erhalten bleiben. Frau Klöckner, dies hat nichts damit zu tun, dass man Wolf-Erwartungsland wird, sondern es hat etwas damit zu tun, dass wir Verantwortung übernehmen für unsere Schöpfung, und als Katholikin sollten Sie doch davon eigentlich auch schon einmal etwas gehört haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Wer in die Zukunft investiert, der muss auch in die Bildung investieren, und das tun wir. Wir tun es vor allem auf eine Weise, dass das Geld bei den Kindern und bei den Familien ankommt. Deswegen bleiben in Rheinland-Pfalz die Bildungsangebote von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule auch gebührenfrei.

Wir wollen eben nicht die Familien belasten, wie es die CDU machen möchte, dass es wieder vom Geldbeutel abhängt, welche Bildungschancen die Kinder haben. Das fängt nun einmal in der Kita schon an. Man sieht, dass

wir allein über 570 Millionen Euro, also über eine halbe Milliarde Euro, allein für die Kitas zur Verfügung stellen.

Wir werden noch Weiteres tun. Frau Klöckner, Sie haben beim Thema Bundesmittel etwas unterschlagen. Sie wollen die frei werdenden Gelder aus dem unsinnigen Betreuungsgeld, das Sie hier übrigens mit Zehen und Klauen verteidigt haben, – – –

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Zu Recht!)

Wir wollen das Landesbetreuungsgeld direkt an die Kitas weitergeben, und zwar auch an die Kommunen als die Verantwortlichen für die Kitas. Wir wollen, dass diese Gelder bei den Kindern und bei den Zukunftschancen der Kinder ankommen. Wir wollen nicht wie Sie eine Landesherdprämie für die Kinder, die nicht in die Kita gehen. So tun wir etwas für die Kinder. So bleibt das Geld bei den Familien, und wir helfen auch ein gutes Stück weit den Kommunen, die sonst nichts davon hätten, wenn Ihre Vorschläge gelten würden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der
SPD)

Wir machen es mit den kleinsten Klassen in Deutschland mit einer hohen Unterrichtsqualität. Wir machen das auch, indem wir schrittweise in das Thema Inklusion weiter investieren. Wir machen das auch, indem wir eine Unterrichtsversorgung verbessern und sicherstellen, indem wir mittlerweile

(Dorothea Schäfer, CDU: Wann?)

– dies hatten wir am Anfang der Legislaturperiode nicht – allein 1.000 Lehrerbeamtenstellen im Vertretungspool haben, sodass wir flexibler in der Personalplanung reagieren können.

Wir investieren in die entsprechenden Sprachkurse, und wir sorgen dafür, dass die Kommunen vor Ort als Schulträger auch entsprechend ausgestattet sind.

Jetzt noch ein Wort zum Thema Kommunen. Wir geben im Haushalt 2016 für die Kommunen so viel aus wie noch nie in der Geschichte von Rheinland-Pfalz. Der Kommunale Finanzausgleich wird allein in diesem Jahr um 176 Millionen Euro aufgestockt. Weitere knapp 80 Millionen Euro kommen den Kommunen über den Kommunalen Entschuldigungs fonds zusätzlich zugute. Das ist über eine viertel Milliarde Euro mehr als im vergangenen Haushalt.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir beim Nachtragshaushalt dafür gesorgt haben, dass allein 2015 über 220 Millionen Euro mehr Mittel für die Kommunen zur Verfügung gestanden haben.

(Zuruf der Abg. Anke Beilstein, CDU)

Das ist angesichts der Situation der Landesfinanzen eine große Herausforderung. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, dass wir mitnichten nur Bundesmittel weiterleiten. Wir leiten die Bundesmittel, die den Kommunen zustehen, 1 : 1 an die Kommunen weiter. Das ist korrekt. Aber wir geben dort auch noch etwas dazu, wo es notwendig ist, beispielsweise beim Kommunalen Investitionsprogramm,

bei dem wir dafür sorgen, dass den rheinland-pfälzischen Kommunen knapp 300 Millionen Euro zur Investition in die Infrastruktur ihrer kommunalen Aufgaben zur Verfügung stehen. Das soll uns doch erst einmal ein nachmachen.

Das hat uns auch schon einer nachgemacht, Frau Klöckner. Statt nur zu lamentieren, wie Sie es hier tun, hat die hessische Landesregierung auch mit Unterstützung des grünen Koalitionspartners jetzt genau die gleiche Regelung gemacht, weil sie gesagt haben, was Rot-Grün in Rheinland-Pfalz mit dem Kommunalen Investitionsprogramm vorgemacht hat, kann auch für die hessischen Kommunen nicht schlecht sein. Es gibt also auch CDU-Politiker auf Landesebene, leider auf der anderen Seite des Rheins, die von guten rot-grünen Vorschlägen für unsere Kommunen noch lernen und sie übernehmen und nicht nur immer rummeckern, sondern einfach auch einmal etwas schaffen. Vom Meckern ist noch keine Kommune auf die schwarze Null gekommen. Wir packen an und geben den Kommunen in dieser Legislaturperiode über einer halbe Milliarde Euro mehr, als sie vorher hatten. Wir haben es versprochen und haben das Wort auch gehalten. Rot-Grün hat in dieser Legislaturperiode dafür gesorgt, dass es den Kommunen finanziell deutlich besser geht, als das noch 2011 der Fall war, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SPD –
Anke Beilstein, CDU: Was?)

Wenn wir das nicht getan hätten, den Kommunen also über eine halbe Millionen Euro allein in dieser Legislaturperiode zu geben – das haben übrigens nicht alle Bundesländer gemacht –, dann wäre unser Haushalt jetzt strukturell ausgeglichen. Wir haben es nämlich geschafft, von knapp 1,7 Milliarden Euro in 2011 jetzt auf deutlich unter eine halbe Milliarde Euro in 2016 beim strukturellen Defizit zu kommen. Gesamtwirtschaftlich gesehen haben wir also für Länder und Kommunen die schwarze Null schon erreicht.

Wir tun das aber nicht, weil wir wissen, dass wir nicht einfach sozusagen die Aufgabenlasten weiter nach unten deklinieren können, sondern weil wir wissen, dass wir auch eine Verantwortung für unsere Kommunen haben. Würden wir das System Schäuble in Rheinland-Pfalz betreiben, das heißt, die eigenen Haushaltszahlen schönzurechnen und durch Griff in andere Kassen oder durch Verlagerung der Lasten auf die weiteren Ebenen, was Länder und Kommunen betrifft, zu sanieren, dann hätten wir eine schwarze Null.

Es ist aber eine ziemlich kurzsichtige und auch eine bisschen klebrige schwarze Null, die Herr Schäuble hier vertritt. Das wird wie ein Bumerang auf ihn zurückfallen. Deswegen sagen wir: Wir machen eine nachhaltige Haushaltspolitik. Das bedeutet, wir investieren auch in die Zukunft. Wir investieren auch in die Kommunen, und wir reduzieren trotzdem deutlich die Neuverschuldung. Das bedeutet Nachhaltigkeit in einer mehrdimensionalen Vorstellung. Das ist eine rot-grüne Erfolgsgeschichte, auch, was die Haushaltspolitik in diesem Land betrifft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir können es Ihnen nicht ersparen. Wir brauchen auch mehr auf der Einnahmeseite. Sie haben die Gesamtverschuldungssituation des Landes aufgeführt. Mich wundert, warum Sie die Bundeszahlen nicht nennen. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik Deutschland liegt bei über 2 Billionen Euro, eine Zahl, die sich niemand vorstellen kann. Gleichzeitig haben wir aber die Situation, dass die Reichen in Deutschland ein Privatvermögen des Vier- bis Fünffachen auf der hohen Kante liegen haben. Ich sage, solange wir nicht auch eine gerechtere Verteilung der Lasten in unserer Gesellschaft haben und eine Steuersystematik, die endlich so ist, dass nicht nur die Mittelschicht im Wesentlichen dazu beiträgt, dass wir unsere soziale Infrastruktur finanzieren können, wird der soziale Friede auf absehbare Zeit in Gefahr sein.

Wir wollen, dass durch eine gerechtere und vermögensbezogene Verteilung von Steuern bundesweit endlich dem Rechnung getragen wird, was die Mehrheit in Deutschland auch will, dass diejenigen, die stärkere Schultern haben, auch und gerade in diesen herausfordernden Zeiten endlich mehr dazu beitragen, dass das gesellschaftliche Gemeinwesen auch in Zukunft noch ausfinanziert ist.

Wir haben Banken gerettet und haben damit die Vermögen der Reichsten gerettet. Ich finde, es ist endlich Zeit, dass die einen Teil dazu beitragen, dass wir die Schuldenbremse nicht nur dadurch erfüllen können, dass wir Einschnitte da machen, wo es alle Bürger trifft, sondern dass wir endlich auch zu einer gerechteren Verteilung von Einnahmen und Finanzierungslasten in Deutschland kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Noch ein letztes Wort zur Transparenz. Dieser Haushalt ist sehr transparent, Frau Klöckner, man muss ihn nur lesen. Dazu haben Sie jetzt Gelegenheit. Sie haben schon vorher angekündigt, dass Sie keine Einsparvorschläge machen würden.

(Zuruf von der CDU: Hätte er nur zugehört!)

Ich finde es bemerkenswert, dass Sie nach vier Jahren in der Opposition

(Hans-Josef Bracht, CDU: Sie müssen da
etwas falsch verstanden haben!)

hier hinkommen und wirklich erklären, Sie können keine Einsparvorschläge machen.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Quatsch!)

Aber gleichzeitig erzählen Sie draußen, der Haushalt muss ausgeglichen sein.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Das ist doch
Unsinn, was Sie da erzählen!)

Das ist ein Ausweis der Regierungsunfähigkeit, wie man ihn plastischer in diesem Hause nicht hätte verkünden können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Damit kommen Sie in keinem kommunalen Parlament durch, Frau Klöckner. Zur Transparenz gehört, dass Sie hier jeden Vorschlag gegenfinanziert aufzeigen müssen, dass Sie jetzt nicht jedem erzählen müssen, bei euch mehr und bei allen anderen weniger. Das müssen Sie hier darstellen. Daran werden wir Sie messen.

Sie haben jetzt ein paar Wochen Zeit. Zur Transparenz gehört eben auch dazu, mit guten Beispiel voranzugehen. Rot-Grün wird das Transparenzgesetz beschließen.

(Zurufe von der CDU)

Sie bekämpfen das Transparenzgesetz. Warum tun Sie das? Sie haben mich geziemt, ich hätte gesagt, die hätten zu viel Zeit. Sie wussten nur nicht, in welchem Kontext ich das gesagt habe. Ich habe nicht Ihre Kommunalverantwortlichen gemeint. Es ging um den einen oder anderen Kollegen von Ihnen, für den das Landtagsabgeordnetendasein eher der Nebenjob ist und damit auch die Nebeneinkünfte. Da bin ich beim Thema.

Wer Transparenz einfordert, muss mit gutem Beispiel vorgehen. Er muss auch bereit sein, die Nebeneinkünfte seiner CDU-Abgeordneten offenzulegen, damit man einmal sieht, was hier wer verdient und was hier wer macht.

Ich messe Sie auch daran, ob Sie beim Transparenzgesetz endlich mitmachen, wenn Sie hier für Transparenz plädieren. Sie rufen einfach nach Transparenz, laufen dann aber bei jedem einzelnen Vorschlag, den wir hier für mehr Transparenz, für mehr Bürgernähe, für mehr Bürgerbeteiligung machen, doch nur den Lobbyinteressen der Wirtschaft hinterher und schimpfen und schreien. Nein, Transparenz ist die Transparenz, die man herstellt, wenn man selbst an der Macht ist und mit dem, was man tut, den Menschen ein Stück dieser Macht zurückgibt. Das macht Rot-Grün mit mehr Bürgerbeteiligung und mit mehr Transparenz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wir nehmen unsere Verantwortung wahr, indem wir Schluss gemacht haben mit Prestigeprojekten der Vergangenheit. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr, indem wir die richtigen Antworten auch mit diesem Haushalt auf die aktuellen Herausforderungen, die sehr groß sind, geben.

Wir nehmen unsere Verantwortung wahr, indem wir diesen Haushalt schrittweise konsequent und übrigens über Plan konsolidieren und gleichzeitig in die wichtigen Zukunftsfelder Bildung, Chancengerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit investieren.

Das ist das, wofür uns vor viereinhalb Jahren die Menschen ihre Stimme gegeben haben. Das ist das, wovon die Menschen heute mit übergroßer Mehrheit sagen, sie sind mit Rot-Grün zufrieden. Weil wir dieses Land verantwortlichen regieren, bin ich ganz sicher, dass uns Gott wieder schützen wird, dass das 2016 und für fünf weitere Jahre so sein wird.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die Landesregierung hat Ministerpräsidentin Frau Dreyer das Wort.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen! Ich möchte mich zu Beginn der Rede herzlich bedanken für die Debatte hier im Parlament. Die Grundlage ist der von uns eingebrachte Haushalt. Ich finde Haushaltsdebatten immer sehr anregend. Herzlichen Dank für die Redebeiträge.

Ich möchte mich natürlich an erster Stelle bei meiner Ministerin, der Finanzministerin des Landes, Doris Ahnen, ihrem Staatssekretär und ihrem Team dafür bedanken, dass sie diesen Haushalt kollegial und zukunftsweisend erarbeitet haben. Herzlichen Dank für diese tolle Arbeit!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren und meine sehr verehrten Damen, die Schwerpunktsetzung unseres Haushaltes und die Einhaltung der Schuldenbremse sind das Ergebnis einer zukunftsorientierten, soliden und seriösen Haushaltspolitik, die Bürger und Bürgerinnen im Blick hat und die deutlich macht, dass wir hier in diesem Land keinen zurücklassen und uns um jeden kümmern, auch um denjenigen, der es in unserem Land schwerer hat.

Frau Klöckner, Sie haben am Anfang ihrer Rede damit begonnen, dass Sie sagten, dieser Haushalt gefährde den sozialen Frieden in unserem Land. Ich sage sehr deutlich auch direkt am Anfang, das tut weh. Es tut deshalb weh, weil es so weit weg ist von der Realität, weil es so offensichtlich macht, dass Sie unser Land nicht kennen. Sie richten sich auf das Thema sozialer Frieden aus. Das ist ein wichtiges Thema für uns als Landesregierung und für das wir uns seit vielen Jahren verbürgen. Es zeigt sehr deutlich, dass das, was Sie an dieser Stelle sagen, nichts mit Rheinland-Pfalz zu tun hat.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz zeichnet sich gerade dadurch aus, dass viele Herausforderungen, die wir im Lauf unserer Geschichte bewältigt haben, deshalb bewältigt werden konnten, weil es einen hohen sozialen Frieden gibt, an dem alle Partner in diesem Land mitarbeiten. Unser Streben in der Politik war es schon immer, diesen sozialen Frieden in unserem Land zu halten.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

In einer Situation, wo es darum geht, eine große Herausforderung zu stemmen, zeigen die Bürger und Bürgerinnen in unserem Land, dass sie genau dieser Auffassung sind, dass es ihnen auch um den sozialen Frieden in unserem Land geht. Es ist einfach vollkommen daneben zu sagen,

dass dieser Haushalt den sozialen Frieden in unserem Land gefährdet. Ich weise das absolut zurück.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage, ja, wir haben immer noch ein strukturelles Defizit in unserem Haushalt. Wir haben noch eine gewaltige Kraftanstrengung vor uns, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Aber der Weg ist vorgezeichnet. Wir gehen ihn mit ganzer Konsequenz.

Wir halten die Schuldenbremse ein. Wenn ich mir das letzte Jahr vor Augen führe, was die Opposition zum Thema Schuldenbremse gesagt hat, dann war da regelmäßig der Satz dabei: Ihr haltet sowieso nie die Schuldenbremse ein, stellt ihr jetzt die Schuldenbremse zur Disposition oder was macht ihr mit der Schuldenbremse? Nein, wir haben immer gesagt, auch ich als Ministerpräsidentin, diese Landesregierung wird die Schuldenbremse einhalten, und zwar nicht nur, weil sie in der Verfassung steht, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass es richtig ist, dass wir Schulden abbauen und der nachfolgenden Generation einen Haushalt überreichen, der in Ordnung ist.

(Christian Baldauf, CDU: Aber sie ist nicht in der Verfassung!)

Deshalb ist es genau so, dass wir mit ganzer Konsequenz jeden Tag daran arbeiten, die Schuldenbremse einzuhalten. Der Haushalt, den wir vorlegen, macht genau das. Er hält den Abbaupfad nicht nur ein, sondern er geht noch darüber hinaus.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, es ist nicht richtig, was Sie feststellen, dass wir angeblich weiter entfernt sind vom Konsolidierungspfad als jemals zuvor. Lesen Sie die Zahlen. Schauen Sie sich die Statistiken an. Wir sind besser als zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt. Das will ich hier ganz schlicht feststellen.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Dieser Haushalt ist nicht nur ein Haushalt der Konsolidierung, sondern es ist ein Haushalt, der sehr deutlich macht, wo wir unsere Schwerpunkte setzen und wofür diese Landesregierung steht. Das ist in den Redebeiträgen von Herrn Schweitzer und Herrn Köbler nach der Einbringungsrede von Frau Ahnen sehr deutlich geworden.

Natürlich geht es uns darum, deutlich zu machen, wie wir weiter mit dem Flüchtlingsthema umgehen. Wir legen einen Haushalt vor, in dem der Ausbau der Infrastruktur eine wichtige Rolle spielt, in dem das Thema Personalausgaben bezogen auf unsere eigenen Beschäftigten eine Rolle spielt. Ich komme noch einmal darauf zurück.

Wir legen vor allem einen Haushalt vor, mit dem wir sagen, es geht uns um die Unterstützung der Kommunen. Es geht uns darum, dass Kinder in unserem Land gute Chancen, einen guten Start ins Leben haben, gut gebildet sind, egal ob in der dualen Ausbildung oder in der Hochschule, um ihren Lebensweg zu gehen.

Wir legen einen Haushalt vor, der ökologisch und nachhaltig ist und gleichzeitig ein deutliches Signal auch an die älter werdende Bevölkerung ist, dass man hier in diesem Land gut leben und älter werden kann. All das erfüllt dieser Haushalt. Ich werde darauf noch zurückkommen, meine sehr verehrten Herren und Damen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich möchte ich ein paar Dinge zur reinen Finanzseite sagen. Sie fordern, dass wir im Jahr 2016 eigentlich einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen müssten und dass das längst überfällig sei. Ich werde gleich auf ein paar Punkte eingehen. Vorher will ich doch Folgendes sagen: Taktisch ist es vielleicht gut gedacht, aber letztendlich ist es auch kein gutes Zeugnis für sie als jemanden, der für sich in Anspruch nimmt, an die Regierung zu wollen, bei der Einbringungsdebatte nicht einen einzigen Satz dazu zu sagen, wo aus Ihrer Sicht in Zukunft gespart werden soll.

(Zurufe der Abg. Hans-Josef Bracht und Hedi Thelen, CDU)

467 Millionen Euro müssten Sie zusätzlich zu dem einsparen, was wir machen, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, um ein strukturelles Defizit von null auszuweisen.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Jetzt geht es zunächst um Ihren Haushalt! –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Frau Ahnen hat gestern ein paar schöne Beispiele genannt. Es geht nicht um Kleinkram. Ich frage mich, ob es um die Beamten geht, die doch nicht das Tarifergebnis bekommen sollen. Das wären immerhin 92 Millionen Euro. Sind es die Flüchtlinge? Sollten wir unter anderem den Kommunen die Erstattung der Flüchtlingsaufnahme streichen? Das sind immerhin 165 Millionen Euro. Ist es das Geld aus dem Kommunalen Finanzausgleich, das man den Kommunen wegnehmen sollte? Immerhin sind das 175 Millionen Euro. Sind es die zusätzlichen 430 Lehrerstellen über Plan? Das sind immerhin 37 Millionen Euro.

(Gerd Schreiner, CDU: Wir fangen bei der Staatskanzlei an! Wir fangen bei Ihnen an!)

Es gibt viele andere Beispiele. Ich möchte Ihnen nochmals deutlich machen, es geht nicht um ein paar Hochglanzbrochüren, wenn man eine solche Äußerung trifft.

(Zuruf des Abg. Gerd Schreiner, CDU)

Ich kann mir anhand dessen, was Sie heute Morgen gesagt haben, vorstellen, wie schwierig es ist. Sie sprechen von 700 Millionen Euro Mehreinnahmen und davon, dass man den Haushalt ohne Schulden machen könne, wenn man nur wolle.

(Hans-Josef Bracht: So ist das!)

Erstens: Weniger Ausgaben bei Zinsen sind eben keine Mehreinnahmen, wie Sie es ausgeführt haben.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Aber weniger Ausgaben! –

Julia Klöckner, CDU: Weniger Ausgaben! –
Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

Zweitens: Darin enthalten sind auch viele durchlaufende Posten für Kommunen wie beispielsweise die Kosten der Unterkunft und die Grundsicherung im Alter, die wir an die Kommunen weiterleiten.

(Alexander Schweitzer, SPD: Was ist eigentlich mit der Demut bei euch?)

Drittens: Das Geld aus der Auflösung der Innovationsstiftung – das wissen Sie ganz genau, weil es hier im Plenum schon zigmal debattiert worden ist – bleibt den Universitäten erhalten. Es fließt 1 : 1 in das Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“. Es ist keine Einsparung!

(Christian Baldauf, CDU: Einmal, und dann ist es weg! –

Carsten Pörksen, SPD: Ist es weg? –
Christian Baldauf, CDU: Ja!)

– Ich komme noch auf das Thema Innovation. Es geht jetzt nur um die fiskalische Begründung heute Morgen von Frau Klöckner.

Viertens: Bei der Wohnraumförderung verrechnen Sie sich. Sie haben ausgeführt, dass wir 55 Millionen Euro Bundesmittel hätten. Das wäre wirklich schön. Es ist aber ein eindrucksvolles Beispiel für Ihren Einsatz von Übertreibungen als Stilmittel.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus dem Entflechtungsgesetz stehen uns 18,7 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung, aus dem MPK-Beschluss, 500 Millionen Euro, kommen weitere 18 Millionen Euro in unseren Haushalt. Das sind zusammen 37 Millionen Euro und eben nicht 55 Millionen Euro.

(Alexander Schweitzer, SPD: Das hat bestimmt die Zahlenkönigin ausgerechnet!)

Wir werden – auch das ist von Frau Ahnen gesagt worden – 4.200 neue Wohnungen, und zwar für alle Bürger und Bürgerinnen dieses Landes, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind, fördern. Das hilft vielen Menschen in unserem Land. Ihre Übertreibungen helfen ehrlich gesagt keinem.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Julia Klöckner, CDU: Das war ja schön!)

Als Fünftes, damit es noch ein bisschen technischer wird: Sie behaupten, der LBM wäre als privatwirtschaftlicher Betrieb insolvent, weil das Eigenkapital unter den Verbindlichkeiten liege. Ich halte das schlicht und ergreifend nicht für besonders seriös. Er ist eben kein privatwirtschaftlicher Betrieb.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Da können Sie lachen. Es stimmt trotzdem, Herr Schrei-

ner.

Auch der Vergleich zum Nachbarland Hessen zeigt, dramatisch ist das nicht. Das Land Hessen hat eine eigene Bilanz. Die Aktiva belaufen sich auf 36 Milliarden Euro, die Passiva auf 124 Milliarden Euro,

(Zuruf des Abg. Carsten Pörksen, SPD)

also ein negatives Eigenkapital von 87 Milliarden Euro.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Nicht, dass das unser Vorbild ist. Ich sage einfach nur: Das, was Sie behaupten, stimmt eben auch nicht.

(Anhaltend Beifall von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Nächstes möchte ich noch sagen: Ja, wir haben noch einen weiten anstrengenden Weg vor uns, um einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Aber ein mangelnder Sparwille der Vergangenheit zeigt sich eben nicht durch Schulden pro Tag oder durch eine Zunahme der Schulden.

(Julia Klöckner, CDU: 0,08 %!)

Wir zahlen rechnerisch gesehen 2,7 Millionen Euro Schulden pro Tag. Das ist viel Geld.

(Julia Klöckner, CDU: Wahnsinn!)

Der Bund zahlt 73 Millionen Euro pro Tag. Und auch das tut weh.

(Julia Klöckner, CDU: 0,08 %! –
Christian Baldauf, CDU: Und hat einen ausgeglichenen Haushalt!)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, das Anwachsen von Schulden ist kein Ausdruck von Unvermögen oder mangelndem Willen oder mangelnder Kompetenz. Der Schuldenstand des Bundes ist seit Amtsantritt von Frau Merkel prozentual sogar etwas stärker angewachsen als der des Landes.

Ich sage deshalb abschließend noch einmal: Als ich Ministerpräsidentin wurde, habe ich angekündigt, dass ich es sehr ernst meine mit dem Abbau der Schulden und die Bürger und Bürgerinnen sich auch darauf verlassen können, dass diese Koalition den Schuldenpfad einhalten wird und wir bis 2020

(Hans-Josef Bracht, CDU: Schulden machen!)

den Abbaupfad einhalten werden.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU –
Hans-Josef Bracht, CDU: Weiter Schulden machen!)

Liebe Kollegen, lachen Sie wenigstens einmal, wenn Sie mich an der Stelle schon auf die Schippe nehmen.

Liebe Kollegen, dass wir uns zum Ziel gesetzt haben, bis 2020 die Schuldenbremse umzusetzen und diese Koalition, die rot-grüne Landesregierung,

(Hans-Josef Bracht, CDU: Andere sind besser!)

genau diesen Weg kontinuierlich eingeschlagen hat und die Schulden dementsprechend auch abbauen wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit kein falscher Eindruck entsteht. Der Konsolidierungsfortschritt wird natürlich durch einige Faktoren begünstigt, etwa das nun schon länger günstige Zinsumfeld, aber natürlich auch bessere Einnahmen.

Ich erspare mir an dieser Stelle, wieder auf diesen Bundesländer-Vergleich zu gehen. Aber seit ich oft gemeinsam mit Doris Ahnen in den Verhandlungen zu den Bundesländern-Finanzsitzungen sitze, weiß ich ganz genau, was vor Jahren schon zum Beispiel Hannelore Kraft aufgeregt hat, wenn ihr als Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen Sachsen vorgeführt worden ist,

(Julia Klöckner, CDU: Hannelore Kraft als Vorbild!)

oder wenn Sie uns vergleichen mit Hessen oder mit Bayern. Wenn man finanzkräftige Länder sieht oder auch sieht, welche Bundesergänzungszuweisungen andere erhalten, die wir nicht erhalten. Ich möchte das hier nicht vertiefen – gern ein anderes Mal –, aber klar ist, dass diesem Land Rheinland-Pfalz sehr wohl eine bessere Einnahmesituation guttun würde und wir viele Probleme haben, die andere Länder nicht haben, vor allem die Ostländer aufgrund hoher Bundesergänzungsmittel.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Hans-Josef Bracht, CDU: Vergleichen Sie sich jetzt schon mit den Ostländern! –
Carsten Pörksen, SPD: Niemand will hier vergleichen!)

Aber im Kern geht die Konsolidierung jedoch auf echte Kürzungen zurück, einige größere, wie etwa die Auflösung der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation, Selbstständigkeit von Schulen oder auch der umfangreiche Stellenabbau im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und natürlich auch eine Vielzahl von kleinen, teilweisen durchaus schmerzhaften Einsparungen.

Ich nehme es Ihnen nicht übel, Frau Klöckner, dass Sie sich lustig darüber machen, dass wir eine Pressekonferenz zu unserem Haushalt machen und wir uns auch gemeinsam – wie wir es gewohnt sind, gemeinsam im Team zu arbeiten –,

(Christian Baldauf, CDU: Wie im Wolfsrudel!)

uns auch gemeinsam der Presse gegenüberzutreten. So arbeitet dieses Team der Landesregierung. Wir sind es eben gewohnt, und ich persönlich bin auch froh, dass ich da nicht immer allein stehe, sondern immer die Kollegen und Kolleginnen an meiner Seite habe,

(Christian Baldauf, CDU: Das glaube ich! –
Carsten Pörksen, SPD: Das gilt nicht für andere!)

mit denen ich sehr eng und gut zusammenarbeite.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wenn man viel Geld einsparen muss – und das über einen langen Zeitraum – und es nicht nur eine einmalige Einsparung ist, sondern tatsächlich das strukturelle Defizit reduziert, dann muss man auch in Kleinigkeiten sparen. Viele Kleinigkeiten werden irgendwann auch eine große Summe.

Wir machen das ganz strukturell, sehr analytisch. Ich finde, dass es sich auch sehen lassen kann.

(Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Noch eines: Das strukturelle Defizit, der strukturelle Saldo, ist keine Erfindung der Landesregierung, Frau Klöckner.

(Julia Klöckner, CDU: Schulden bleiben Schulden!)

Ein Blick in unsere Verfassung würde Ihnen an dieser Stelle wirklich weiterhelfen. Das strukturelle Defizit ist gemeinsam vom Parlament definiert worden, und auch auf der Bundesebene spielt das strukturelle Defizit eine Rolle. Wir haben nicht nur die Nettokreditaufnahme, obwohl sich die auch entsprechend verändert hat. Wir haben das strukturelle Defizit, und das ist der Maßstab, um die Einhaltung der Schuldenbremse auch nachhaltig zu gestalten. Das ist es, was es nicht ganz einfach macht.

Das ist auch der Grund, warum wir zum Beispiel weiter beim Personal sparen. Eine der großen Einsparposten ist die Einsparung des Personals im Landesamt für Soziales. Natürlich haben wir beim Personal auch Verbesserungen vorgenommen. Ich möchte, weil es vor ein paar Tagen angeklungen ist, nochmals betonen: Ich habe kurz nach meinem Amtsantritt schon deutlich gemacht, dass wir regelmäßig auch das Thema Beamtenbesoldung überprüfen. Ich habe damals gesagt, wenn die Steuereinnahmen es ermöglichen und das Tarifergebnis für die Beschäftigten sich entsprechend darstellt, dass wir uns in der Koalition dann auf den Weg machen und den Deckel auch heben werden. Genau das haben wir auch nach Prüfung in diesem Jahr getan, und entsprechend schlägt es sich im Haushalt 2016 nieder.

Mir ist es wichtig, noch einmal zu sagen, dass die Beamten und die Beamtinnen einen hohen Anteil dazu beigetragen haben, dass wir uns auf dem Konsolidierungspfad dort befinden, wo wir heute stehen. Dennoch möchte ich sagen, dass sie sich auch auf uns verlassen können. Wir haben ihnen gesagt, wenn es die Situation erlaubt und wir nicht von unserem Abbaupfad abkommen, wir dann auch Wort halten und eine Angleichung der Besoldung vornehmen werden.

Genau das tun wir jetzt auch mit diesem Haushalt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie maßvoll der Haushaltsentwurf auf der Ausgabenseite ausfällt, ist auch daran zu erkennen, dass die Summe aus den zusätzlichen Zahlungen an die Kommunen, auf die ich noch eingehen werde, aus den Gehalts- und Besoldungsanpassungen und dem Anstieg der Versorgungsausgaben höher ist als der gesamte Ausgabenzuwachs im Haushalt. Das macht schon deutlich, dass wir natürlich auch sehr maßvoll mit Ausgaben insgesamt umgegangen sind.

Vielleicht auch noch eine Anmerkung zu Ihrer Presseinformation, die Sie neulich herausgegeben haben.

(Alexander Schweitzer, SPD: Desinformation!)

Dort äußern Sie sich zu den steigenden Ausgaben für Pensionäre und Pensionärinnen, und Sie beklagen unter der Überschrift „Rot-Grüne Finanzpolitik belastet kommende Generationen“, dass die Beamtenversorgung in den kommenden Jahren um 89 Millionen Euro pro Jahr steigt.

Meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen der Opposition, aber was heißt das eigentlich? Sie sind ja nicht allen Ernstes dazu bereit, die Pensionen der Kollegen und Kolleginnen, die Sie damals unter der CDU-Führung eingestellt haben, heute zu kürzen, damit die nicht weiter wachsen. Die Beamtenversorgung ist heute nicht mehr zu verändern, es sei denn, Sie nehmen Kürzungen vor. Wir tun das nicht in unserem Haushalt, sondern wir sind genau jetzt straight vorgegangen, wie wir es auch seit langen Jahren sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist auch das erklärungsbedürftig, was Sie da geschrieben haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Rheinland-Pfalz lässt es sich gut leben, und es lässt sich auch gut arbeiten. Ich sage das auch noch einmal sehr bewusst und auch sehr selbstbewusst, es hat nicht nur mit der hervorragenden Schönheit unseres Landes zu tun, sondern auch mit den weltoffenen, freundlichen und engagierten Menschen und auch den sehr erfolgreichen Unternehmern und Unternehmerinnen und sicherlich auch mit der Politik der Landesregierung, die die richtigen politischen Weichenstellungen in diesem Zusammenhang vornimmt, die sich auch wieder im Haushalt niederschlagen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was das Thema geringe Arbeitslosigkeit betrifft, ist Rheinland-Pfalz seit vielen, vielen Jahren ganz, ganz weit vorn. Wir haben eine sehr geringe Arbeitslosenquote. Wir haben so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie noch niemals zuvor. Der Arbeitsmarkt ist auch robust. Auch die Wirtschaftskraft ist ungebrochen hoch. 53 % Exportquote zeigt, wie innovativ unsere Unternehmen sind.

(Alexander Schweitzer, SPD: So ist das!)

2,3 % mehr Betriebe wurden gegründet. Auch das zeigt,

dass Innovation in unserem Land natürlich eine ganz herausragende Rolle spielt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Christian Baldauf, CDU: Wie habt ihr die gefördert?)

Mir ist es wichtig, das hier heute auch nochmals ausdrücklich zu betonen; denn auch wenn die Zeiten so sind, dass sich Menschen Sorgen machen aufgrund der hohen Flüchtlingszuflüsse, so ist es doch so, dass sie in einem Land leben, das absolut gut dasteht, und zwar in jeglicher Hinsicht. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, sich Sorgen zu machen. Ich werde auch den einen oder anderen Punkt noch nennen, wo wir ganz bewusst auf diese Sorge eingehen. Aber klar ist schon, es ist auch wichtig zu sagen: Wir sind herausragend aufgestellt auch im Bundesländervergleich. Darauf sollten wir alle stolz sein, auch die Opposition. Opposition in einem Land zu sein, das wirtschaftlich gut dasteht, wo die Menschen gute Beschäftigung haben und wo sie sozial abgesichert leben können auf einer guten Grundlage, ist doch eine gute Ausgangslage, denke ich, um die Zukunft auch weiter zu gestalten. Wie wir das in unserem Haushalt genau darlegen.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das meine ich sehr ernst, natürlich muss die Opposition auch immer kritisch gegenüber der Regierung stehen. Das ist selbstverständlich. Aber schade ist es manchmal, dass Sie durch Ihre eigenwillige Interpretation von Fakten dazu kommen, dass unser Land wirklich in einem sehr schlechten Licht erscheint. Das hat unser Land nämlich ehrlich gesagt überhaupt nicht verdient.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Unzufriedenheit beispielsweise mit unserer Haushaltspolitik lässt Sie sich dazu hinreißen, sich so im Länderkreis und auch in den Reihen der CDU zu positionieren, dass Sie manchmal gar nicht merken, wie sehr Sie uns schaden, wenn Sie permanent Nachbarländer loben oder verteidigen, aber sagen, nur das Land Rheinland-Pfalz macht alles sehr schlecht.

(Simone Huth-Haage, CDU: Die Landesregierung!)

– Ja, die Landesregierung.

Dann stärken Sie nicht die Position unseres Landes. Das kann ich einfach nur sagen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Hans-Josef-Bracht, CDU: Das wäre euch am liebsten!)

– Herr Bracht, ein anderes gutes Beispiel ist dieses Thema, das Frau Klöckner auch schon angesprochen hat, wenn es um die Frage geht, inwieweit sich der Bund eigentlich an den Kosten der Flüchtlingsfrage beteiligt. Ich habe das alles noch sehr gut im Ohr, liebe Frau Klöckner. Ich

sage seit vielen, vielen Monaten, dass die Flüchtlingsfrage eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Irgendwann haben dann – ich glaube, es war im Mai – Frau Merkel und Herr Schäuble bestätigt,

(Julia Klöckner, CDU: Ihnen bestätigt, ganz klar!)

dass die Flüchtlingsfrage eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Damals – ich würde Sie bitten, auch mir einmal kurz zuzuhören – waren Sie noch lange nicht an dem Punkt, dass Sie es für in Ordnung gehalten hätten, dass sich der Bund auch an den Kosten beteiligt.

(Carsten Pörksen, SPD: Das können die gar nicht!)

Das fordern wir seit vielen, vielen Monaten. Wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, der Bund handelt, und wir haben keinen Plan, dann sage ich Ihnen, das Gegenteil ist der Fall gewesen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Alexander Schweitzer, SPD: Sie rennen hinterher! –

Carsten Pörksen, SPD: Leider!)

Lange, lange hat es gedauert, bis der Bund ganz selbstverständlich gesagt hat – auch der Bundesfinanzminister –, natürlich müssen wir uns an den Kosten von Land und Kommunen beteiligen, schlicht und ergreifend, weil die Anzahl der Flüchtlinge so viel höher ist als ursprünglich gedacht. Sie sagen immer, das ist ein Reflex der Ministerpräsidentin, auf den Bund zu deuten. Nein, ich deute nicht auf den Bund, aber ich sage auch sehr klar für unser Land, dort, wo der Bund gefordert ist, erwarte ich vom Bund auch, dass er handelt. Das werde ich in Zukunft so sagen, und ich werde mich in Zukunft dafür einsetzen, und das habe ich in der Vergangenheit auch gemacht. Wir profitieren davon in unserem Land. Es ist nicht mehr als gerecht, dass der Bund diese Aufgabe wirklich annimmt und er uns – Länder und Kommunen – in dieser herausragenden Herausforderung, die wir zu stemmen haben, unterstützt, und zwar auch mit Geld.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich von gutem Leben und Arbeiten in unserem Land spreche, dann will ich auch ganz bewusst sagen – es ist eigentlich ein kleiner Posten in unserem Haushalt –, dass das Ehrenamt dann natürlich auch wieder eine ganz wichtige Rolle spielt. 41 % unserer Menschen sind ehrenamtlich aktiv. Es ist egal, ob es die Freiwillige Feuerwehr ist, ob es das Projekt von Herrn Nacke „Ich bin dabei!“ ist, ob es viele andere Aktivitäten sind. Wir können es mit etwas Geld unterstützen, mit guter Rahmenstruktur. Bei der Freiwilligen Feuerwehr komme ich noch einmal darauf zu sprechen, aber wir tun viel, damit dieses Ehrenamt auch in Zukunft in unserem Land gelebt werden kann. Deshalb auch an dieser Stelle am heutigen Tag allen Ehrenamtlern ein ganz, ganz herzliches Dankeschön dafür, dass sie unser Land so lebenswert mitgestalten und sich nie zu schade sind, wirklich das zu tun, was sie für richtig erachten. Herzlichen Dank!

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Da sind wir natürlich auch beim Thema Flüchtlinge; denn wir könnten diese Aufgabe zurzeit auch nicht so gut managen und so gut handeln, wenn wir nicht diese vielen, vielen Ehrenamtler in unserem Land hätten, die ganz selbstverständlich sagen, wir helfen mit. Wir sind freiwillige Helfer und Helferinnen. Es ist ein gemeinsamer Kraftakt, sowohl von den Ehrenamtlern als auch von der Regierung, von den Kommunen und von der ADD. Deshalb möchte ich noch einmal deutlich sagen, Ministerin Alt, die Integrationsministerin – die einzige in der Bundesrepublik, das ist eben schon gesagt worden – engagiert sich mit ihrem Team wirklich ganz außerordentlich in dieser Frage.

Ich sage auch zu diesem komischen Spaltpilz, den Sie hier zu setzen versuchen – dass das alles sehr schwierig ist, weil der Innenminister nicht der Integrationsminister ist – sage ich Ihnen, das ist nicht unser Thema. Der Innenminister ist ein Mensch, der sich in diesen Konferenzen tatsächlich für das wirklich Wichtigste in unserem Land einsetzt. Er sorgt aber auch dafür, dass die Kommunikation stimmt. Seine Leute sind es, die Irene Alt, wie viele andere auch, aber er in besonderer Weise, wirklich sehr stark unterstützen, dass diese große Aufgabe auch zu bewältigen ist.

Ich finde, man kann von jeder Landesregierung verlangen, egal wie die Zuständigkeiten sind, dass die Kollegen und Kolleginnen anständig, ordentlich, intensiv, empathisch miteinander arbeiten. Genau das tun wir in diesem Land. Deshalb machen wir das auch gut, was das Thema Flüchtlinge betrifft, weil wir das Know-how aller Beteiligten in unser Vorgehen einbringen können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nicht mehr die Haushaltspositionen wiederholen, da sie schon genannt worden sind. Frau Ahnen hat dargestellt, dass wir im Haushalt 165 Millionen Euro eingestellt haben und – vielen Dank dafür an die Fraktionen – die Bundesmittel im Laufe des Haushaltsverfahrens noch eingestellt werden. Das sind Mittel, die unmittelbar für die Aufnahme und Unterbringung notwendig sind.

Sehr schnell haben wir uns aber auch darum gekümmert, dass die Menschen, von denen wir wissen, dass sie hier bleiben werden, nicht nur ein Dach über dem Kopf haben, sondern auch sehr schnell integriert werden. Integration war für uns also von Anfang an auch ein sehr wichtiges Thema.

Diese Themen spiegeln sich auch in unserem Haushalt wieder. Das ist schon von meinen Vorrednern angesprochen worden. Es ist völlig egal, ob es Sprachförderung in den Kitas – übrigens 6,3 Millionen Euro –, ob es 12 Millionen Euro für interkulturelle Fachkräfte, ob es die Sprachorientierungskurse im Arbeitsministerium, ob es Weiterbildungsmaßnahmen, ob es die Qualifizierungsangebote sind, ob es die Kompetenzerfassung ist, ob es die schulischen Angebote sind – es ist eine ganze Palette von Maßnahmen, die wir in diesem Land initiiert haben, um tatsächlich die Integration von Flüchtlingen gut zu bewältigen.

Deshalb bin ich auch sehr froh darüber, dass wir sagen können, dass wir neben der Tatsache, dass wir viel mit der Unterbringung der Flüchtlinge zu tun haben, von Anfang an auch auf die Integration der Flüchtlinge geachtet haben und da auch eine ganz schöne Bilanz haben. Viele andere Bundesländer lernen von uns. Kompetenzerfassung in der Erstaufnahme wird demnächst ein Projekt, das bundesweit durch die Bundesagentur für Arbeit angewendet wird. Viele schauen darauf, was wir in diesem Bereich tun. Ich bin sehr gespannt und freue mich auch darauf, dass wir auf der Integrationskonferenz dieses Thema gemeinsam miteinander vertiefen können.

Warum spreche ich das jetzt so explizit an? – Sie haben unter anderem gesagt, dass die Landesregierung – ich kann mich nicht mehr genau an den Satz erinnern – planlos wäre oder so ähnlich. Deshalb will ich mir nach Alexander Schweitzer und Daniel Köbler noch einmal die Mühe machen und in wenigen Sätzen sagen, wie wir in der Flüchtlingspolitik vorgehen.

Das erste Wichtige ist, die Menschen, die bei uns ankommen – völlig egal, ob sie bleiben werden oder nicht –, werden mit der gleichen Herzlichkeit bei uns aufgenommen; denn wir sorgen dafür, dass sie gut versorgt und gut untergebracht werden. Hier stimmt auch nach wie vor der Satz – auch wenn versucht wird, uns auseinanderzudividieren –, dass es keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse gibt, die in unser Land kommen, sondern sie mit dem gleichen großen Herzen aufgenommen werden und erst einmal in unserem Land versorgt werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt: Wir wollen schnelle Verfahren. Ich erinnere daran, dass auch das ein Punkt ist, zu dem am Anfang die Opposition nach dem Motto „Ablenkungsmanöver“ gelacht hat, weil wir es im Land nicht gebacken bekämen. Wir brauchen schnellere Verfahren. Inzwischen hat ganz Deutschland das auch begriffen.

Heute Morgen habe ich zufällig einen Bericht im Fernsehen gesehen, in dem ein Entscheider in einem anderen Bundesland interviewt wurde. Der hat erklärt, dass er in einer Woche so viele Verfahren erledigen kann, wie er an einem Tag an neuen Flüchtlingen zugeteilt bekommt. Das heißt, wir sind noch lange, lange, lange nicht dort, wo wir hin müssen, nämlich dass die Entscheidungen schneller getroffen werden.

Dann stellt sich die Frage – Ihr Lieblingsthema – der Abschiebung. Das setzt voraus, dass wir einen rechtskräftigen Beschluss haben. Den haben wir in der Regel in unserem Land nicht.

Dritter Punkt: Wir setzen auf freiwillige Rückkehr – immer noch – aus Prinzip und aus Überzeugung, aber wir scheuen uns nicht davor, wenn jemand nicht freiwillig geht, ihn letztendlich dann auch zwangsmäßig zurückzuführen.

Vierter Punkt: Ja, wenn wir schnellere Verfahren hätten oder demnächst haben, ist doch vollkommen klar, dass diejenigen, die nicht bleiben dürfen, schneller zugeführt und schneller zurückgeführt werden können. Deshalb hö-

ren Sie auch bitte damit auf, ständig die Tatsache oder Meinung zu verbreiten – es ist keine Tatsache –, die Behauptung zu verbreiten, dass wir oder die Landräte oder wer auch immer nicht abschieben. Wir wollen, dass die Menschen, die nicht bleiben können, schnelle Verfahren haben und auch schnellstmöglich freiwillig zurückgeführt werden. Vollkommen klar ist: Jeder Mensch, der länger bei uns bleibt, wird in unsere Gesellschaft integriert. Das tun wir beherzt – das habe ich eben dargestellt –, und wir tun es aus großer, großer Überzeugung im Einklang mit den meisten Bürgern und Bürgerinnen in unserem Land.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein letzter Punkt ist das Thema Verantwortlichkeiten auf den unterschiedlichen Ebenen.

Ich habe eben schon dargestellt, dass wir schon vor langer Zeit eingeklagt haben, dass sich der Bund beteiligt. Ich habe auch schon länger eingeklagt, dass die Verfahren beschleunigt werden. Ich sage aber auch schon ziemlich lange – ich nenne das immer meinen Dreiklang –, dass es bestimmte Aufgaben gibt, die wir als Land nicht erledigen können.

Das eine ist, es gibt eine große Einigkeit – Bundesfinanzminister Schäuble hat sich vorgestern dazu geäußert –, dass wir die Frage des Zustroms nur europäisch und international verändern können. Deshalb ist mein Appell nicht mehr als recht und richtig zu sagen: Bundesregierung, Bundeskanzlerin, sorgen Sie dafür, dass wir endlich international und europäisch zu wirklich besseren Lösungen kommen; denn nur so werden wir unserer Verantwortung gerecht. Auch nur so können wir dafür sorgen, dass der Zustrom etwas abgemildert wird.

Es wird Sie nicht verwundern, dass es uns mit Sorge umgibt, dass wir im September fast 300.000 Flüchtlinge in Deutschland hatten. Deshalb ist es allerhöchste Zeit, dass auf dem europäischen und internationalen Parkett da endlich etwas erreicht wird. Damit wird noch etwas Gutes erfüllt, nämlich dass Europa zum ersten Mal seit langer Zeit auch seiner Funktion, seines Anspruchs gerecht wird, international deutlich zu machen, wir haben eine Verantwortung über uns selbst hinaus, und wir regeln unsere Dinge innerhalb Europas im besten Sinne der europäischen Idee. Beides muss erfüllt werden, um die Situation in Deutschland ein Stück weit zu entspannen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir das gemeinsam schaffen werden, aber ich bin genauso fest davon überzeugt, dass wir alle in unserem Einflussbereich daran arbeiten müssen, dass es am Ende auch gut aufgeht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage in Klammern zum Thema Integrationskurse – das ist von Herrn Schweitzer oder Herrn Köbler schon angesprochen worden –: Ja, natürlich Integrationskurse. Das ist ein schönes Beispiel für die Zusagen im Mai. Wie sehr würden wir uns wünschen, dass es endlich genug Integrationskurse für die Flüchtlinge in diesem Land gibt. Das ist eine Forderung, die erheben alle Bundesländer seit vielen,

vielen Monaten stark.

Es ist nicht so, dass wir in unserem Land Flüchtlinge haben, die da nicht rein wollen und für die wir ein Verpflichtungsgesetz bräuchten, damit wir die da rein bringen. Es ist so, dass wir nicht ausreichend Sprachintegrationskurse haben. Die haben aber einen besonderen Wert. Sie haben nämlich den Wert, dass man Sprache und die Kultur des Landes lernt. Lassen Sie sich uns deshalb gemeinsam dafür einsetzen, dass der Bund sein Versprechen hält und die Integrationskurse endlich öffnet. Dann werden wir an dieser Stelle wirklich etwas Gutes für die Flüchtlinge in unserem Land und für unsere Bevölkerung bewirken können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, es gab zu Beginn Ihrer Rede, liebe Frau Klöckner, auch noch einen Punkt, der mir schwer zu denken gegeben hat oder mir die Sprache verschlagen hat. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist die größte gesamtgesellschaftliche Aufgabe – ich sage einmal – dieser politischen Generation. Was machen Sie? – Sie stellen sich hierhin und tun so, als könne man das mit ein bisschen Arbeit am 4. Januar 2016 bis zur Mittagspause erledigen.

Sie sprechen von 6 Milliarden Euro Kosten des Bundes. Das mache nur 1 % der Steuereinnahmen aus. Ich sage, mit den 6 Milliarden Euro wird der Bund nicht hinkommen. Er hat viel höhere Eigenkosten, und solange er es nicht schafft, endlich die Verfahren zu beschleunigen, wird er auch nicht mit 3 Milliarden Euro für die Länder hinkommen.

Ich will höflich sein, aber ich denke, diese Zahl haben Sie mal gegriffen. Was mich aber wirklich ärgert, ist Ihr Vergleich. Sie führen dazu aus, am Neujahrstag werde nicht gearbeitet. Am Samstag werde nicht gearbeitet. Am Sonntag werde nicht gearbeitet.

(Hans-Josef Bracht, CDU: In der Regel hat sie gesagt!)

Am Sonntag werde in der Regel nicht gearbeitet. Das ist ein bisschen ein blanker Hohn gegenüber allen Angestellten, die wie selbstverständlich am Wochenende und nachts arbeiten,

(Hans-Josef Bracht, CDU: Das ist doch lächerlich! –
Alexander Schweitzer, SPD: Das ist überhaupt nicht lächerlich!)

und zwar gegenüber dem Krankenpfleger, dem Polizisten, dem Fabrikarbeiter oder dem selbstständigen Handwerker.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Thema verfehlt!)

Es ist vor allem auch ein blanker Hohn gegenüber den Menschen in unserem Land, die nämlich ehrenamtlich und hauptamtlich die Fluchtaufnahme organisieren. Diese arbeiten nämlich auch und vor allem am Wochenende rund um die Uhr.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Alexander Schweitzer, SPD: So ist es! –
Hans-Josef Bracht, CDU: Um all das geht es überhaupt nicht! Das ist nicht in Ordnung, was Sie hier machen!)

Wir bekommen das hin. Jeden Tag wird es ein bisschen schwerer. Ich möchte es ganz deutlich sagen: Für den Zustrom sind andere verantwortlich und nicht wir als Bundesland. Kein Bundesland ist verantwortlich. Die Menschen arbeiten eben nicht einmal am 4. Januar bis zur Mittagspause, sondern rund um die Uhr. Sie machen das gut. Ich will sie loben und ihnen danken. Wir werden genauso weitermachen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Beschluss der Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen mit der Kanzlerin ist aus meiner Sicht ein guter Beschluss gewesen. Wir haben unseren Kommunen damals zugesagt, dass ich sie sofort einlade, um mit ihnen gemeinsam zu besprechen, wie wir damit umgehen. Ich möchte dazu gar nicht viel sagen. Ich möchte aber auf zwei oder drei Punkte eingehen.

Der Bund war ziemlich bald der Auffassung, dass die Entlastung, die geschaffen wird, sowohl für die Länder als auch die Kommunen gilt und wir uns gemeinsam darüber verständigen müssen, weil auf Bundeseite, Länderseite und kommunaler Seite Kosten entstehen. Ich bin der Auffassung – Frau Ahnen hat es gestern dargestellt –, dass wir unseren Kommunen ein faires Angebot gemacht haben.

Ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen, dass es mir wichtig ist, dass wir gemeinsam zu einem sehr guten Ergebnis kommen. Die Kommunen und das Land stehen Seite an Seite. Wir gehen auch fair miteinander um. Ich möchte auch nicht, dass das instrumentalisiert wird. Wir sind in konstruktiven Gesprächen. Wir wollen miteinander zu einem Ergebnis kommen. Ich habe den Kommunen gesagt, dass wir die Vereinbarung mit dem Bund 1 : 1 auch in Rheinland-Pfalz umsetzen werden. Das machen wir auch, wie es in meiner Amtszeit bereits erfolgreich praktiziert wurde. Auch das möchte ich noch einmal deutlich sagen.

Ich bin optimistisch, dass wir zu einer fairen Vereinbarung finden werden, und das, obwohl Sie immer wieder versuchen, solche Vereinbarungen zu torpedieren. Es tut mir leid, dass ich das sagen muss. Es ist auch schon angesprochen worden. Wir haben das zu oft erlebt, dass wir mit den Kommunen in Verhandlungen waren, egal ob es um das Thema Inklusion, U3 oder ein anderes Thema ging. Wenn wir auf einem guten Weg waren, um uns mit den Kommunen zu verständigen, mussten wir erleben, dass die CDU versucht hat, dies zu torpedieren. Sei's drum, sage ich einfach.

Wir haben die nächsten Gespräche mit den Kommunen. Wir werden daran arbeiten, dass wir diese zu einem guten und fairen Ergebnis führen. Das ist mein Anliegen. Das war es von Anfang an, seit ich Ministerpräsidentin bin. Ich glaube, Sie werden wenig Kommunale finden, die Ihnen das

nicht belegen werden, nämlich dass ich mit den Kommunen ständig sehr konstruktiv im Gespräch bin. Aber nicht nur das. Wir haben sehr viele Probleme lösungsorientiert gelöst.

(Zurufe von der CDU –
Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel
übernimmt den Vorsitz)

Das gilt für das Thema Inklusion genauso wie für das Thema U3. Jetzt wird es für dieses Thema auch gelten. Insofern bin ich optimistisch. Das heißt nicht, dass ich irgendetwas sicherstellen kann. Ich bin ganz optimistisch, dass wir zu einer fairen Vereinbarung kommen werden.

Deshalb haben wir auch das kommunale Investitionspaket, ohne dass wir dazu die Verpflichtung gehabt hätten, um 30 Millionen Euro aufgestockt. Auch das war ein Wunsch unserer Kommunen im Gespräch. Wir haben deutlich gemacht, dass wir das hören und auch machen werden. Wir wollen es auch machen. Wenn Sie jetzt versuchen werden, das Investitionsprogramm zu einem CDU-Programm zu machen, wird Ihnen das – ehrlich gesagt – nicht gelingen.

Ich weiß sehr genau, wie viele Tage und Nächte Doris Ahnen und ich mit dem Bund und anderen Ministerpräsidenten gerungen haben, bis dieses Paket gestanden hat. Ich weiß auch ganz genau, dass unsere Ministerpräsidenten gesagt haben, auf eine solche Verteilung werden sie sich in Zukunft nicht mehr einlassen, weil Rheinland-Pfalz und noch ein paar andere Länder total bevorzugt werden. Deshalb sage ich: Das haben wir und nicht irgendwelche CDU-Innenminister oder wer auch immer erkämpft.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Wir werden Wort halten, was diese Themen betrifft. Ich freue mich heute schon, dass wir mit diesem Haushalt das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz veranschlagt haben und wir in unseren Kommunen zu guten Investitionen kommen, die natürlich auch nötig sind. Ich bin sehr froh, dass wir an dem Punkt sind. Ich hoffe, dass wir in der nächsten Woche zu guten weiteren Gesprächen über das Gesamtpaket kommen werden.

Ich möchte noch zwei oder drei Sätze zu den wichtigen Schwerpunkten sagen, die alle aber auch schon ausreichend und hinreichend kommentiert worden sind. Es geht vor allem erst einmal für mich um das Thema gebührenfreie Bildung von Anfang an, nämlich von der Kita bis zur Hochschule. Das bleibt auch mir ein Herzensanliegen als Ministerpräsidentin.

Insgesamt sind im nächsten Jahr 573 Millionen Euro für den Kita-Bereich im Haushalt vorgesehen. Wir sind stolz darauf, dass in Rheinland-Pfalz so gut wie jedes Kind ab drei Jahre die Kindertagesstätte besucht. Das gilt auch für die Kinder mit Migrationshintergrund. Das kann nicht jedes Bundesland von sich behaupten. Wir sagen, das hat

- a) mit der guten Arbeit in den Kitas zu tun und
- b) damit zu tun, dass wir eine gebührenfreie Bildung in unseren Kindertagesstätten anbieten können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Auch das wird uns jetzt nutzen. Wir haben einen guten Kita-Besuch und einen hohen Ausbaustand bei U3 mit mittlerweile 44 % erreicht. Wir werden weiter ackern, dass wir an der Spitze der westdeutschen Länder bleiben, was die Ausbauquote betrifft. Es nutzt uns allen. Der gute Start unserer Kinder und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die besten Voraussetzungen dafür, dass die Integration gelingt. Auch das möchte ich noch einmal sagen. In unseren Kitas gibt es viele Kinder, die Flüchtlingskinder sind und Migrationshintergrund haben. Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, dass dort die Integration sehr gut gestaltet wird. Deshalb gibt es bei uns auch interkulturelle Fachkräfte, Sprachförderung und die Unterstützung unserer Kitas. Genau das werden wir in Zukunft mit diesem Haushalt weiter so halten.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, genauso verhält es sich mit unserer Bildung. Es ist noch gar nicht so wahnsinnig viel davon gesprochen worden. Mir ist es noch einmal wichtig, Folgendes zu sagen: Wir stellen in diesem Haushalt wieder 1.200 junge Lehrkräfte ein. Das sind 430 mehr als in der mittelfristigen Finanzplanung. Rund 600 der neuen Lehrkräfte hatten vorher einen befristeten Arbeitsvertrag.

Auch das war ein wichtiges Ziel, das ich mit meiner Person und mit dieser Landesregierung verknüpft habe, nämlich dass wir die befristeten Verträge zurückführen und weniger länger befristen, und dass auf jeden Fall die Prognose gut ist und die Menschen so schnell wie möglich in das System übernommen werden. Deshalb bin ich froh, dass wir das mit diesem Haushalt und im neuen Schuljahr zeigen können. Auch der ursprünglich geplante Abbau von ca. 200 Stellen ist ausgesetzt. 2016 werden sogar 314 neue Lehrstellen geschaffen.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, insofern sind wir bei der Frage guter Bildung in unserem Land wieder einen ganzen Schritt weitergekommen. Wir haben eine gute Unterrichtsversorgung, das jüngste Lehrerkollegium und mit die kleinsten Klassen in unserem Land. Wir stellen sicher, dass wir über die zusätzlichen Sprachkurse, nämlich die Deutsch-Intensivkurse, unseren Kindern gute Chancen geben, sich in unser Schulsystem zu integrieren. Das ist das, was wir uns wünschen. Dafür stellen wir Geld und Stellen zur Verfügung. Es passt zu unserem Land Rheinland-Pfalz, dass es ein Bildungsland und gleichzeitig ein offenes und integrierendes Land ist.

Ich denke, in diesem Sinn hat dieser Haushaltsansatz ein ganz deutliches Signal in Richtung Integration und guter Bildung in unserem Land gesetzt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Dazu gehören noch zwei Dinge. Ich muss und will noch etwas zu den Deutsch-Intensivkursen sagen, weil die CDU ein anderes Konzept hat.

Ich stehe hinter dem Konzept der Deutsch-Intensivkurse. Es gibt den Kindern in unseren Schulen, den jungen Menschen die Möglichkeit, bis zu 20 Stunden ganz intensiv

Deutsch zu lernen. Das ist auch nötig. Zu uns kommen zurzeit Kinder, die kein Deutsch können. Ihnen muss man helfen. Man muss sie unterstützen.

Es ergibt trotzdem so viel Sinn, sie im Sport-, Musik- oder Kunstunterricht im Klassenverband zu haben;

(Alexander Schweitzer, SPD: Genau richtig, so ist es!)

denn Sie sprechen doch immer davon, dass die jungen Menschen auch unsere Kultur lernen müssen,

(Carsten Pörksen, SPD: Genau!)

dass sie von unserem Land erfahren sollen, was wichtig ist, auch von unserem Verhalten her. Es könnte doch keinen einfacheren, besseren und wichtigeren Weg geben,

(Marlies Kohnle-Gros, CDU: Sie wissen gar nicht, wie Kinder damit umgehen!)

als einerseits sicherzustellen, dass die Kinder einen guten Deutschkurs bekommen und andererseits die Integration gleich von Anfang an in der Schule mit Mitschülern und Mitschülerinnen erleben.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Deshalb stehe ich zu unserem Konzept und finde es besser als das, was Sie propagieren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema Innovation nur noch so viel: Ich habe vorhin schon gesagt, dass das Geld bei der Auflösung der Innovationsstiftung komplett an unsere Hochschulen fließt und man, wenn man die Hochschullandschaft betrachtet und auch das, was an Innovation und Forschung zurzeit passiert, ganz gelassen feststellen darf, dass Rheinland-Pfalz noch nie so gut dagestanden hat wie jetzt. Unsere Hochschulen haben inzwischen einen herausragenden Ruf. Unsere außerschulischen Institute sind so gut mit unseren Hochschulen vernetzt, dass sie wirklich herausragende Arbeit leisten und daraus ganz viele junge Gründer hervorgehen.

Dass wir letzte Woche vom Bundeswirtschaftsminister erfahren haben, dass wir in Rheinland-Pfalz – nämlich in Kaiserslautern – eines von fünf Kompetenzzentren in Deutschland für das Thema Industrie 4.0 im Mittelstand erhalten, spricht doch nicht dafür, dass in diesem Land nicht in Innovation investiert wird,

(Alexander Schweitzer, SPD: So ist es doch! –

Carsten Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

sondern das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil hier so gerne das Wort geführt wird, dass das Geld vom Bund irgendwie nicht weitergeleitet wird, will ich noch einmal explizit sagen, weil es sich auch in diesem Haushalt

ausdrückt, dass die BAföG-Millionen an unsere Hochschulen weitergeleitet worden sind – und zwar 25 Millionen Euro – und das restliche Geld in die Inklusionsvereinbarung geflossen ist. Wir stärken damit die Grundversorgung in unseren Hochschulen, die Grundfinanzierung, die sich vor allem auch auf unbefristete Stellen bezieht. Es ist immer unser Ziel gewesen, auch jungen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen eine bessere Perspektive zu geben, als immer nur von Drittmitteln abzuhängen. Insofern stärken wir mit diesem Geld unsere Hochschulen genau so, wie es geplant war.

Ich bin mir ganz sicher, dass unsere Hochschulen auf einem sehr guten Weg sind. Ich werde immer wieder mit dieser Landesregierung dafür eintreten, dass wir diesen Punkt weiter stark machen, weil es unser Land jung hält, weil es Ideen in unser Land bringt, weil es junge Geister in unser Land bringt und hält.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Deshalb wird es auch in Zukunft so sein, dass unsere Hochschulen einen ganz wichtigen Faktor in unserer Politik darstellen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ahnen hat darüber ausführlich gesprochen, deshalb kann ich mir das jetzt sparen. Ich habe das eben alles schon einmal in dem, was ich gesagt habe, angedeutet. Der eine Satz muss noch sein, auch wenn es schon ein paar Mal gesagt worden ist: Nein, es ist nicht so, dass wir hinterherhinken. Wir haben in den letzten Jahren schon einiges zum Thema Wohnraum gemacht. Wir haben ein ganz hohes Bewusstsein, und zwar aufgrund der Demografiapolitik, die wir betreiben, dass wir in den Ballungszentren dafür sorgen müssen, dass es mehr preisgünstigen, bezahlbaren Wohnraum gibt.

Deshalb sage ich es hier noch einmal, in einem Satz zusammengefasst: Wir verpflichten uns in diesem Haushalt, dass wir ab 2016 4.200 Wohnungen schaffen werden, im sozialen Wohnungsbau, im sozial geförderten Wohnraum, damit die Menschen in unserem Land wissen, dass wir dafür sorgen, dass sie wirklich die Chance haben, in Ballungsräumen Wohnraum wieder bezahlen zu können. Das ist für uns ein wichtiges Thema, das viel mit sozialem Frieden und Gerechtigkeit zu tun hat.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, wenn ich von unserem Land und von der Zukunftsfähigkeit unseres Landes gesprochen habe, geht es nicht nur um Wohnen und das Thema der Integration, es geht immer auch um das Thema Bildung. Es geht aber natürlich auch darum, dass wir ein Land sind, in dem die Menschen sicher leben können und dabei ein gutes Gefühl haben. Auch dazu ist viel gesagt worden. Unsere Statistiken zeigen alle, dass wir ein sicheres Land sind. Mein Appell lautet: Wir sollten nicht permanent den Eindruck in der Öffentlichkeit erwecken, dass es anders ist.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von der SPD: Richtig!)

Wir wissen alle, dass Sicherheit auch mit einem subjektiven Empfinden zu tun hat. Deshalb finde ich es richtig, dass wir das in diesem Haushalt mit der kontinuierlichen Erhöhung der Einstellungszahlen im Jahr 2016 deutlich machen, indem 500 Polizeikommissaranwärter und -anwärterinnen ihr Studium an der Hochschule der Polizei aufnehmen werden und damit gewährleistet ist, dass trotz der hohen Ruhestandsabgänge das erforderliche Personal bei der Polizei vorhanden sein wird. Das finde ich richtig, und ich finde es gut, es nochmals zu betonen.

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

Wenn wir über Zukunft sprechen, sprechen wir nicht nur von Kita, Schule und Hochschulen, sondern wir sprechen auch davon, was wir tun und auch mit diesem Haushalt tun, um das Thema Fachkräfte in unserem Land weiter zu stärken. Natürlich darf in meiner Rede der Begriff der dualen Ausbildung nicht fehlen, weil wir – auch in diesem Haushalt unterlegt – sehr viel für die berufliche Bildung in unserem Land tun.

Eveline Lemke hat in ihrem Haushalt etliche Maßnahmen, um das Thema duale Ausbildung zu stärken. Viele von Ihnen waren bei der Eröffnung des Berufsbildungszentrums Rheinhessen, wo wir noch einmal deutlich sehen konnten, was Gutes für die Ausbildung getan wird, auch mit hohen Landesmitteln. Nachdem die Pfalz, Koblenz und Rheinhessen jetzt wunderbare Berufsbildungszentren haben, kommt noch das letzte, nämlich in Trier. Auch dort werden wir unserer Zusage, die wir getätigt haben, entsprechend nachkommen.

Ganz klar ist, dass es wichtig ist, dass wir beispielsweise auch im Bildungsministerium Initiativen in unserem Land stärken, bei denen es darum geht, jungen Menschen deutlich zu machen, dass Berufsorientierung auch der Weg in die duale Ausbildung sein kann und jeder Weg, auch die duale Ausbildung, zu einem wunderbaren Ziel führen kann.

(Zurufe der Abg. Christian Baldauf und
Julia Klöckner, CDU)

Deshalb sind in unserem Haushalt genau diese Initiativen unterlegt, ob es der Coach ist, ob es die unterschiedlichen Maßnahmen sind, ob es die Berufsorientierung in unseren Schulen, in den weiterführenden Schulen, ist: Es gibt vieles, was wir in diesem Bereich tun. Deshalb ist es wichtig, dass es diesen Haushaltsansatz gibt.

Das gilt auch für das Arbeitsministerium, das immer auch einen Blick darauf hat, wie es den Menschen in unserem Land eigentlich geht, die schon länger arbeitslos sind. Es scheint mir gerade in der heutigen Zeit besonders wichtig zu betonen, dass diese Landesregierung auch die Menschen im Blick hat, die schon lange hier leben, die Einheimische sind, die eine zweite oder dritte Chance brauchen, um dann vielleicht trotzdem noch ihren Weg in den beruflichen Alltag zu finden. Auch dafür gibt es viele Programme. Dafür gibt es Geld, dafür gibt es ein hohes Engagement

der Landesregierung, dass die Menschen, die hier nach Arbeit und Ausbildung suchen, unterstützt werden, weil sie es vielleicht nicht gleich von Anfang an geschafft haben.

Eine sozial-ökologische Koalition hat natürlich auch im Bereich der Ökologie viele wichtige Themen. Sie vertritt sie auch mit voller Verve und voller Überzeugung. Ich sage noch einmal sehr deutlich: Ich bin stolz darauf, was bis jetzt gelungen ist, auch im Bereich der erneuerbaren Energien. Ich freue mich, wenn ich zu unseren vielen jungen Unternehmen gehe, auch zu unseren Hochschulen, die sich in diesem Bereich wirklich nach außen, auch im Sinne von Exportchancen, profiliert haben und ganz neue Geschäftsfelder für sich aufgemacht haben.

Ich bin davon überzeugt, dass wir auch mit dem Thema Naturschutz in diesem Land sehr verantwortungsvoll umgehen. Ich freue mich jeden Tag darüber, dass unser Vorzeigeprojekt, der Nationalpark, wirklich so toll angelaufen ist, viele Besucher ihre große Freude daran haben und wir gleichzeitig einen so wichtigen Beitrag zum Naturschutz leisten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Zukunftshaushalt enthält nicht nur die Kleinen, die Mittleren und die Erwachsenen, sondern immer auch diejenigen, die älter werden und wissen wollen und müssen, dass sie in diesem Land gut älter werden können, auch weiterhin.

Dessen bin ich mir ganz, ganz bewusst. Nicht nur, dass wir nach wie vor das einzige Land sind, das eine so große Dichte von Pflegestützpunkten hat. Das gibt es in keinem anderen Bundesland. Auch das drückt der Haushalt aus. Es ist eine wunderbare Möglichkeit für älter werdende Menschen, wirklich Unterstützung zu finden, kostenlos alles zu erhalten, was an Informationen und Infrastruktur sie eben brauchen.

Wir haben die Gemeindegewerkschaft plus, die jetzt im Haushalt abgebildet wird, die wir an 13 Pflegestützpunkten bis 2018 installieren werden. Da geht es um die vielen hochbetagten Menschen in unserem Land, die eben noch fit sind, die nicht pflegebedürftig sind, die aber vielleicht alleine leben und die eine Ansprache vielleicht auch begrüßen, dass man einfach einmal schauen kann, was diese Menschen brauchen, um möglichst lange ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Auch das gibt es in keinem Bundesland.

Ich sage noch einmal sehr deutlich, all diese Dinge, die wir im Bereich „älter werden“ tun, haben immer wirklichen Vorzeigecharakter, und dabei bleibt es auch in dieser Landesregierung. Nicht umsonst pushen wir auch in unserem Haushalt die Pflegestützpunkte, die Gemeindegewerkschaft plus, aber auch das alternative Wohnen, damit Menschen nicht einsam leben müssen, aber wissen, dass sie große Unterstützung in unserem Land haben, auch durch die Gemeinschaft, um sicher sein zu können, ich darf und kann hier alt werden, und ich muss nicht mein Umfeld, das ich liebe, in dem ich aufgewachsen bin, verlassen. Und genau das sind unsere Ziele: alt werden, nicht einsam sein und trotzdem selbstständig leben können mit möglichst größter

Unterstützung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein letzter Punkt, alles andere lasse ich jetzt einfach schlappern, ist natürlich das Thema Breitband; denn das Thema Breitband amüsiert mich fast schon ein bisschen. Seit ungefähr einem halben Jahr ist das ja ein großes Thema bei der CDU.

(Marlies Kohnle-Gros, CDU: Was?)

– Ja, seit ungefähr einem halben Jahr, würde ich einmal sagen.

(Zurufe aus dem Haus – Heiterkeit bei der CDU)

– Und das freut mich. Das freut mich.

(Zurufe aus dem Hause)

– Und ich möchte – – –

(Glocke des Präsidenten)

Ich möchte gerne noch einmal die Zahlen ein bisschen einordnen, die Sie hier immer wieder vortragen.

Ja, die Zielmarke ist von uns sehr, sehr klar definiert, und zwar durch das Kabinett, dass wir bis zum Jahr 2018 flächendeckend 50 Mbit/s in unserem Land sicherstellen werden. Das ist dieselbe Strategie, die der Bund ebenfalls verfolgt. Und die mögliche Haushaltsversorgung von 30 Mbit/s beträgt inzwischen 77 % aller Haushalte. Und damit liegen wir knapp über dem Bundesdurchschnitt. Und die Versorgung mit 50 Mbit/s liegt bereits bei 66 %. Damit liegen wir ganz knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Wir liegen direkt neben Bayern, minimal neben Bayern, und wir werden – – –

(Zurufe aus dem Hause)

– Nein, das habe ich jetzt eigentlich versucht darzulegen.

Es ist mir ganz neu, dass die CDU inzwischen Mittelplätze als den letzten Platz bezeichnet.

(Julia Klöckner, CDU: Nee, nee, nee!)

Ich sage es jetzt nur noch einmal.

(Zurufe aus dem Hause)

Es ist letztendlich auch mühsam; denn es geht eigentlich um eine einzige Sache. Für unsere Landesregierung ist der Ausbau des Breitbandes außerordentlich wichtig.

(Julia Klöckner, CDU: Das hat man gemerkt!)

In unserem Land – davon bin ich überzeugt –, werden junge Menschen nicht mehr auf dem Land leben, wenn wir kein schnelles Internet haben.

(Julia Klöckner, CDU: Auch alte Menschen brauchen das! Auch Unternehmen!)

– Ja, und auch unsere Unternehmen – – –

(Zurufe aus dem Hause)

– Ich bin gerade dabei. Bleiben Sie locker, lassen Sie mich ausreden.

Auch Unternehmen brauchen schnelles Internet.

(Unruhe im Hause)

Ich bin sehr froh darüber, dass fast 70 % der älteren Generation inzwischen auch online und regelmäßig im Internet unterwegs ist. Insofern ist die Aufgabenstellung vollkommen klar.

Wir haben ein hohes Ausbautempo. Wir haben für uns auch eine bestimmte Dynamik dadurch entwickeln können, dass wir wirklich regional, clustermäßig ausbauen und alle Landkreise bei uns inzwischen in der Pipeline sind, um die Ausbauschritte der Zukunft wirklich vorzunehmen. Ich bin mehr als optimistisch, dass wir unser Ausbauziel auf jeden Fall erreichen werden. Wir werden uns anstrengen, noch schneller zu sein.

Eine kleine, kleine Richtigstellung. Auch die digitale Dividende – das weiß Herr Weiland – steht und stand von Anfang an zu 50 % den Bundesländern zu und nicht dem Bund. Das ist kein Geld vom Bund. Nur eine kleine Klarstellung. Dieses Geld gehört den Ländern, und dafür haben wir gekämpft. Wir haben Rundfunkfrequenzen freigegeben,

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Da müsste man jetzt etwas machen!)

damit wir in Deutschland schneller zu unserem Ziel kommen. Dazu gehört, dass 50 % der Dividende den Ländern gehört.

Für uns war vollkommen klar, dass wir dieses Geld natürlich in den Ausbau von Breitband stecken. Genau das machen wir. Deshalb haben wir nicht nur die originären Mittel, die wir im Haushalt zur Verfügung stellen, sondern auch 30 Millionen Euro über die digitale Dividende, und das macht die Gesamtsumme aus.

Ich möchte einfach abschließend sagen,

(Christian Baldauf, CDU: Schon zum vierten Mal „abschließend“!)

die Kommunen schätzen das Breitbandkompetenzzentrum des Innenministeriums außerordentlich als ganz kompetenten Berater. Und der Bund fragt nach rheinland-pfälzischer Förderkompetenz. Wir waren auch schon gemeinsam bei Herrn Dobrindt, um zu überlegen, wie das neue Bund-Länder-Programm aussehen kann. Und wir freuen uns darauf, wenn das Bund-Länder-Programm dann auch in Gang kommt; denn auch diese Gelder möchten wir gern in den Ausbau von Breitband investieren. Das werden wir auch tun. Es ist eines unserer wichtigen Themen. Viele andere habe ich Ihnen genannt.

Sie zeigen aber sehr, sehr deutlich, dass dieses Land sich natürlich für die Zukunft aufstellt, dass es nicht verharret in

dem, was erreicht worden ist, sondern dass wir deutlich machen, wir wollen ein modernes Land bleiben, wir stehen für die Zukunft dieses Landes, wir wollen das auch, auch in Zukunft, in Zeiten des demografischen Wandels, der Digitalisierung und der großen Flüchtlingsfrage, die wir miteinander stemmen werden. Wir wollen, dass die Menschen auch in Zukunft sagen, hier in Rheinland-Pfalz können wir gut leben, und wir können hier gut arbeiten. Wir stellen durch diesen Haushalt für die Bürger und die Bürgerinnen sicher, dass das genauso geht, nicht nur heute, sondern auch morgen. Darauf freue ich mich, und ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt noch Redezeiten, für die CDU 14 Minuten, für die SPD acht Minuten und für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN neun Minuten.

Gemeldet hat sich zunächst Herr Kollege Dr. Weiland für CDU-Fraktion.

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zeit, die noch zur Verfügung steht, ist zu kurz, um auf die Rede der Ministerpräsidentin im Einzelnen einzugehen.

(Alexander Schweitzer, SPD: Eigene
Vorschläge zu machen!)

– Die eigenen Vorschläge kommen dann, wenn Sie sie am wenigsten erwarten, Herr Schweitzer, und Ihnen am wehesten tun.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Ich will nur auf einen Punkt aufmerksam machen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Die Ministerpräsidentin konnte offensichtlich nicht darauf verzichten, in ihren rhetorischen Plattenschränk zu greifen und die alte Single mit dem Oldie, die Opposition redet das Land schlecht, zu entstauben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Ich glaube, das erfordert eine kurze Antwort in allem Respekt. Frau Ministerpräsidentin, Sie sind nicht das Land.

(Beifall der CDU)

Ihre Landesregierung ist nicht das Land.

(Beifall bei der CDU –
Hans-Josef Bracht, CDU: Gott sei Dank!)

Sie versuchen bestenfalls, dieses Land zu regieren, und wir, die Opposition, sind in Übereinstimmung mit einem großen Teil der Bevölkerung und der Wählerschaft der Auffassung, dass Sie das

(Alexander Schweitzer, SPD:
Hervorragend tut!)

schlecht tun, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Im Übrigen kann man der Ministerpräsidentin für die deutlichen Worte, die sie gefunden hat, dankbar sein,

(Beifall bei der CDU –
Michael Hüttner, SPD: Ja, da sind wir auch
dankbar!)

wie allen anderen Rednern und Rednerinnen, die an dieser Debatte teilgenommen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn eines ist deutlich geworden: Der Wähler und die Wählerin werden am 13. März 2016 eine klare Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Politikansätzen und Konzepten haben.

(Beifall bei der CDU –
Julia Klöckner, CDU: Ja! –
Carsten Pörksen, SPD: Genau!)

Die Rede der Ministerpräsidentin steht für rot-grünes „Weiter so“.

(Beifall der CDU)

Dem steht ein Konzept der CDU gegenüber

(Alexander Schweitzer, SPD: Wo denn?)

für einen Kurswechsel in Rheinland-Pfalz, für einen Kurswechsel, der günstige Rahmenbedingungen nutzen will, um Vorsorge für morgen und künftige Generationen zu treffen, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Das „Weiter so“ von Rot-Grün ist eine nahtlose Fortsetzung der desaströsen Haushaltspolitik der vergangenen 25 Jahre,

(Beifall bei der CDU)

und die Ministerpräsidentin hat vorhin deutlich gemacht – wenn die Machtpolitikerin bei ihr durchkommt, wird es mit der Verbindlichkeit ein bisschen dünn bei ihr, dann werden auch die Beschimpfungen der Opposition ein bisschen grenzwertig, aber darauf will ich jetzt nicht näher eingehen –,

(Martin Haller, SPD: Aha!)

sie will dieses Land mit Rot-Grün weiter regieren.

(Michael Hüttner, SPD: Das ist gut so!)

– Sie klatschen schon gar nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Ankündigung wird von immer mehr Menschen in diesem Land als kalte Bedrohung empfunden;

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn weiter so mit Rot-Grün bedeutet jedes Jahr neue Schulden. Sie haben in den vergangenen 25 Jahren, in denen Sie ununterbrochen die Finanzminister bzw. -ministerinnen dieses Landes gestellt haben, sage und schreibe 27 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Sie verwalten einen Schuldenberg von mittlerweile 38 Milliarden Euro. Diese 38 Milliarden Euro machen deutlich, was wir vertreten, was unsere Position ist:

(Alexander Fuhr, SPD: Mehr Ausgaben!)

Nicht Sparen gefährdet den sozialen Frieden, sondern Verschuldung gefährdet den sozialen Frieden in diesem Land.

(Beifall der CDU)

Deshalb hat die Vorsitzende der CDU-Fraktion in diesem Landtag heute Morgen recht gehabt, als sie gesagt hat, dass dieser Verschuldungshaushalt den sozialen Frieden in diesem Land gefährdet, so wie der gesamte Schuldenberg; denn die 1 Milliarde Euro, die Sie jedes Jahr an die Gläubigerbanken des Landes Rheinland-Pfalz und die internationalen Finanzmärkte zahlen müssen, stehen nicht mehr zur Gewährleistung sozialer Fairness in diesem Land zur Verfügung.

(Beifall der CDU)

Es gibt ein ganz konkretes Beispiel neben diesen Zahlen, die sich auf 25 Jahre Haushaltspolitik der SPD in diesem Land beziehen, es gibt einen ganz konkreten Bezugspunkt zu dem Haushalt, den die Finanzministerin gestern hier eingebracht hat: Das ist der soziale Wohnungsbau. Die sozialdemokratische Finanzministerin erkennt ihr Herz für den sozialen Wohnungsbau.

(Alexander Schweitzer, SPD: Ja und?)

Das Land hat aber kein Geld mehr für den sozialen Wohnungsbau,

(Beifall der Abg. Julia Klöckner, CDU)

weil unter einem ihrer Vorgänger das Vermögen des sozialen Wohnungsbaus einfach verscherbelt und verjuxt wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

In den Jahren 2005 bis 2008 hat die Landesregierung in einer regelrechten Kaskade von undurchschaubaren Transaktionen das Vermögen des Landes aus Darlehen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus aktiviert, aktiviert bedeutet verjubelt, sprich für laufende Ausgaben herangezogen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Darin waren und sind bis heute die Reste des Pensions-

fonds verstrickt und eine eigens für diesen Zweck gegründete GmbH, eine Briefkastenfirma, nämlich die PLP Management GmbH Co. KG mit Sitz in Koblenz. Wenn ich sage mit Sitz in Koblenz, dann bezieht sich das im Wesentlichen auf einen Briefkasten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist nämlich eine Briefkastenfirma.

(Beifall bei der CDU)

Ausweislich der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage – Drucksache 16/5533 – beträgt der Schuldenstand dieser Briefkastenfirma als KG im alleinigen Besitz des Landes zum 31. Dezember 2015 voraussichtlich 638 Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Diese Schulden tauchen in keinem Finanzplan auf, geschweige denn im Haushaltsplan des Landes Rheinland-Pfalz.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Die wären den 38 Milliarden Euro noch hinzuzurechnen.

Genauso wie die 1 Milliarde Euro, die im Landesstraßenbau fehlt, als verdeckte Schulden, als Schattenschulden den 38 Milliarden Euro Gesamtverschuldung hinzuzurechnen wäre.

Genauso wie die Millionenbeträge, die im verfassungswidrigen Kommunalen Finanzausgleich des Landes Rheinland-Pfalz fehlen, hinzuzurechnen wären, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Verschuldung gefährdet sozialen Frieden und soziale Fairness.

Was haben wir in den vergangenen 25 Jahren als CDU-Opposition von sozialdemokratischen Finanzministern und teilweise auch Staatssekretären im Ministerium der Finanzen alles erleben müssen an Tarnen, Täuschen und Tricksen.

(Beifall bei der CDU)

Was haben wir alles über uns ergehen lassen müssen an Beschimpfungen der Opposition, die lediglich auf die wahren Zahlen hingewiesen hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Thomas Weiner, CDU: So ist es!)

Wie oft ist uns in diesem Hohen Hause vom Vorgänger dieser Ministerpräsidentin ein ausgeglichener Haushalt versprochen worden,

(Gerd Schreiner, CDU: Stimmt! –
Christian Baldauf, CDU: 2006, 2008, 2011!)

immer natürlich vor Wahlen, immer natürlich mit der Perspektive für morgen und übermorgen. Danach ist alles noch schlimmer gekommen.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Systematik, Politik zu machen, sich über Wahla-

ge hinwegzumogeln, hat sich in diesem Land nichts, aber auch gar nichts geändert.

(Beifall bei der CDU)

Heute bzw. gestern wird uns versprochen, wir schaffen den ausgeglichenen Haushalt 2020.

(Zuruf der Staatsministerin Doris Ahnen)

Na schön, wenn Sie 2020 überhaupt noch an der Regierung sind, dann würden wir darüber reden. Wenn wir dann an der Regierung sind, haben wir einen ausgeglichenen Haushalt. Das kann ich Ihnen schon einmal sagen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Diese Methode, über die Probleme von heute hinwegzureden oder den Versuch zu unternehmen, sich über die Probleme von heute hinwegzumogeln, indem man auf morgen und übermorgen verweist, das hat mit reeller und realistischer Politik nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Das hat dazu geführt, dass dieses Land immer weiter in die Verschuldung abgeglitten ist.

Jetzt führen mittlerweile Leute den Begriff „Strukturelles Defizit“ im Munde, von denen man nicht so genau weiß – Frau Finanzministerin Ahnen nehme ich dabei einmal ausdrücklich aus –, ob sie genau wissen, was sich dahinter verbirgt.

Nur muss ich sagen, auch die Finanzministerin konzentriert sich bei ihren Ausführungen ausschließlich auf das strukturelle Defizit. Es wird sozusagen das strukturelle Defizit als Wohlfühlkaninchen aus dem Zylinder hervorgeholt, um von allen anderen Haushaltsproblemen abzulenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das strukturelle Defizit ist eine wichtige Kenngröße zur Beurteilung eines Haushalts, aber es ist nicht die alleinige Kenngröße dafür. Ich zitiere Ihren Wirtschaftlichkeitsbeauftragten. Frau Ministerpräsidentin, ich meine nicht Ihren persönlichen, sondern den Wirtschaftlichkeitsbeauftragten der Landesregierung. Er sagt nämlich:

„Das vergleichsweise hohe Steueraufkommen, der in der laufenden Rechnung erzielte Überschuss und das verringerte strukturelle Defizit dürfen nicht dazu verleiten, die Konsolidierung auf der Ausgabenseite zu vernachlässigen.“

Genau das bemängeln wir in Ihrem Haushalt, den Sie vorgelegt haben. Exakt das bemängeln wir in Ihrem Haushalt.

(Beifall der CDU)

Ihnen fallen günstige und günstigste Rahmenbedingungen in den Schoß, für die Sie nun wirklich nichts können. Es zeichnet Sie aus, dass Sie auch nicht behauptet haben, dass Sie an dem großen finanziellen Handlungsspielraum von über 700 Millionen Euro irgendwelche eigenen Verdienste hätten. Es zeichnet Sie aus, dass Sie das nicht tun.

Aber Sie haben natürlich die über 700 Millionen Euro als finanzielle Verfügungsmasse zu Ihrer Verfügung, und das reicht Ihnen nicht, um ein Zeichen der Solidität und der Zukunftszugewandtheit dieses Haushalts zu setzen. Das ist unser zentraler Kritikpunkt.

(Beifall der CDU)

Sie sind nicht in der Lage, trotz idealer, günstigster Voraussetzungen dieses Land in den Reigen der sieben Flächenländer in Deutschland zu führen, die keine neuen Schulden mehr machen.

Wir wollen aufgrund der Vergangenheit, mit der Sie sich herumzuschlagen haben, noch gar nicht davon reden, dass Sie, wie drei andere Flächenländer, schon damit anfangen, Schulden zu tilgen. Wir wissen schließlich, was wir realistischerweise von Ihnen erwarten können und was nicht; Letzteres können wir von Ihnen nicht erwarten.

Aber wir können von Ihnen ernsthaft erwarten, dass Sie bei einem Haushaltsvolumen von 16 Milliarden Euro und bei einem zusätzlichen finanziellen Handlungsspielraum von über 700 Millionen Euro auf die Aufnahme von neuen Schulden in der Größenordnung von 400 Millionen Euro verzichten.

(Beifall der CDU –
Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Die Höflichkeit gegenüber den beiden Damen gebietet es aber, noch einen letzten Satz zu sagen.

Das ist unsere Forderung an Sie, und darin unterscheiden wir uns grundlegend. Sie können sich gute Politik ohne Schulden nicht vorstellen; wir glauben, gute Politik kann man erst dann machen, wenn man keine neuen Schulden braucht.

(Beifall der CDU –
Jochen Hartloff, SPD: Herr Kollege, beides stimmt nicht! –
Julia Klöckner, CDU: Da muss auch Herr Hartloff nachdenken!)

Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Dr. Alt das Wort. Er hat noch eine Redezeit von acht Minuten.

Abg. Dr. Denis Alt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Gestern hat Frau Staatsministerin Ahnen einen soliden Haushalt in das Parlament eingebracht. Sie hat dargelegt, dass das Defizit von 1.630 Millionen Euro auf 467 Millionen Euro gesunken ist. Das sind 29 % des Ausgangswertes, und insoweit muss man nicht von einem Ausgabenhaushalt reden, sondern von einem Konsolidierungshaushalt. Das ist es nämlich, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Finanzministerin hat darüber hinaus allerdings auch

klargemacht, dass das Land gleichzeitig seine Aufgaben, die ihm nach der Verfassung obliegen und die politisch notwendig sind, finanziert und wahrnimmt. Dies sind einerseits die zwangsläufigen Ausgaben, beispielsweise Versorgungsausgaben aufgrund der steigenden Zahl der Pensionärinnen und Pensionäre, andererseits aber auch politische Schwerpunkte, die wir für richtig halten, zum Beispiel die deutliche Verstärkung des Kommunalen Finanzausgleichs, Bildungsinvestitionen, Ausgaben für Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten, Investitionen in Landesstraßen und in die Innere Sicherheit. Diese Schwerpunkte finden unsere Zustimmung, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute war – oder man sollte besser sagen, heute hätte sein sollen – zunächst zu Beginn dieser Debatte die Stunde der Opposition. Wir konnten schon am Tag zuvor die endgültige Bewertung dieses Haushalts zur Kenntnis nehmen. Die Frage ist, ob man das kritisieren soll; denn wenn man selbst nicht vorhat, etwas Innovatives beizutragen, ist es vielleicht richtig, wenn man schon vor Beginn der Debatte seine endgültige Bewertung vorträgt. Allerdings möchte ich doch sagen, dass der Ideenreichtum seitens der Opposition in dieser Debatte etwas stärker hätte ausgeprägt sein können.

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte aber gern ein Motiv in den Reden der Opposition aufgreifen, nämlich die Frage: Wann soll das Nullwachstum beim strukturellen Defizit, wann soll die strukturelle Null vorhanden sein?

Übrigens möchte ich sagen, die Finanzministerin dafür zu kritisieren, dass sie diese Kennzahl in den Mittelpunkt stellt, halte ich für völlig daneben; denn das ist die Kennzahl, die wir in die Verfassung hineingeschrieben und im Ausführungsgesetz geregelt haben. Sie muss diesem Parlament gegenüber sagen, wie sie dabei vorankommt. Das ist ihre Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber bleiben wir bei der Frage: Wann soll die schwarze Null erreicht sein?

Ich komme noch einmal kurz darauf zu sprechen, wie die Jahreszahl 2020 in die Welt kam. Im März 2007 konstituierte sich eine Föderalismusreformkommission II, in der Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete und Ministerpräsidenten vertreten waren. Sachverständige wurden gehört, Stellungnahmen gesichtet, Datenmaterial ausgewertet. Die Kommission arbeitete zwei Jahre lang.

Ein wesentlicher Teil der Kommissionsarbeit bestand darin, sich einen Zeitraum zu überlegen, bis zu dem Obergrenzen bei der Staatsverschuldung eingehalten werden können. Diese Kommission kam im März 2009 zu dem Ergebnis, dass das Jahr 2020

(Hans-Josef Bracht, CDU: Spätestens!)

für die Länderebene ein sinnvolles Datum ist.

– Herr Bracht, man darf früher, aber alles hat auch seinen Preis. Wir können es früher erreichen, eben ist Ihnen aber noch einmal vorgetragen worden, worin dieser hohe Preis besteht, was man alles unterlassen müsste, um heute schon so weit zu sein.

Dieser Kommissionsempfehlung steht die Empfehlung des finanzpolitischen Dreamteams Klöckner/Weiland gegenüber, man sollte doch heute schon den ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Verständnis dafür, dass wir in dieser Beratungslage bei der Kommission bleiben und nicht dem finanzpolitischen Dreamteam der Union folgen wollen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

Es wird uns auch vorgeworfen, die Ausgaben des Landes seien zu hoch. Ich empfehle einen Blick in den Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz, der zusammen mit dem Haushalt für die Haushaltsberatungen vorgelegt wurde. Darin kann man nachlesen, dass die konsolidierte Betrachtung einschließlich der Kommunen – andernfalls kann man es nicht vergleichen, weil die Länder alle unterschiedlich sind – einen Ausgabenzuwachs von 3,4 % im Zeitraum von 2011 bis 2014 ausweist. Dies ist der geringste Steigerungswert aller westlichen Flächenländer, und dabei kann man nicht von einer verschwenderischen Ausgabenpolitik sprechen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man könnte es auch noch mit einem Blick auf die strukturellen Salden im Jahr 2014 bei anderen Ländern belegen. Es ist so getan worden, als hätte bei den westlichen Flächenländern nur das Saarland ein größeres strukturelles Defizit als Rheinland-Pfalz. Das ist natürlich nicht zutreffend. Wer es genau wissen möchte, der kann sich auf Seite 8 des Finanzplans schlaumachen. Hessen hat einen strukturellen Saldo von minus 75 Euro je Einwohner, Nordrhein-Westfalen von minus 88 Euro und Rheinland-Pfalz von minus 28 Euro.

Das ist kein Vorwurf an die anderen Länder, zeigt aber, wir sind in einem Geleitzug, und dieser Zug fährt in Richtung Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn man schon der Föderalismusreformkommission II nicht so ohne Weiteres folgen möchte, dann ist es vielleicht gut, einmal ein bisschen differenzierter auf die Bundesebene zu schauen, als immer nur zu sagen, Schäuble hat schon eine schwarze Null. Es hatte einen Grund, warum er diese schwarze Null auch deutlich früher bringen musste, warum das auch das Ergebnis der Beratungen in der Kommission war.

Er hatte eine deutlich bessere Ausgangssituation, weil sei-

ne Steuern mit zunehmender Konjunktur noch einmal ganz anders anziehen, als es auf der Landesebene der Fall ist. Deswegen haben wir länger Zeit.

Aber lassen wir das einmal sein. Schäuble war auch einmal in der Situation, dass ihm gesagt wurde, er müsse schneller sein, und zwar von der Wissenschaft, auch von Vertretern unserer SPD, das muss man sagen, als wir auf Bundesebene in der Opposition waren. Dort wurden auch Erwartungen genannt, die deutlich höher waren als das, was sich in Regierungshandeln niederschlagen konnte.

Schäuble hat es richtig gemacht. Er hat nämlich gesagt, er geht schrittweise vor. Er hält jedes Jahr den Ausgabenzuwachs unter dem Einnahmenezuwachs. Das muss man konsequent machen, und dann hat man einen ausgeglichenen Haushalt.

Der Haushaltsausgleich ist grundsätzlich von zwei Seiten gefährdet, einerseits von denen, die ganz offen sagen, die Schuldenbremse ist Teufelszeug und gehört wieder abgeschafft, andererseits aber auch von denen, die Finanzpolitik überfordern und damit auch eine Gefahr für die Akzeptanz einer Konsolidierungspolitik heraufbeschwören. Ich glaube, dieser zweite Fall liegt bei der CDU-Opposition vor.

Es liegt mir auf dem Herzen, noch etwas zu dem Thema Wirtschaftskompetenz zu sagen, das hier immer hochgehalten wird. Wenn ich eben gehört habe, beim LBM herrschten angeblich untragbare Zustände, das Eigenkapital sei geringer als die Verbindlichkeiten, muss ich sagen, na ja, das ist nicht nur bei jeder Bank in Deutschland der Fall, sondern auch bei fast jedem Industrieunternehmen in Deutschland. Meine Damen und Herren, insofern empfehle ich, diese Passage in der Rede von Frau Klöckner noch einmal genau nachzulesen.

Insgesamt sind wir insofern auf dem richtigen Weg, weil die Landesregierung in diesem Haushaltsentwurf die richtigen Schwerpunkte setzt und dafür sorgt, dass wir 2020 beides erreichen können,

(Glocke des Präsidenten)

einen ausgeglichenen Haushalt und ein zukunftsfähig aufgestelltes Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Hartenfels das Wort. Sie haben noch eine Redezeit von neun Minuten.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die neun Minuten Redezeit noch einmal nutzen.

Herr Dr. Weiland, es ist schon bemerkenswert, was Sie hier zum Besten geben. Ich muss mir das noch einmal auf der Zunge zergehen lassen, vor allen Dingen Ihren letzten Satz an die beiden Damen hier zu meiner Rechten. Sie haben gesagt, gute Politik kann man nur machen, wenn man keine neuen Schulden macht. – Dann muss ich einfach konstatieren, dass ein Herr Kohl, ein Herr Schröder und eine Frau Merkel seit 25 bis 30 Jahren keine gute Politik machen, weil sie seit diesem Zeitraum auch Schulden gemacht haben. So viel zu dem qualitativen Inhalt dessen, was Sie hier manchmal mit rhetorischem Geschick von sich geben. Aber in der Substanz dessen, was Sie da von sich geben, kann man nur sagen, ist das sehr absurd, wie Sie das formulieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Das betrifft natürlich auch Ihre Eingangsbemerkungen bei Ihrem Statement, Stichwort sozialer Frieden. Sie haben unterstellt, dass Schuldenmachen gleich zur Störung des sozialen Friedens führen würde. Da bleiben wir einmal bei unserer untersten Ebene hier in Rheinland-Pfalz. Das würde bedeuten, dass fast alle Kommunen im Land Rheinland-Pfalz seit mindestens 20 Jahren sehr massiv den sozialen Frieden gefährden würden, auch so etwas zu den Begrifflichkeiten, die Sie, wie ich finde, gedankenlos verwenden, ohne sich darüber Gedanken zu machen, was Sie damit zum Beispiel der ganzen kommunalen Familie bei dem unterstellen, was sie tun und wie sie es tun. Das kann ich auf keinen Fall so stehen lassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich möchte natürlich auch ein klein wenig Bilanz darüber ziehen, dass Rot-Grün seit 2011 an der Regierung ist. Wir legen unseren letzten Haushalt in dieser Wahlperiode vor. Ich möchte meinen Fraktionsvorsitzendenkollegen aus seiner Rede zum ersten Doppelhaushalt 2012/2013 zitieren. Daran müssen wir uns ein Stück weit messen lassen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Unsere Haushaltspolitik und der vorgelegte Doppelhaushalt folgen drei Leitmotiven: Verantwortung, Mut und Ehrlichkeit. – Wir konsolidieren, aber wir investieren auch. Wir investieren in den Bereichen, die für das Land Rheinland-Pfalz eine Zukunftsrendite abwerfen. Das sind die Energiewende, Bildung und frühkindliche Förderung. Wir investieren ebenfalls in die Kommunen und in ein ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Das ist Konsolidieren mit Verstand und mit klaren Schwerpunkten. Dafür steht diese rot-grüne Landesregierung.“

Im Nachgang auch dieser heutigen Debatte kann man nur sagen: Ja, das war alles sehr zutreffend damals formuliert, damals noch als Zukunftsperspektive. Jetzt können wir einfach sagen, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben das hinbekommen, auf der einen Seite zu konsolidieren und auf der anderen Seite trotzdem kluge Investitionsentscheidungen zu treffen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Man muss sich das noch einmal anschauen, wo wir herka-

men. 2010 und 2011 hatten wir immer noch eine Nettokreditaufnahme von 1,8 Milliarden Euro und von 2 Milliarden Euro. Das war sehr hoch. Wir haben uns natürlich vor allen Dingen die Hausaufgabe gestellt, das strukturelle Defizit als die maßgebliche Kenngröße bis 2020 auch zu erfüllen. Die Zahlen sind genannt worden. Wir haben es geschafft, innerhalb weniger Jahre von 1,6 Milliarden Euro auf ein Drittel herunterzuführen, nämlich auf 467 Millionen Euro.

Wer sich die Ist-Zahlen des Haushalts angeschaut hat, der wird feststellen, dass wir letztendlich im Haushaltsvollzug noch eine Schippe draufgelegt und allein 2014 noch einmal zusätzlich 330 Millionen Euro bei der Schuldenbremse und beim strukturellen Defizit heruntergeschraubt haben. Das sind natürlich Erfolge, die uns zu Recht stolz machen. Diese sollte man als Oppositionspartei auch ein Stück weit zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte damit auch mit den sogenannten Fakten aufräumen, die Ihre Fraktionsvorsitzende in ihrer Rede heute Morgen zum Besten gegeben hat. Herr Dr. Weiland hat von Tarnen, Täuschen und Tricksen gesprochen. Er hat das auf uns gemünzt.

Wenn ich mir die Rede von Frau Klöckner anschau, wie es da mit Fakten ist, möchte ich zumindest mit zwei Fakten, die sie als Fakten dargestellt hat, noch einmal aufräumen. Ein Fakt ist von meinem Kollegen Herrn Dr. Alt schon angesprochen worden. Er hat nämlich deutlich gemacht, dass wir auf der Ausgabenseite im Verhältnis zu anderen Bundesländern massiv gespart haben, nämlich nur einen Ausgabenanstieg von 3,4 % pro Kopf und Einwohner haben. Bei den Einwohnern der Flächenländer West liegt man bei etwa 8 %. Da sieht man die unterschiedliche Dynamik.

Frau Klöckner hat wieder so getan, als wären wir ein finanzstarkes Bundesland. Auch hier finden Sie auf der Seite 9 bei der mittelfristigen Finanzplanung die Zahlen und die Tabelle dazu. Seit dem Jahr 2011 fehlen dem Bundesland Rheinland-Pfalz pro Kopf und Einwohner 370 Euro im Vergleich zu den westlichen Flächenländern. So viel zu den Fakten und Falschaussagen und Falschinterpretationen Ihrer Fraktionsvorsitzenden. Das ist eigentlich diesem hohen Hause nicht würdig, finde ich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Kommen wir nun zu den Beispielen des Investierens in Bereiche, die auch eine Zukunftsrendite versprechen. Dazu ist schon viel gesagt worden. Ich möchte ein paar Stichworte zu dem Bereich Umwelt und Naturschutz anfügen, weil Frau Klöckner hierzu leider außer dem „Wolfsmanagementplan“ nichts eingefallen ist. Stichwort Wassercent, 26 Millionen Euro. Diese haben wir sehr sinnvoll eingesetzt, um die Wasserrahmenrichtlinie, eine europäische Vorgabe, umzusetzen, um den Kommunen beizuspringen, wenn es darum geht, im Gewässerschutz sinnvolle Maßnahmen umzusetzen. Wir haben im Bereich Abwasser und Wasser noch einmal 80 Millionen Euro im Haushalt 2016 in die Hand genommen.

Man kann auch feststellen, dass das produzierende Gewerbe in Rheinland-Pfalz ziemlich gut mitzieht. Bezogen

auf ihre betrieblichen Investitionen im Jahr 2013 haben sie 3,8 Milliarden Euro investiert, davon allein 17 % in den Umweltschutz. Das entspricht 650 Millionen Euro. Das ist ein Zuwachs von 13 %. Die Botschaften werden natürlich im Land auch umgesetzt. Wir greifen sie auf und spiegeln sie auch wieder zurück. Insofern ist das Land Rheinland-Pfalz in dem Bereich auf einem guten Weg.

Was macht die Opposition konstruktiv? Welche Rolle haben Sie da eigentlich gespielt? Ich habe mir einmal die Deckblätter angeschaut. Noch haben wir nicht Ihren neuen Deckblätter, sondern ich habe mir noch einmal die Deckblätter zum letzten Haushalt angeschaut.

(Dr. Adolf Weiland, CDU: Liegen Ihre denn vor? Ihre Deckblätter? Oder machen Sie diesmal wieder keine?)

– Warten Sie es ab. Herr Dr. Weiland, wenn man Ihre Deckblätter zum letzten Doppelhaushalt noch einmal hervorzieht, wird man feststellen, dass Sie vor allem eine Dagegen-Partei geworden sind und sich dazu entwickelt haben. Beim Einzelplan 02 ist Ihnen die Streichung des Bürgerbüros eingefallen, beim Einzelplan 03 der Verzicht auf die Reaktivierung von Bahnstrecken mit 4,5 Millionen Euro. Sie haben nicht nur den Haushalt nicht verstanden; denn Sie wollten es zu den Straßenbaumitteln schieben, was man mit diesen Mitteln gar nicht machen kann.

Das ist ein Vorschlag, der insofern inhaltlich wie fachlich keinen Sinn gemacht hat. Sie haben beim Einzelplan 06 die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Millionenhöhe streichen wollen. Beim Einzelplan 07 ist die Kürzung der Wiedereingliederungshilfe zu nennen. Sie wollten Programme für Frauen in den Arbeitsmarkt kürzen usw.

Man kann diese Deckblätter aneinanderreihen. Es sind Deckblätter der Arbeitsverweigerung, der Verweigerung, sich mit diesem Haushalt konstruktiv auseinanderzusetzen. Es sind Aussagen, wie Sie sich als Dagegen-Partei in Rheinland-Pfalz darstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch ganz kurz auf Bereiche eingehen, die offen geblieben sind. Das sind Bereiche, die wir jetzt schon an diesem Haushalt 2016 begrüßen.

Ich nehme bewusst nicht die klassischen Ressorts der GRÜNEN, die wir im Blick haben. Im Bereich Justiz begrüßen wir ausdrücklich die zusätzlichen Rechtspflegerstellen, den Aufwuchs für die psychotherapeutische Ambulanz in Koblenz oder den Mitteleinsatz zur Einführung des Datenbankgrundbuches.

Im Bereich Polizei – das wurde schon angesprochen – begrüßen wir beim Personal die Einstellung von jährlich 500 Polizeianwärtern. Das ist eine kontinuierliche Steigerung ausgehend von 300 Stellen im Jahre 2011 auf jetzt 500 Stellen.

Im Bereich der Hochschule begrüßen wir die Aufstockung der Grundfinanzierung im Haushalt mit dem Hauptakzent für mehr unbefristete Beschäftigung. Wir freuen uns, dass bei den Aufwendungen für den Hochschulbau das Niveau in etwa gehalten werden konnte.

Beim Strafvollzug begrüßen wir ausdrücklich, dass nach mehreren Wellen drastischer Personalkürzungen erst einmal keine weiteren gravierenden Einschnitte geplant sind. Das ist gut so, weil wir hier ambitionierte Ziele mit dem neuen Vollzugsgesetz formuliert haben, die keine weiteren Einschnitte zulassen.

Zum Thema Breitbandförderung ist schon einiges gesagt worden. Wir begrüßen sehr die investiven Mittel in der Größenordnung von 12,4 Millionen Euro, die im Haushalt eingestellt sind.

Wir freuen uns, dass im Zusammenhang mit dem Transparenzgesetz die Einführung der elektronischen Akte mit 160.000 investiven Mitteln und einem Gesamtbetrag von etwa 760.000 Euro im Haushalt 2016 auf den Weg gebracht wird.

(Glocke des Präsidenten)

Ich muss leider zum Schluss kommen.

Herr Dr. Weiland, Sie haben es sehr bedauert oder so formuliert, wir würden uns immer nur über einen Wahltermin mogeln. Dazu kann man festhalten, seit 25 Jahren scheint das hier ganz gut zu funktionieren in diesem Land. Insofern stirbt bei Ihnen vielleicht die Hoffnung zuletzt. Bei uns stirbt sie nicht. Wir gehen davon aus, dass diese Regierung bestätigt wird.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Heinz-Hermann Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keine Wortmeldungen mehr. Es gibt auch keinen Raum mehr für Wortmeldungen. Der Tagesordnungspunkt ist behandelt.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/5630 – an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Wir treffen uns wieder um 15:35 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 14:32 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 15:35 Uhr.

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Beratungen fort.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Neuregelung des Melde-, Pass-
und Ausweiswesens
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5543 –
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache 16/5650 –**

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Michael Hüttner. Herr Hüttner, Sie haben das Wort.

Abg. Michael Hüttner, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuregelung des Melde-, Pass- und Ausweiswesens – Drucksache 16/5543 – wurde am 24. September 2015 beraten und an den zuständigen Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss verwiesen.

Der Innenausschuss hat dem Gesetzentwurf in seiner 58. Sitzung am 1. Oktober 2015 beraten und einstimmig zugestimmt. Der mitberatende Rechtsausschuss hat dem Gesetzentwurf in seiner 48. Sitzung am 5. Oktober 2015 beraten und einstimmig zugestimmt.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst hat Herr Abgeordneter Henter das Wort.

Abg. Bernhard Henter, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit der Föderalismusreform I im Jahre 2006 steht das Meldewesen in der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Dieser hat mit dem Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens vom 3. Mai 2013, geändert durch das Gesetz vom 20. November 2014, von dieser Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht. Dessen Artikel 1 ist das Bundesmeldegesetz.

Das Bundesmeldegesetz tritt ab 1. November 2015 in Kraft und ist bis zu diesem Zeitpunkt in den Ländern umzusetzen. Die melderechtlichen Regelungen ergeben sich ab dem 1. November 2015 dann unmittelbar aus dem Bundesmeldegesetz. Dieses übernimmt in weiten Teilen die Regelungen des bisherigen Melderechtsrahmengesetzes und der Landesmeldegesetze.

Darüber hinaus werden den Ländern im Melderecht durch das Bundesgesetz noch eigene Kompetenzen zugewiesen, zum Beispiel für die regelmäßige Übermittlung oder den Abruf von Meldedaten sowie für die Muster der Meldescheine. Entsprechende landesrechtliche Regelungen müssen daher beschlossen werden.

Mit dem vorliegenden Artikelgesetz soll ein Landesgesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes geschaffen werden. Zudem soll der von dem Bundesgesetzgeber eingeräumte Regelungsspielraum dazu genutzt werden, in

Artikel 1 mit der Möglichkeit der Einführung einer gemeinsamen zentralen Meldebehörde wesentliche Verfahrenserleichterungen für die Meldebehörden einzuführen.

Den Rechtsträgern der Meldebehörden wird die Möglichkeit eingeräumt, sich durch Verwaltungsvereinbarung auf eine gemeinsame zentrale Meldebehörde zu einigen. Diese wäre dann für die Erledigung bestimmter überörtlicher Aufgaben im Meldewesen zuständig. Diese Aufgabe wurde bisher teilweise durch die Gesellschaft für Kommunikation und Wissenstransfer als 100 %ige Tochter der kommunalen Spitzenverbände im Auftrag der Rechtsträger der Meldebehörden durchgeführt.

Damit auch diese Gesellschaft zur zentralen Meldebehörde bestimmt werden kann, ist eine Möglichkeit zur Beilegung von in Privatrechtsform geführten Organisationseinheiten vorgesehen. Das Aufgabenspektrum der Gesellschaft für Kommunikation und Wissenstransfer könnte nach Verabschiedung dieses Gesetzes um weitere zentrale Dienste erweitert werden.

Artikel 2 sieht ein Landesgesetz zur Ausführung des Passgesetzes und des Personalausweisgesetzes vor. Auch diese Rechtsmaterie ist im Zuge der Föderalismusreform in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes übertragen worden. Der Bund hat mit dem Personalausweisgesetz von dieser Kompetenz Gebrauch gemacht.

Die bestehenden landesrechtlichen Vorschriften sind damit aufzuheben. Es ist lediglich eine Regelung hinsichtlich der Zuständigkeiten der Personalausweisbehörden erforderlich.

Weiterhin sollen mit diesem Gesetz Erleichterungen für ausländische Staatsangehörige eingeführt werden, die über einen elektronischen Aufenthaltstitel verfügen und aufgrund eines Umzugs ihre Anschrift auf dem elektronischen Aufenthaltstitel ändern müssen. Die Personalausweisbehörde am Wohnsitzort des Betroffenen kann diese Aufgabe zusätzlich übernehmen.

Es sind weiterhin Zuständigkeitsregelungen vorgesehen. Die Aufgaben der Meldebehörden sollen im Wesentlichen auf die verbandsfreien Gemeinden, die Verbandsgemeinden sowie Stadtverwaltungen der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte übertragen werden. Die CDU wird dem Gesetz zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU, der SPD und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Herr Kollege Hüttner hat das Wort.

Abg. Michael Hüttner, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Henter hat ein Stück weit formal ausgeholt, um Redezeit verbrauchen zu können. Es ist nicht sehr viel, was wir zu ändern haben.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Ich mache auch nicht sehr lange.

Es ist wichtig, was wir zu regeln haben. Es ist in der Summe nicht sehr viel. Wir haben gemeinsam mit den Fraktionen in den Ausschüssen zugestimmt.

Lassen Sie mich auf das Bundesmeldegesetz, das ein paar elementare Punkte beinhaltet, kurz mit zwei Sätzen eingehen. Dort wird etwas geregelt, was eine wichtige Bedeutung für die Bürger hat, auch wenn es nicht unsere Kompetenz ist. Dort geht es in Zukunft wieder darum, dass der Vermieter mitwirken muss, wenn es um das Melde-recht geht.

Es gibt eine zweite noch viel wichtigere Sache. Es geht darum, dass bei der Weitergabe der Adressen für Werbung die Personen zustimmen müssen. Bis dahin ist das nicht der Fall gewesen. Daher sind es hier ganz wichtige Punkte.

Die drei Punkte, die Herr Henter schon angesprochen hat, will ich insoweit abkürzen, dass das Thema mit den Ordnungsbehörden so bleibt, wie es ist. Das wird bestätigt, und das Thema der Serviceleistungen für die ausländischen Staatsangehörigen gleichermaßen. Einzig erwähnen möchte ich noch den Punkt, der die KommWIS betrifft. Dort haben wir heute die Situation, dass die 192 Meldebehörden immer einzelne Verträge mit der KommWIS geschlossen haben. Das ist natürlich mit einem großen Umstand verbunden.

Dadurch, dass wir jetzt hingehen und diese gemeinsame zentrale Meldebehörde installieren, haben die mit ihrer eigenen Regelung – das werden sie sicher dann auch machen – die Chance, alles viel leichter zu machen. Es wird entbürokratisiert werden. Insoweit haben wir dort gute Entscheidungen auf den Weg zu bringen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, begrüßen wir Gäste bei uns Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasium aus Ludwigshafen und die GRÜNE Jugend aus Rheinland-Pfalz. Herzlich willkommen im Landtag!

Jetzt erteile ich der Kollegin Pia Schellhammer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass wir im Gegensatz zur Debatte heute Morgen jetzt so einmütig über das vorliegende Landesgesetz zur Neuregelung des Melde-, Pass- und Ausweiswesens sprechen können. Die Regelungsgegenstände hat Kollege Henter schon umfänglich dargestellt,

mir bleibt nur noch, auf einen Aspekt hinzuweisen, nämlich eine Anmerkung zum Bundesmeldegesetz. Das hat damals unter Schwarz-Gelb eher eine Chronik einer sehr unrühmlichen Entstehung im Bundestag gehabt. Während bei der EM das Spiel Italien gegen Deutschland lief, gab es dort eine umfangreiche Regelung zur Opt-in-Lösung, dass die Bürgerinnen und Bürger Widerspruch einlegen müssen bei der Wiedergabe ihrer Meldedaten an Adresshändler und Werbeunternehmer. Also nicht so, wie wir es hier haben, eine Opt-out-Regelung, dass man einwilligen muss, wenn die Daten weitergegeben werden, sondern man hat damals mir nichts dir nichts in einer Haurucksitzung diese Opt-in-Lösung realisiert und somit der Adresshändlerlobby diese Möglichkeit gegeben.

Deswegen bin ich sehr dankbar, dass sich damals mehre Bundesländer über den Bundesrat, unter anderem auch Rheinland-Pfalz, dafür eingesetzt haben, dass wir jetzt die Opt-out-Regelung im Bundesmeldegesetz haben und die Bürgerinnen und Bürger einwilligen können, wenn sie ihre Daten weitergegeben haben wollen. Das ist wichtig, denn wir wissen alle, dass Werbeunternehmen und Adresshändler nur darauf warten, unsere Daten zu haben, um uns zielgenau Werbung schicken zu können.

Wir haben die Aufgabe, darauf zu achten, dass wir gerade die Daten, die wir durch ein staatliches Zwangsverhältnis – das ist das Meldewesen – von Bürgerinnen und Bürgern erheben, nicht an Dritte zu ihrem Schaden weitergeben. Deshalb haben auch unsere Meldebehörden eine verantwortungsvolle Aufgabe in diesem Zusammenhang, die sie auch hier in Rheinland-Pfalz sehr gut wahrnehmen.

Ein weiterer Punkt, der auch schon angesprochen wurde, ist die Erleichterung für ausländische Staatsangehörige. Das begrüßen wir seitens der Fraktion der GRÜNEN sehr. Die Serviceorientierung gerade für ausländische Staatsangehörige mit einem elektronischen Aufenthaltstitel wird hier verbessert.

Fazit: Wir werden dem Gesetz natürlich auch zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Herr Minister Lewentz.

Roger Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:

Liebe Frau Schellhammer, das Italien-Spiel, das Sie angesprochen haben, hat uns aufgrund dieser Hintergründe mindestens genauso empört wie das 1 : 0 für Italien gegen Japan durch einen nicht berechtigten Elfmeter im Spiel bei der WM 2006 in Kaiserslautern. Und dann ist Italien Weltmeister geworden.

So viel zu meiner Vorrednerin.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Mitarbeiter haben mich mit besten Argumenten versorgt. Ich muss allerdings eingestehen, dass sowohl der Herr Berichterstatter als auch alle drei Vorredner die Wiese abgegrast haben. Dafür danke ich herzlich, weil wir alle einer Meinung sind, was mit Herrn Henter nicht immer der Fall ist, gelt, Herr Henter. Wir diskutieren ab und zu über die Eisenbahnverbindung von seinem Wohnort Trier nach Mainz. Heute sind wir einer Meinung. Herzlichen Dank dafür. Vielen Dank für die Unterstützung der Landesregierung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 16/5543 –. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen und Enthaltungen sind nicht der Fall. Somit ist dieses Gesetz mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU einstimmig angenommen worden .

Damit kommen wir zur Schlussabstimmung. Wer für den Gesetzentwurf ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Auch das ist einstimmig. Somit ist das Gesetz angenommen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung Landesgesetzes über
die Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5616 –
Erste Beratung**

Die Fraktionen sind übereingekommen, das Gesetz ohne Aussprache an den Ausschuss zu überweisen. Überweisungsvorschlag ist der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur – federführend – und mitberatend der Rechtsausschuss. – Dem wird nicht widersprochen, daher werden wir so verfahren.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des Kurortgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/5634 –
Erste Beratung**

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Das Gesetz muss jetzt von der Landesregierung eingebracht werden. Das Wort hat Frau Ministerin Lemke.

**Eveline Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung:**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich sehr, dass wir jetzt einen Schritt weiterkommen mit

dem Kurortegesetz, das auch noch andere Zusammenhänge und Implikationen mit sich bringt; denn wir stellen uns einer Herausforderung, nämlich einer gesetzlichen Grundlage, die aus den 50er-Jahren stammt, in denen das Kurortewesen und auch die Regelungen dieser Abrechnung von Gesundheitsdienstleistungen gänzlich andere waren als heute.

Das Kurortegesetz vom 21. Dezember 1978 regelt die Voraussetzungen und das Verfahren der staatlichen Anerkennung und Überprüfung von Heilbädern, Kurorten, Erholungsorten und Fremdenverkehrsgemeinden. Grundsätzlich hat sich das Kurortegesetz in der Verwaltungspraxis bewährt. Zurzeit sind 19 Heilbäder und Kurorte, 36 Luftkurorte, 140 Erholungsorte und 604 Fremdenverkehrsgemeinden nach dem Kurortegesetz staatlich anerkannt.

Seit rund zehn Jahren ist ein nachlassendes Interesse an Neuansuchen zu beobachten. Dies hängt auch mit der von mir schon erwähnten Gesundheitsreform zusammen. Ich führe es auf die geänderte Einschätzung von Bedarfen und vertretbaren Kosten sowie auf eine Sättigung vor allem bei den Fremdenverkehrsgemeinden zurück, dass auch hier die Zahl der Anmeldungen stagniert.

Novellierungsbedarf besteht, da die derzeitigen Regelungen in Teilbereichen gar nicht mehr aktuell sind. Ein zeitgemäßes Kurortegesetz verlangt, dass die darin getroffenen Regelungen im Hinblick auf gesellschaftliche Entwicklung, grundsätzliche Notwendigkeit im Gesetzesvollzug, gewonnene Erkenntnisse auf zu beobachtende Richtlinien und Standards auf Bundes- und EU-Ebene hin überprüft und gegebenenfalls auch fortgeschrieben werden. Auch der Grundsatz von Rechts- und Vereinfachung ist zu beachten. Der vorliegende Gesetzentwurf enthält die erforderlichen Regelungen zur Aktualisierung der Verwaltungsvereinfachung des Kurortegesetzes.

Was ist jetzt der Inhalt? Bei allen Artbezeichnungen mit Ausnahme der Fremdenverkehrsgemeinde handelt es sich um bundeseinheitliche Begriffsbestimmungen des Deutschen Heilbäderverbandes. Diese Begriffsbestimmungen enthalten aktuelle Änderungen gegenüber der geltenden Fassung des Kurortegesetzes Rheinland-Pfalz, die Anpassungen erforderlich machen. Für Rheinland-Pfalz ergeben sich hieraus auch die beiden neuen Bezeichnungen, und zwar Ort mit Heilstollenkurbetrieb und Ort mit Peloidkurbetrieb, die geringere Anforderungen an den Kurort stellen als die anderen Kurorte und Heilbadprädikate.

Die Anerkennungsmöglichkeit für diese beiden Prädikate sollen mit dem Änderungsgesetz für Rheinland-Pfalz neu eingeführt werden. Die Fremdenverkehrsgemeinde stellt eine eigene rheinland-pfälzische Bezeichnung dar. Für die Gemeinden ist sie vor allem bei der Tourismuswerbung von Bedeutung. Darüber hinaus sind staatlich anerkannte Fremdenverkehrsgemeinden berechtigt, einen Fremdenverkehrsbeitrag nach § 12 Kommunalabgabengesetz zu erheben.

Der aktuelle Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes sieht vor, dass die bisherige Verknüpfung des Kurortegesetzes mit § 12 Kommunalabgabengesetz künftig entfallen soll. Eine entsprechende Änderung von § 12 Kommunalabgabengesetz voraus-

gesetzt, wird künftig unter Kosten-Nutzen-Betrachtung auf die Möglichkeit einer staatlichen Anerkennung als Fremdenverkehrsgemeinde – jetzt kommt es – verzichtet. Gemeinden, die als Fremdenverkehrsgemeinde bereits staatlich anerkannt sind, können diese Artbezeichnung mit dem Zusatz „staatlich anerkannt“ bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 weiterführen. Danach darf die Artbezeichnung „staatlich anerkannte Fremdenverkehrsgemeinde“ nicht mehr verwendet werden.

Eine marketingorientierte Alternativlösung außerhalb des gesetzlichen Bereichs und staatlichen Handelns zum Beispiel durch den Tourismus- und Heilbäderverband ist bei Bedarf nach dieser Übergangsfrist grundsätzlich aber denkbar.

In Bezug auf die Regelung zum Namenszusatz „Bad“ soll zukünftig zwischen Gemeinden unterschieden werden, die den Namenszusatz „Bad“ noch nicht führen, und Gemeinden, denen der Namenszusatz „Bad“ bereits verliehen wurde. Für letztere soll Klarheit geschaffen werden, dass ein bestehender Namenszusatz „Bad“ nach einem mindestens 20-jährigen Bestand auch dann weitergeführt werden kann, wenn das Heilbadprädikat widerrufen wird.

Wir haben auch ein Ergebnis der Verbandsbeteiligung. Grundsätzlich lautet hier die Überschrift: Zustimmung, keine Einwände. – Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens durch die Landesregierung wurden die kommunalen Spitzenverbände, die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern, der Tourismus- und Heilbäderverband, die Sektion Heilbäder und Kurorte und der DEHOGA Rheinland-Pfalz zum Entwurf des Landesgesetzes gehört. Es wurden keinerlei Einwände oder Bedenken geäußert.

Dem vorausgegangen ist eine mündliche Information und Anhörung des Fachausschusses zur Anerkennung von Kurorten, Erholungsorten und Fremdenverkehrsgemeinden, der den Gesetzentwurf begrüßt. Der Kommunale Rat hat den Gesetzentwurf zur Kenntnis genommen und ebenfalls keine Änderungen angeregt.

Vielleicht sei mir gestattet, noch einen Fall zu schildern, den ich in größter Nähe begleiten durfte, in größter Nähe dahin gehend, dass es sich um meinen Wohnort handelt, Bad Bodendorf. Hier geht es um den eben genannten Zusatz „Bad“. Hier war Anfang der Legislaturperiode die Aberkennung des Status Heilbad notwendig, da schon mehrere Jahre vorher die Fristen zur Erreichung der Qualitätsstandards, die mit diesem Heilbadprädikat verknüpft waren, nicht erreicht werden konnten.

Sie können sich vorstellen, dass das in der Kommune eine erhebliche Diskussion um den Namenszusatz ausgelöst hat. Auch die Landesregierung und auch ich persönlich haben natürlich erkannt, dass ein Namenszusatz „Bad“ eine höchst sensible Angelegenheit für die Bevölkerung ist; denn der Namenszusatz hat etwas mit Identifikation, mit Tradition und natürlich auch mit touristischer Werbung zu tun. Dies hat höchste Sensibilisierung ausgelöst. Der Innenminister war so freundlich, ein Verfahren durchzuführen, welches eine weitere Neubenennung des Ortes nach Aberkennung des Ortsnamens mit dem Zusatz „Bad“ möglich gemacht hat, sodass jetzt Bad Bodendorf weiterhin Bad Bodendorf heißen kann. Das war aber ein ziemlich

kompliziertes und sehr bürokratisches Verfahren. Ich glaube, es hat auch niemandem der Beteiligten irgendeine Freude gemacht. Wir mussten erkennen, dass die Standards aus der alten Gesetzgebung so weit von der heute geübten touristischen Praxis entfernt sind, dass diese Art niemandem nützt.

Jetzt wird vor Ort die Erkenntnis ganz deutlich, dass die Einschränkung, die die Baunutzungsverordnung mit sich bringt – da geht es um § 11 Abs. 2, in dem geregelt ist, wie sich Kurgebiete entwickeln dürfen; es gibt hier ganz bestimmte Auflagen, die den Ortscharakter des Badbetriebes erhalten sollen und mit der Bauleitplanung gesichert werden –, auch nicht mehr den heutigen touristischen Anforderungen an die Entwicklung eines kleinen Ortsteils oder einer Kommune entsprechen. Das heißt, wir können feststellen, dass auch dadurch, dass der Titel des Heilbades mit Grundlage des Kurortgesetzes nicht mehr notwendig ist, hier größere Spielräume für kommunale Gestaltung auch hinsichtlich der Baunutzungsverordnung und der Bauleitplanung entstanden sind.

Dies nimmt eine bürokratische Hürde, weil wir es ja abschaffen, und erleichtert es der Kommune, sich selbst touristisch neu aufzustellen und sich entwickeln zu können. Darauf wollen wir jetzt auch mit dieser Erleichterung und der Änderung des Kurortgesetzes abzielen; denn es geht uns darum, auch unseren kommunalpolitisch Verantwortlichen mit der Gestaltung in ihren Kommunen weitere Spielräume zu eröffnen, zu entbürokratisieren, und beides wird hier ganz deutlich mit dieser gesetzlichen Änderung und ist am Beispiel Bad Bodendorf auch ganz deutlich zu beobachten.

Ich freue mich deswegen auf das weitere Verfahren und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Wir begrüßen weitere Gäste hier bei uns im Landtag, und zwar Mitglieder des SPD-Ortsvereins Seesbach sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundeswehrzentralkrankenhauses Koblenz. Herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch die verlängerte Redezeit der Landesregierung stehen Ihnen vier Minuten mehr Redezeit zur Verfügung. Herr Brandl von der CDU-Fraktion hat das Wort.

(Carsten Pörksen, SPD: Das brauchen Sie
aber nicht auszunutzen, Herr Brandl! –
Julia Klöckner, CDU: Das kann er aber!)

Abg. Martin Brandl, CDU:

Herr Pörksen, aus reiner Freundlichkeit zu Ihnen werde ich die Redezeit wahrscheinlich nicht ausnutzen. Nehmen Sie das als Gefallen des heutigen Tages.

Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, vielen Dank

für die Einbringung dieses Gesetzentwurfs. Sie haben auch darauf Bezug genommen, dass es hier einigen Anpassungs- und Novellierungsbedarf gibt, der im Gesetz entsprechend geregelt wird.

Ich will an dieser Stelle auch noch einmal zwei Punkte herausgreifen, die aus unserer Sicht im weiteren Verfahren zumindest diskutiert werden sollten. Der erste Punkt ist derjenige, für den Sie jetzt die zusätzliche Redezeit gebraucht haben, und zwar, was passiert, wenn tatsächlich die Anerkennung für den Namenszusatz „Bad“ erlischt, wenn quasi der Kurortstatus nicht mehr genehmigt werden kann. Ich denke auch, dass es durchaus den Menschen vor Ort, so wie Sie das eben auch am konkreten Beispiel geschildert haben, gut zu vermitteln ist, dass es nach einer gewissen Dauer auch eine Art – ich will es einmal so salopp formulieren – Gewohnheitsrecht gibt. Ich glaube, dass das durchaus auch der richtige Weg sein kann.

Ich will aber an der Stelle auch kurz auf ein Risiko verweisen, das wir im weiteren Verfahren auch diskutieren sollten. Natürlich geht es an der Stelle auch ein Stück weit um das Thema Verbraucherschutz. Es geht darum, dass man natürlich als Urlauber – als Verbraucher in dem Fall – erkennen muss, ob sich tatsächlich irgendein Qualitätsmerkmal hinter einem Bad-Namen verbirgt oder nicht. Ich glaube, an der Stelle müssen wir im weiteren Verfahren tatsächlich noch einmal ins Detail gehen, um zu ergründen, wie es möglich ist, hier eine Differenzierungsmöglichkeit zwischen tatsächlichen Heil- und Kurbädern und zwischen Orten, die zumindest den Namen „Bad“ im Namen tragen, herauszuarbeiten. Ich glaube, das ist keine einfache Aufgabe, aber da müssen wir uns tatsächlich ein bisschen Zeit nehmen, das zu diskutieren.

Bei dem zweiten Punkt geht es um die Fremdenverkehrsge-meinden. Diese wird es ab 2020 nicht mehr geben. Somit gibt es auch keine Grundlage mehr für die Fremdenverkehrsbeiträge. Sie haben das größere Änderungsgesetz – das KAG – ebenfalls schon eingebracht. Ich denke, diesen Punkt sollten wir intensiv gemeinsam diskutieren. Deshalb rege ich an, dass wir bei der schon terminierten Anhörung im Innenausschuss – ich versuche, jetzt einmal die Mitglieder des Innenausschusses anzuschauen – dieses Gesetz mit in die Anhörung nehmen, weil genau dieser Punkt durchaus sehr eng mit der Änderung des KAG verbunden ist. Das wird uns im Verfahren vielleicht ein bisschen Kopfweh bereiten, weil der nächste Wirtschaftsausschuss erst am 19. November stattfindet und die Anhörung des Innenausschusses ebenfalls am 19. November stattfindet. Ich halte es aber für absolut zielführend, diese beiden Gesetze gemeinsam in einer Anhörung zu beraten. Das sollten wir uns hier vornehmen, das letztendlich auch möglich zu machen.

Deshalb keine grundsätzlichen Kritikpunkte an diesem Gesetzentwurf. Es muss in Verbindung mit dem KAG beraten und dann auch gesehen werden. In diesem Hinblick freuen wir uns auf die Anhörung und Beratung.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Fredi Winter.

Abg. Fredi Winter, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich auch an die fünf Minuten halten, aber erlauben Sie mir – das wäre ein kleiner Herzenswunsch von mir –, weil wir das Thema Tourismus nicht allzu oft im Parlament behandeln, dass ich eingangs ein paar allgemeine Sätze sagen darf und auch ein bisschen Werbung in diesem Hohen Hause für unser wunderbares Land Rheinland-Pfalz erlaubt ist.

(Beifall bei der SPD)

„Land lockt Leute“, „Verlockendes Land“, „Rheinland-pfälzischer Tourismus auf Erfolgskurs“, „Positive Entwicklung hält an“, dies sind nur einige Überschriften aus Presseveröffentlichungen zum Tourismus in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren; das auch für das jetzt laufende Jahr 2015.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mir geht es einmal im Monat gut, wenn vom Statistischen Landesamt in Bad Ems wieder die aktuellen Zahlen kommen und wir merken, wie unverzichtbar dieser Wirtschaftsfaktor in unserem Land ist. Es klingt einfach gut, wenn man ein paar Zahlen wiederholen darf, nämlich dass wir im Tourismus 7 Milliarden Euro Umsatz machen, 190.000 Arbeitsplätze dazugehören, wir nahezu 25 Millionen Übernachtungen bei über 9 Millionen Gästen haben, die überwiegend – das ist das Erfreuliche, Frau Ministerin – aus unserem eigenen Land, überwiegend aus Deutschland kommen.

Dieser Erfolg hat natürlich viele Väter und Mütter. Deshalb sind es der Gesetzgeber, das Parlament, die Verordnungen und Erlasse, die Förderprogramme und vor allem die Tourismusstrategie 2015, die diese Strukturen geschaffen haben. Was wären wir beim Tourismus, wenn wir nicht mit Behörden, Institutionen, Verbänden, Kammern, Hotellerie und Gastronomie zusammenarbeiten würden.

In diese Erfolgsgeschichte passt heute genau an diesem Tag unsere heutige erste Beratung des Gesetzesvorhabens „Landesgesetz zur Änderung des Kurortgesetzes“. Einiges haben wir schon von der Ministerin und den Vorrednern gehört. Es ist ein Gesetz aus dem Jahr 1978, das bis heute wohl kaum wesentliche Änderungen erfahren hat. Ich denke – wir alle denken das wahrscheinlich –, es war an der Zeit, dieses Gesetz zeitgemäß abzuändern.

Hierbei wie bei so vielen Gesetzesänderungen musste natürlich auch eine Anpassung an Bundes- und Europarecht erfolgen. Wenn schon eine Änderung, dann war es wichtig, diese auch mit Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen zu versehen. Dies geschieht mit dem heutigen Entwurf.

Auch die Artbeschreibungen haben aktuelle Änderungen erfahren. Ein Hinweis ist hierbei besonders wichtig: Man hält sich bei den Begriffsbestimmungen an die Kriterien des Deutschen Heilbäderverbandes.

Ich denke, es wurde eine gute Regelung für die bereits be-

kannten und anerkannten Fremdenverkehrsgemeinden mit den hierzu vorgesehenen Übergangsfristen – wir haben gesehen, bis 2020 – gefunden. Wir haben neue konkrete Bestimmungen zum Namenszusatz „Bad“, zur Überprüfung von Anerkennungsvoraussetzungen, zu Heilquellenbestimmungen und weiteren Grundsätzen, die im Kurwesen garantieren, dass wir ein modernes und aktuelles Gesetz weiter behandeln.

Eine wichtige Änderung ist – das darf an dieser Stelle noch einmal Erwähnung finden –, dass § 9 des Kurortgesetzes und damit auch die Begriffsbestimmung „Fremdenverkehrsgemeinde“ gestrichen wird. Meine Damen und Herren, wir haben aber Vorsorge getroffen. Die bisher bereits staatlich anerkannten Fremdenverkehrsgemeinden haben die Frist, die erwähnt wurde, und wir haben in § 12 Kommunalabgabengesetz und in der Gemeindeordnung die Voraussetzungen zur Erhebung von Beiträgen geschaffen, die wir künftig mit einem neuen Namen versehen. Ich stimme dem Kollegen zu, dass wir sagen, das ist ein Thema, das wir gemeinsam weiterhin bearbeiten werden.

Erfreulich ist am heutigen Tage auch die Vorstellung aus dem Hause des Ministeriums, dass viele Verbände zugestimmt haben und keine Einwände und Bedenken zum Entwurf geäußert haben. Ergo darf ich feststellen: Ich bin fest davon überzeugt, wir haben einen guten Gesetzentwurf vor uns liegen, der mit dazu beitragen wird, den Tourismus in unserem Land weiterhin erfolgreich fortzusetzen.

An dieser Stelle sei auch ein herzliches Dankeschön an die Landesregierung, an das Wirtschaftsministerium und an alle gesagt, die an der Erstellung und Umsetzung des Gesetzentwurfs mitgewirkt haben. Freuen wir uns auf eine weitere gute und positive Beratung im Ausschuss bzw. in den Ausschüssen. Meine Fraktion stimmt dem Entwurf des Landesgesetzes zur Änderung des Kurortgesetzes zu.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Blatzheim-Roegler.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es heute in diesem Gesetzentwurf in einem Abschnitt um Fremdenverkehrsgemeinden geht, stehe ich heute hier aber nicht für den Verkehr, sondern als tourismuspolitische Sprecherin. Ich freue mich, auch zu diesem Feld einmal etwas sagen zu können.

Früher fuhr man gerne in Kur. Dies geschah aus unterschiedlichen Gründen. Das diente der Stärkung der geschwächten Gesundheit oder der Gesundheit allgemein oder der Unterstützung der Genesung bei Krankheiten und Leiden verschiedener Art. Das berühmteste Werk über einen Kuraufenthalt ist nach meiner Ansicht „Der Zauber-

berg“ von Thomas Mann, der durch den Kuraufenthalt seiner Frau Katja im Waldsanatorium in Davos im Jahr 1912 zu diesem Werk der Weltliteratur inspiriert wurde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Der Hauptprotagonist des Buches, Hans Castorp, begegnet während eines siebenjährigen freiwilligen Aufenthalts in der abgeschlossenen Welt einer Heilanstalt, eines Sanatoriums im Hochgebirge einer ganz eigenen Welt, in die er, obwohl er eigentlich körperlich gesund ist, quasi eingesogen wird. Ein äußerst spannendes Buch, das auf jeden Fall nicht nur für einen Kuraufenthalt zu empfehlen ist, obwohl es etwas braucht, um es zu lesen.

In den 50er- bis hinein in die 80er-Jahre hatten Kuren, die damals von den Krankenkassen großzügig gewährt wurden, sicherlich Hochkonjunktur. Das geltende Gesetz ist nun 37 Jahre alt. 1978 war tatsächlich das Jahr, in dem ich von Bad Godesberg nach Bernkastel-Kues gezogen bin. Das geltende Gesetz ist also 37 Jahre alt. In dieser Zeit hat sich natürlich einiges gewandelt.

Den Älteren unter uns dürften vielleicht noch ein paar Begriffe präsent sein. Man sprach vom Kurschatten.

(Carsten Pörksen, SPD: Na, na! –
Weitere Zurufe: Oh, oh!)

War man in einem Kurort, musste selbstverständlich Kurtaxe bezahlt werden. Unvergessen sind sicher auch Kurkonzerte.

Rheinland-Pfalz ist reich an Kurorten. Sie teilen sich ein in verschiedene Heilbäder, in Radon-Heilbäder, in Felke-Heilbäder, oder einen Gruß an meinen Kollegen Wolfgang Schlagwein, der in seiner Heimatstadt Bad Neuenahr-Ahrweiler, sicher dem mondänsten Kurort in Rheinland-Pfalz, ein Mineralheilbad hat.

Mein eigener Wohnort Bernkastel-Kues ist ein heilklimatischer Luftkurort. Das heißt, Bernkastel-Kues ist eigentlich eine Tourismushochburg, aber oben auf dem Plateau ist die gute Luft. Deswegen dürfen wir uns so nennen.

Die von der Krankenkasse verschriebenen Kuren sind längst dem Rotstift zum Opfer gefallen. Viele Gemeinden in Rheinland-Pfalz nutzen heute aber den Trend des steigenden Interesses an einem Gesundheitsurlaub. Auch die medizinische Rehabilitation hat in einigen Orten eine – auch wirtschaftliche – Bedeutung.

Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich aus den jüngsten Statistischen Monatsheften zur Stadt Bernkastel-Kues:

(Alexander Schweitzer, SPD: Wie viele
Kurschatten pro Kur!)

– Nein.

„Auch die Stadt Bernkastel-Kues erfreute sich großer Beliebtheit. Bedingt durch den Kurbetrieb in den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken verweilten die Gäste (...) im Jahr 2014 hier allerdings deutlich länger (...) als in Trier.“ Die Stadt Trier hat natürlich entlang der Mosel die meisten

Übernachtungen zu verzeichnen. Damit zeigt sich aber auch, dass gute und gut geführte Kur- und Rehabilitationsbetriebe wie in Bernkastel für das Land Rheinland-Pfalz eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung haben.

Nichtsdestotrotz, der Begriff Kur und alles was damit zu tun hat, ist in die Jahre gekommen, wie im Übrigen auch mancher Beherbergungsbetrieb, und es ist Zeit für einen Relaunch. Deswegen ist es aus unserer Sicht auch nötig, das Gesetz anzupassen und die bundeseinheitlichen Begriffsbestimmungen des Deutschen Heilbäderverbandes zu beachten. Damit geht auch einher, dass die staatlich anerkannte Fremdenverkehrsgemeinde – ein Unikum in der Bundesrepublik, das es nur in Rheinland-Pfalz gibt – prädikatsmäßig so nicht mehr aufgeführt werden wird.

Eine weitere Änderung im Gesetzesvorhaben erstreckt sich – man hat es schon erwähnt – auf den Begriff „Bad“. Hier werden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, dass Bäder, die mindestens 20 Jahre dieses Prädikat schon haben, diese Bezeichnung weiterführen.

Noch etwas aus meiner Jugend: In dem gesunden rostbraunen, manganhaltigen Wasser von Bad Bodendorf habe ich als Kind oft gebadet. Das hat mir nicht geschadet.

(Glocke der Präsidentin)

Ein Bad Bodendorf ohne „Bad“ wäre für mich ein No-Go.

(Zurufe: Uui!)

Ich hoffe, dass wir mit dieser Vorlage einen Gesetzentwurf haben, dem alle Fraktionen in diesem Hause zustimmen können. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf „Landesgesetz zur Änderung des Kurortegesetzes“ an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss sowie den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Rheinland-Pfalz leistet seinen Beitrag zum
Europäischen Jahr für Entwicklung 2015 – Durch
nachhaltiges Handeln auf dem Weg zur sozialer und
globaler Gerechtigkeit
Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN**

– Drucksache 16/5355 –

dazu:

Das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 – Die Menschen informieren, einbeziehen, das Bewusstsein stärken und zum Mitgestalten auffordern

Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/5617 –

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Klöckner.

Abg. Dieter Klöckner, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor 15 Jahren hat die Weltgemeinschaft die Millenniumsentwicklungsziele beschlossen, unter anderem eine Halbierung der weltweiten Armut. Nicht alle gesteckten Ziele wurden erreicht. Es ist aber eine deutliche Verbesserung in vielen Bereichen eingetreten.

62 rheinland-pfälzische Städte und Gemeinden haben sich zu Millenniumskommunen erklärt und setzen sich für die Umsetzung der Entwicklungsziele ein. Ausgerechnet kurz vor dem Ablauf dieser Millenniumsentwicklungsziele hat das EU-Parlament 2015 zum „Europäischen Jahr der Entwicklung“ erklärt. Einen passenderen Zeitpunkt kann es nicht geben.

Derzeit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Viele suchen und finden Aufnahme in unserem Land. Neben den Menschen, die vor Kriegen und Bürgerkriegen flüchten, entflieht ein Großteil vor Hunger, Armut, Elend und inhumanen Lebensverhältnissen. Diese Frauen, Männer und Kinder würden wohl niemals ihre Heimat verlassen, wenn sie menschenwürdige Bedingungen zu Hause vorfinden würden. Deshalb ist eine gezielte Entwicklungspolitik wichtiger denn je. Diese Meinung vertritt auch eine klare Mehrheit in der europäischen Bevölkerung.

Im September 2014 hat Eurobarometer eine Umfrage durchgeführt. Danach sind 67 % der Befragten für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe.

(Vizepräsident Dr. Bernhard Braun
übernimmt den Vorsitz)

Die Selbstverpflichtung der EU-Staaten, bis 2015 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungshilfe einzusetzen, haben bisher nur vier der 28 erfüllt, und zwar Dänemark, Luxemburg, Niederlande und Schweden. Deutschland gehört mit gerade einmal 0,37 % nicht dazu.

Entwicklungshilfe ist nicht nur eine nationalstaatliche Aufgabe. Gerade die Länder und Kommunen sind aufgerufen, ihren Teil dazu beizutragen. Was können Land und Kommunen tun? Wie sieht eine solche Arbeit in der Praxis aus?

In Rheinland-Pfalz geschieht in diesem Bereich schon viel. Ein Alleinstellungsmerkmal ist zweifelsohne die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda. Seit über 30 Jahren sind im Rahmen dieser Graswurzelpartnerschaft bis jetzt rund 72 Millionen Euro in rund 1.900 Projekte geflossen. Ein Fünftel der Finanzen haben die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger durch Spenden eingebracht, darunter 49 Kommunen, 54 Vereine, Stiftungen

und Organisationen, 15 Pfarreien, vier Hochschulen und über 200 Schulen.

Die Entwicklungshilfe ist nicht auf Ruanda beschränkt. In den vergangenen fünf Jahren hat das Innenministerium insgesamt 237 zivilgesellschaftliche Projekte in Asien, Afrika und Lateinamerika unterstützt. Gemeinsam mit ELAN, ENGAGEMENT GLOBAL und in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden hat das Innenministerium landesweite Schulungen für kommunale Beschafferinnen und Beschaffer angeboten. Hier werden Wissen und Kompetenz vermittelt, um soziale und ökologische Aspekte in öffentliche Vergabeverfahren einzubeziehen.

Nun spreche ich eine der wichtigsten Möglichkeiten an, um als Land bzw. Kommune entwicklungspolitische Akzente für mehr soziale Gerechtigkeit in dieser „Einen Welt“ zu setzen. Das jährliche Volumen der Vergabe öffentlicher Aufträge in Bund, Ländern und Kommunen beträgt sage und schreibe 360 Milliarden Euro – europaweit sind es 2 Billionen Euro –, davon 60 % in den Kommunen. Im Jahr 2009 beschloss der Landtag die Vermeidung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen. Das wurde damals von ELAN angeregt. 13 Kommunen haben bis heute einen entsprechenden Ratsbeschluss herbeigeführt.

Wir fordern darüber hinaus eine Regelung, die verbindlich die Einhaltung aller ILO-Kernarbeitsnormen beinhaltet. Bei einer Anhörung haben unisono die Anzuhörenden die Einrichtung einer Beratungs- und Servicestelle für soziale und ökologische Beschaffung gefordert, und zwar aus dem kommunalen Bereich Klaus Jensen, langjähriger Oberbürgermeister von Trier, eine Senatsvertreterin von Bremen, ELAN und andere.

Wir machen uns diese Forderung zu eigen. Eine besondere Bedeutung kommt dem Eine-Welt-FachpromotorInnenprogramm zu, das von Bund und Land finanziert wird. Hier fordern wir eine Aufstockung und entsprechende Erhöhung der Mittel. Auch die Unterstützung von ELAN sowie den Welt-Läden und Fair-Handels-Arbeitsgruppen muss fortgesetzt werden. Ganz wichtig ist für uns eine baldmögliche gesetzliche Regelung für die rheinland-pfälzischen Kommunen, auch für Grabsteine auf kommunalen Friedhöfen die Einhaltung sämtlicher ILO-Kernarbeitsnormen zu verlangen.

(Glocke des Präsidenten)

Mit diesen Maßnahmen leisten wir in Rheinland-Pfalz unseren Beitrag zur Umsetzung des Mottos „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Seekatz das Wort.

Abg. Ralf Seekatz, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ziel des EU-Entwicklungsjahres 2015 steht unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“. Die Bürgerinnen und Bürger sollen über die Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungshilfe, der EU sowie der einzelnen Mitgliedsstaaten informiert und einbezogen werden. Auch soll das Bewusstsein für den Nutzen der Entwicklungsarbeit geschärft werden.

Die Aktualität dieses Entwicklungsjahres der EU hat uns sehr schnell eingeholt. Die vielen Menschen, die auf der Flucht sind und die um ihr Leben fürchten, oder die, die aus wirtschaftlichen Nöten ihre Heimat verlassen, stellen die Entwicklungshilfe vor ganz neue riesengroße Herausforderungen.

Wir müssen uns die Frage stellen, ob die Arbeit der vergangenen Jahre und der vergangenen Jahrzehnte in die richtige Richtung ging oder ob neue Ansätze verfolgt werden müssen, um den Menschen in ihrer Heimat wieder eine sichere und vernünftige Lebensgrundlage bieten zu können. Da uns allen bewusst ist, dass auch ein noch so reiches Europa nicht alle Menschen aufnehmen kann, ist es daher dringend geboten, die Entwicklungshilfe in den ärmeren Ländern unseres Kontinents auszubauen und neu zu organisieren.

Nicht nur Rheinland-Pfalz und Deutschland, sondern vor allem die EU stehen vor einer großen Aufgabe. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was das Bundesland Rheinland-Pfalz hierzu beitragen kann.

Das Bewusstsein der Menschen in unserem Land, den vielen Flüchtlingen helfen zu wollen, ist vorhanden. Das sehen wir durch die vielen freiwilligen Helfer, die Organisationen, die sich derzeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen engagieren und auch vor Ort in unseren Gemeinden und Städten. Die Hilfsbereitschaft ist immens groß. Ich erlebe das auch jeden Tag als Bürgermeister. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen nach, wo und wie sie helfen können.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder darüber diskutiert, dass im Bereich der Entwicklungshilfe mehr getan werden muss. Vor diesem Hintergrund ist es richtig und auch wichtig, die Menschen zu informieren, das Bewusstsein zu stärken und den Nutzen der Entwicklungshilfe in den Vordergrund zu stellen.

Unsere Kernziele und die Möglichkeiten, die wir sehen, haben wir in unserem Alternativantrag deutlich formuliert. Leider fehlt uns bei Ihrem Antrag noch der Hinweis darauf, dass gerade bei der Entwicklungspolitik die Zusammenarbeit der Bundesländer mit dem zuständigen Bundesministerium und mit Europa besonders wichtig ist.

Neben der Unterstützung von ELAN, die wir begrüßen, müssen wir auch die Kirchen und die vielen anderen Partnerschaften nennen, die ebenfalls im Bereich der Entwicklungshilfe hervorragende Arbeit leisten. Dass die Kommunen rechtssicher in die Lage versetzt werden sollen, Grabsteine auf kommunalen Friedhöfen nur noch zulassen zu können, wenn die ILO-Kernarbeitsnormen eingehalten werden, um somit Kinderarbeit zu verhindern, begrüßen

wir auch grundsätzlich.

Leider müssen wir feststellen, dass es derzeit noch kein hinreichendes Zertifizierungssystem hierfür gibt. Daher halten wir es für zielführender zu prüfen, ob ein genereller Einfuhrstopp für Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit möglich ist.

Ihre Forderung der Einführung einer Einhaltung sämtlicher ILO-Kernarbeitsnormen, dass diese verbindlich vorgeschrieben werden sollen, muss sicher auch vor dem Hintergrund überprüft werden, welche zusätzlichen Kosten unseren ohnehin klammen Kommunen hierdurch entstehen können.

Die Beratungsstelle für soziale und ökologische Beschaffung: Der Sinn einer solchen Stelle ist für uns fraglich. Diese Beratungsstellen müssen auch wieder mit Personal besetzt werden. Das ist kostenintensiv, und wir haben in den vergangenen zwei Tagen schon über den Haushalt und die Rahmenbedingungen diskutiert.

Wir bedauern, dass es anscheinend leider nicht möglich – oder auch nicht gewollt – von Rot-Grün war, dass wir bei diesem wichtigen Thema einen gemeinsamen Antrag formulieren. Die Tatsache, dass Sie Ihren Antrag schon am 27. Juli 2015, also in den Ferien, eingebracht haben, macht uns deutlich, dass es eigentlich keinen echten Willen zur Zusammenarbeit gab. Das bedauern wir sehr.

Wir bitten daher um Zustimmung für unseren Alternativantrag.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Herr Wiechmann das Wort.

Abg. Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, inhaltlich sind wir näher beieinander, als ich das in einigen Punkten erwartet hätte. Das freut mich sehr. Herr Kollege Seekatz, ich glaube aber, dass der Seitenhieb, den Sie am Schluss versucht haben, uns zu versetzen, völlig ins Leere geht, weil jeder, der sich mit der Materie beschäftigt, weiß, dass wir über Wochen und Monate immer wieder um Rückmeldung bei der CDU-Fraktion gebeten haben: Was wollt ihr denn noch verändern? Wir haben eine Vorlage gemacht, leider ist über Wochen und Monate bei Ihnen nichts passiert.

(Zuruf des Abg. Ralf Seekatz, CDU)

Dass muss man zur Ehrlichkeit auch einmal dazu sagen.

Ich möchte jetzt aber inhaltlich diskutieren, weil ich glaube, dass das der wichtigere Punkt heute ist. Das Europäische Jahr für Entwicklung ist schon fast vorbei. Aus unserer Sicht ist es aber nie zu spät, um trotzdem im Parlament

noch einmal darüber zu diskutieren, welches unser Beitrag zu mehr nachhaltigem Handel und mehr sozialer und globaler Gerechtigkeit ist.

Der Ursprungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war bereits im Januar dieses Jahres Gegenstand der Plenardebatte. Wir haben uns im Ausschuss für Europafragen und Eine Welt mehrfach, auch mit einer umfassenden Anhörung, mit dieser Thematik beschäftigt. Wir haben diese Anhörung ausgewertet. Das hat uns letztendlich dazu bewogen, den Antrag nochmals an einigen Stellen nachzuschärfen. So sehen Sie heute in unserem vorgelegten Antrag das Ergebnis der jetzt fast neunmonatigen Debatte. Es ist gut, dass wir uns intensiv damit beschäftigt haben, weil wir das Europäische Jahr für Entwicklung auch für uns selbst genutzt haben, um uns mit dieser Materie sehr tiefgehend zu beschäftigen.

Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sind Gott sei Dank schon lange keine Nischenthemen mehr. Einmal mehr hat auch der Nachhaltigkeitsgipfel, der in der vergangenen Woche in New York stattgefunden hat, entwicklungspolitisch sehr, sehr kritisch bilanziert und zusätzlich neue Ziele für mehr globale Nachhaltigkeit verabschiedet.

Bei der Betrachtung der Millenniumsentwicklungsziele, die in diesem Jahr eigentlich alle erfüllt sein sollten – das war der Plan –, muss man doch eine eher zwiespältige Bilanz ziehen. Zwar haben es einige Staaten erreicht, die Zahl der in Armut lebenden Menschen drastisch zu reduzieren, und gerade auch im Bereich der Bildung und Gesundheitsversorgung wurden teilweise gute Fortschritte erzielt. Wenn wir uns aber diesen gesamten Zeitraum vom Jahr 2000 bis heute ansehen, wissen wir auch, dass die Kluft zwischen Arm und Reich leider noch weiter gewachsen ist und auch heute noch viele Millionen Menschen in bitterer Armut und ohne Lebensperspektive leben. Auch das sind Gründe für die Situation, wie wir sie in den vergangenen Tagen, Wochen und Monaten häufig diskutiert haben. Vermehrte gewaltsame Konflikte und der Klimawandel verschärfen die Situation vieler Menschen in den letzten Jahren noch zunehmend.

Mit der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele wurden die Millenniumsentwicklungsziele nun aufgelöst, und es wurden jetzt für alle Länder geltende globale Zielvorgaben zur ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit bis zum Jahr 2030 festgelegt. Diese Nachhaltigkeitsentwicklungsziele verbinden wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen, und sie unterstützen auch die Mitgliedstaaten bei einer kohärenten und nachhaltigen Zukunftspolitik.

Auch wir in Rheinland-Pfalz müssen uns natürlich fragen, welchen Beitrag wir zur Umsetzung dieser Sustainable Development Goals leisten können. Wir müssen wissen, dass sie tatsächlich auch an uns gerichtet sind. Ich will nur einige der Forderungen aus unserem Antrag noch einmal kurz wiederholen, weil sie uns besonders wichtig sind.

Wir werden auch zukünftig die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbände wie das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz sowie die Weltläden und die Transferhandelsaktionsgruppen stärken, und wir müs-

sen sie auch weiterhin unterstützen.

Wir müssen unsere entwicklungspolitischen Leitlinien überarbeiten und ständig, auch im Dialog mit den Nichtregierungsorganisationen, weiterentwickeln. Wir brauchen einen Nachhaltigkeitsbeirat, damit auch das Land zukünftig fachkundige Unterstützung bei der Ausgestaltung seiner Nachhaltigkeitspolitik erfährt, und – das ist eine ganz praktische Sache, Herr Kollege Klöckner hat es schon angesprochen – wir brauchen ganz praktisch eine Unterstützung bei der gesetzlichen und verbindlichen Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben viel zu tun. Ich glaube, wir haben in diesem Jahr, auch was Öffentlichkeitsarbeit angeht, viel erreicht. Wir sind aber noch lange nicht am Ziel.

(Glocke des Präsidenten)

Deswegen hoffe ich auf eine gemeinsame Arbeit in diesem Sinne.

Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die Landesregierung hat Herr Stich das Wort.

Randolf Stich, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben es heute schon des Öfteren gehört: Das Europäische Parlament hatte das Jahr 2015 zum Europäischen Jahr für Entwicklung erklärt. In diesem Jahr laufen die Millenniumsentwicklungsziele aus, die die Vereinten Nationen vor rund 15 Jahren beschlossen hatten. Es war das erste Mal in der Geschichte der UN, dass konkrete nachprüfbar Ziele zur weltweiten Halbierung von Armut formuliert worden sind. Was wir heute auch schon gehört haben, ist, dass die Bilanz dieser Ziele gemischt ausgefallen ist.

Es gab einige Bereiche, zum Beispiel bei der Einschulung von Kindern, aber auch einzelne Staaten, die deutlich ihr Ziel erreicht haben. Es gibt aber auch weiterhin das Problem, dass 1,3 Milliarden Menschen in extremer Armut leben. Das hat sich nicht geändert.

Die Anzahl der Menschen, die ihre Heimat verlassen – das war heute auch schon Thema – wächst rapide, und die Folgen des Klimawandels sind auch immer noch zu spüren.

Am 25. September 2015 haben die Vereinten Nationen nun die Folgeziele beschlossen, die sogenannten globalen Nachhaltigkeitsentwicklungsziele. Sie sollen bis 2030 umgesetzt werden. Diese Ziele greifen eine Erkenntnis auf, die sich jetzt bei vielen Menschen im Norden und Süden durchsetzt, nämlich die Erkenntnis, dass die klassische Entwicklungshilfe, wie wir sie bisher gekannt haben, keine

wirkliche Verbesserung für die Menschen in den Entwicklungsländern bewirkt. Die gerade dramatisch steigende Anzahl von Flüchtlingen, die nach Europa kommen, zeigt es sehr deutlich: Wenn Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt werden, sie hungern und keine Perspektive mehr sehen, verlassen sie ihre Heimat und suchen eine bessere Zukunft in Europa.

Es ist daher Zeit für weltweite Veränderungen. Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel in der internationalen Entwicklungspolitik. Auch die Industrieländer sind gefordert – gerade die Industrieländer sind gefordert –, neue Weichen zu stellen. Nur eine global gerechtere Ausgestaltung der Handelsstrukturen kann die nachhaltige Entwicklung in Ländern des Südens und des Nordens vorantreiben. Genau das wird in den Nachhaltigkeitszielen der UN festgelegt.

Die neuen Ziele sollen für Rheinland-Pfalz Anlass zum Umdenken sein. Die klassischen Entwicklungsprojekte leisten punktuell wertvolle Hilfe. Das gilt insbesondere – wir haben es schon gehört – für die Partnerschaft zu unserem Partnerland Ruanda, aber auch für die vielen anderen Initiativen, die im Laufe der letzten Jahre in vielen Bereichen das Leben der Menschen verbessert haben.

Ich möchte nur die 7.000 Einzelprojekte im Bereich Ruanda nennen, insbesondere der Bau von Schulen, von Krankenstationen, aber auch von Brunnen. Hier wurde eine nachhaltige Verbesserung erreicht.

Wir müssen bei all dem, was erzielt worden ist, aber eines klar machen, wir müssen uns klar machen, dass unsere eigene Lebensweise, unser tägliches Konsumverhalten, unser Energieverbrauch, unsere Exportwirtschaft und unsere Subventionspolitik die Lebens- und die Wirtschaftsgrundlage vieler Menschen in den Entwicklungsländern negativ beeinflusst. Stellen wir uns einfach einmal die Frage, was eigentlich eine Näherin in Bangladesch verdienen kann, wenn wir hier ein T-Shirt für 2,50 Euro kaufen. Hat dann die Familie genug zu essen, oder müssen nicht vielleicht sogar die Kinder von vornherein mitarbeiten und können eben nicht in die Schule gehen? – Ich denke, die Fragen müssen wir uns jetzt stellen, die Fragen sollen wir aber auch aktiv mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land diskutieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Menschen ist noch viel zu wenig bewusst, wie sehr wir in einer globalisierten Welt voneinander abhängen und wie stark die gegenseitigen Wechselwirkungen sind. Deswegen müssen wir stärker, als es bisher der Fall ist, die globale nachhaltige Entwicklung an alle Menschen vermitteln. In Rheinland-Pfalz gibt es eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken, die kompetent und engagiert entwicklungspolitische Bildungsarbeit leisten. Wir unterstützen die Organisationen nach Kräften, und wir setzen auch eigene Bildungsprogramme um.

Das Jahr 2015, das Europäische Jahr für Entwicklung, haben wir aktiv genutzt. Wir haben es genutzt, um mit den verschiedenen Kooperationspartnern eine Reihe von Veranstaltungen zu dem Thema Entwicklungspolitik durchzuführen. Wir werden noch in diesem Jahr die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes fortschreiben. Die

Überarbeitung ist übrigens in enger Kooperation mit den anderen Ressorts und den zivilgesellschaftlichen Gruppen im Land erfolgt. Und diese entwicklungspolitischen Leitlinien werden auch zukünftig die politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklungspolitik der Landesregierung festlegen.

Themenschwerpunkt war auch in diesem Jahr die nachhaltige Beschaffung. Derzeit erarbeiten wir ein Konzept, um bei allen Beschaffungsvorgängen der Landesregierung die Kernarbeitsnorm der Internationalen Arbeitsorganisation zu gewährleisten. Wir möchten hier noch verstärkt die Kommunen mit ins Boot holen und bereiten zum Beispiel umfassende neue Projekte zur Schulung kommunaler Beschafferinnen und Beschaffer vor.

In dem Zusammenhang möchte ich eines betonen, weil es mehrfach hinterfragt worden ist, nämlich dass das Ganze für die Kommunen nicht zu nennenswerten Mehrkosten führt. Das ist einfach dadurch begründet, dass eben die Produkte, die aus den Ländern Asiens, aus den Ländern Afrikas kommen, bei der öffentlichen Beschaffung vor Ort nur einen relativ geringen Bestandteil ausmachen. Aber wenn alle nachhaltig beschaffen, kann das zu nachhaltigen Verbesserungen in den Ländern Afrikas und Asiens führen.

Ich möchte an der Stelle auch noch erwähnen, dass natürlich auch das Wirtschaftsministerium massiv gearbeitet hat, um Nachhaltigkeit herbeizuführen. Insbesondere in Sachen Außenwirtschaft ist man hier nachhaltig aufgestellt. Wir haben hier eine Drei-Säulen-Politik, die zunächst einmal auf einer nachhaltigen Pflege von Partnerschaften und Partnerschaften basiert, zum Beispiel China und Brasilien. Wir haben zum Zweiten eine intensive Netzwerkpflge mit internationalen Branchennetzwerken, und zum Dritten aber auch eine außenwirtschaftliche Verschränkung mit Wissenschaft und Kultur.

Aber jede Veränderung beginnt hier vor der eigenen Haustür. Ich begrüße daher den Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Durch nachhaltiges Handeln auf dem Weg zu sozialer Gerechtigkeit –; denn dieser Antrag greift die Aspekte auf, die auch der Landesregierung ganz wichtig sind. Wir werden insbesondere die Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirats erwägen, der die Landesregierung bei der entwicklungspolitischen Arbeit und der Umsetzung der neuen Nachhaltigkeitsziele begleiten soll, und wir werden auch die Einrichtung einer Servicestelle prüfen, die Kommunen und Landesbehörden zukünftig bei der Umsetzung der nachhaltigen Beschaffung berät und unterstützt.

Lassen Sie uns gemeinsam in Rheinland-Pfalz neue Impulse setzen. Die Forderung nach globaler Gerechtigkeit darf kein leeres Schlagwort bleiben. Sie muss mit einer eigenen, einer nachhaltigen und einer zukunftsorientierten Politik hier vor Ort mit Leben gefüllt werden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen zuerst über den Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5355 – ab. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Alternativantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/5617 –. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Situation der Frauen, die als Flüchtlinge oder als Asylbegehrende nach Rheinland-Pfalz kommen
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksachen 16/4731/4994/5153 –

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Kohnle-Gros das Wort.

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. – Bitte schön.

(Hans-Josef Bracht, CDU: Zehn! Das ist falsch! Im Ältestenrat haben wir zehn vereinbart!)

– Zehn. Wenn das falsch dasteht und Sie sich einig sind, dann nehmen wir zehn. Zehn Minuten sind vereinbart.

Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir schließen so ein bisschen an an die Diskussion eben, die Entwicklungshilfepolitik mit ihren Auswirkungen auch auf Rheinland-Pfalz. Ich kann nahtlos hierzu übergehen. Ich will vielleicht an dieser Stelle mit unserem Grundgesetz, mit Artikel 3 Abs. 2, anfangen: Frauen und Männer, Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

Meine Damen und Herren, wer hätte vor wenigen Wochen noch gedacht, dass wir über diesen speziellen Artikel unseres Grundgesetzes, vor allem aber auch über das gesamte Konstrukt unseres Grundgesetzes, unsere Grundrechte in Deutschland, so intensiv diskutieren würden, wie wir das im Augenblick tun? Eine gute Entwicklung, will ich sagen.

(Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gute Entwicklung?)

Der Bundespräsident, der Bundestagspräsident und viele andere über alle Parteien hinweg sagen, unser Grundgesetz gilt, es gilt für alle, die hier leben wollen, und es steht nicht zur Disposition.

(Beifall bei der CDU)

Auch Traditionen in Ehen, Clans, Ethnien und Religionen können es nicht relativieren.

Ich glaube, es ist wichtig, dies noch einmal festzustellen, wenn wir über die Situation von Flüchtlingsfrauen und von Mädchen und Frauen, die als Asylbegehrende nach Deutschland oder nach Rheinland-Pfalz kommen, sprechen.

Meine Damen und Herren, nicht nur wir haben uns diese Frage vor einigen Monaten gestellt: Wie steht es eigentlich um die Fragen im Zusammenhang mit Frauen auf der Flucht?

Gestern hat mir jemand den Hinweis gegeben, ich möge doch einmal den Deutschen Frauenrat googeln und nachschauen, was dort vor wenigen Tagen an Papieren zur Verfügung gestellt wurde. Ich habe es mir ausgedruckt. Dort heißt es in der Überschrift: Deutsche Flüchtlingspolitik ist der Gleichstellung verpflichtet. – Ja, das korrespondiert mit dem, was wir uns vorgenommen hatten und worum es jetzt geht.

Meine Damen und Herren, es ist ganz klar, als wir die Anfrage im Frühjahr formuliert haben, standen wir vor einer anderen Situation. Die Flüchtlinge waren nicht in dieser großen Zahl unterwegs, und es war damals auch so, dass fast 50 % derer, die auf der Flucht oder nach Europa, nach Deutschland unterwegs waren, um Asyl zu begehren, Frauen waren. Das kann man heute so nicht mehr sagen.

Sie haben vielleicht in einem großen Magazin gelesen, Flucht ist männlich. Wir wissen nicht ganz genau, ich weiß es nicht ganz genau, ob es jetzt 80 % oder 90 % oder vielleicht auch nur 75 % sind, die männlich sind, aber es ist auf jeden Fall ein sehr viel höherer Anteil, als dies noch vor einem halben Jahr gewesen ist. Nichtsdestotrotz sind Zehntausende von Frauen auch in Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz natürlich angekommen, oder sie sind noch auf dem Weg zu uns. Deswegen glaubten wir, dass wir einmal abfragen mussten, um wen es sich da handelt, wer mit welchem Hintergrund kommt und was für Probleme diejenige Frau, dasjenige Mädchen mitbringt.

Diese Probleme wollten wir reflektieren. Welche Herausforderungen stellt die Aufnahme solcher Frauen und Mädchen dar?

Es gibt eine EU-Richtlinie, die sich speziell dieser Fragestellung widmet und feststellt, dass gerade Frauen und Mädchen bestimmten Gefahren auf der Flucht und vielleicht schon in ihren Heimatländern ausgesetzt sind und sie deswegen extrem schwach sind im Verhältnis zu dem, was ihnen auf der Flucht an Gefahren droht oder sie vielleicht – inzwischen wissen wir das auch –, wenn sie nach Deutschland gekommen sind, in besonderen Umständen auf neue Gefahren stoßen.

Wir hatten damals schon zur Kenntnis genommen, dass andere Bundesländer angefangen haben, Frauen spezifische Fluchtgründe und Fluchtursachen sowie Hilfsmöglichkeiten in den Fokus zu rücken. Zwei kleine Beispiele will ich nennen: Baden-Württemberg hat sich sehr früh den Herausforderungen gestellt, sich um jesische Frauen zu kümmern, die aufgrund ihrer Religion und ihrer besonde-

ren Bedrohung in Syrien nicht nur vergewaltigt, sondern auch versklavt und verkauft worden sind. Gerade diesen Frauen wollte man eine spezielle Aufnahmesituation bieten.

In Hessen gibt es schon bestimmte Projekte für schwangere Frauen, weil die Empfindlichkeit gerade in dieser Situation ganz besonders groß ist.

Wir wollten wissen, wie man das in Rheinland-Pfalz beurteilt und damit umgeht.

Dass jetzt die Beantwortung der Großen Anfrage im Frühjahr nicht auf alle Fragen 100%ige Antworten hatte, ist nicht das Verschulden der Landesregierung, da es keine konkreten Zahlen zu den tatsächlichen Fragen gab.

Heute kann man sich das sehr viel besser vorstellen, die schiere Masse macht es beinahe unmöglich, alles bis ins Detail zu wissen.

Trotzdem geben solche Statistiken ein deutliches Bild, mit welchen Herausforderungen man rechnen muss.

Wir haben diese Herausforderungen noch einmal spezifiziert nachgefragt. Ich will noch einmal sagen, dass sich erst die letzten Tage – am Sonntagabend in den Hauptnachrichten; den Bundesfrauenrat habe ich vorhin erwähnt – Frauenorganisationen speziell mit den Fragen beschäftigen, und zwar mit den Fragen der Frauen, die hier in Erstaufnahmeeinrichtungen sind und in ihren ganz besonderen Situationen mit Herausforderungen oder Gefahren rechnen müssen.

Ich war ein bisschen überrascht, dass das gerade mit der Diskussion und der Aussprache im Plenum zusammenfällt. Ich will gar nicht alles wiederholen, Sie alle haben das ja ein Stück weit verfolgt.

Es ist so, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen die Frauen, wenn sie alleinreisend sind, mit oder ohne kleine Kinder, nicht immer sicher sind. Sie sind sexuellen Übergriffen ausgesetzt oder mit Angst behaftet, dass sich das, was sie zu Hause oder auf der Flucht erleben mussten, noch einmal wiederholt. Das ist nicht immer nur religiös bedingt, sondern hängt auch mit den ganz besonderen Situationen zusammen. Ich habe vorhin schon die Relation zwischen Frauen und jungen Männern oder Männern überhaupt dargestellt. Es entstehen dadurch bedingt ganz besondere Situationen.

Jetzt will ich noch einmal die Frage behandeln, wie man in den Erstaufnahmeeinrichtungen miteinander umgeht. Das ist vielleicht die Diskussion, die wir letzte Woche in Rheinland-Pfalz ausgehend von der CDU-Fraktion geführt haben, aber ich will die Diskussion jetzt auf eine andere Grundlage stellen.

Ich habe vorhin schon das Papier des Deutschen Frauenrats erwähnt und will darauf hinweisen, dass dort unter dem Thema Gewaltschutz steht: „In den Unterkünten muss Klarheit darüber hergestellt werden, dass Gewalt und sexuelle Übergriffe gegenüber Frauen und Kindern Straftaten sind und verfolgt werden.“

(Beifall der CDU)

Das professionelle und ehrenamtliche Betreuungspersonal muss für das Thema Gewalt und sexuelle Belästigung sensibilisiert sein. Der Zugang zu Frauenhäusern und zum Hilfefon ist auch für geflüchtete Frauen zu gewährleisten.“

Meine Damen und Herren, ich will hinzufügen, das gilt jetzt für beide Seiten, das gilt für Männer und Frauen. Frauen müssen lernen können, dass es diese Rechte hier bei uns gibt; denn nicht jeder, der hierherkommt, hat dieses Wissen, weil er aus einem ganz anderen Hintergrund kommt.

Auf der anderen Seite müssen diejenigen, von denen diese Gefahr ausgeht, wissen, dass sie das alles nicht allein regeln können.

Das Gewaltmonopol liegt in Deutschland beim Staat. Die Polizei, die in den Einrichtungen präsent ist, ist diejenige, die diese Probleme löst, auch wenn es sich darum handelt, dass es zwischenmenschliche Probleme gibt.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal sagen, es muss ganz deutlich werden, dass Übergriffe auf Frauen, Delikte mit sexuellem Hintergrund, aber auch Gewalt an sich, also Schläge in der Partnerschaft bei uns nicht geduldet werden, aber auch die Kinder gewaltfrei aufgezogen werden müssen und unsere Gesetzeslage das so begründet.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist in diesem Zusammenhang auch noch einmal zu sehen.

Der Deutsche Frauenrat hat genau das gesagt. In den Unterkünten muss Klarheit darüber hergestellt werden. Das korrespondiert mit unserer Forderung, diese Hausordnung für Deutschland schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbreiten.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Die Ankunft, Gewaltfreiheit, Männer und Frauen sind gleich, all diese Dinge sind das eine, aber lassen Sie mich bitte auch die andere Seite der Geschichte betrachten. Wir haben in dieser Frage auch nach dem Bildungsstand der Frauen und der Möglichkeit von Spracherwerb und Integration gefragt.

Warum ist uns das so wichtig? Es ist nicht nur per se eine wichtige Errungenschaft, dass man in seiner neuen Heimat die Sprache spricht, sondern gerade Frauen, Frauen, die schwanger sind und kleine Kinder mit sich führen, sind eigentlich der Pfad in die Zukunft. Sie sind ansprechbar, weil sie besonders verwundbar sind, und sie müssen im Grunde genommen die Chance bekommen, sich hier in dieser Gesellschaft sehr schnell zu integrieren, damit sie – darin sind wir uns einig mit dem Deutschen Frauenrat – ihre Kinder in der Kita und in der Schule gut begleiten können.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt ist das eine besondere Herausforderung, weil nicht alle Frauen mit einem Bildungsniveau nach Deutschland kommen, das dem unseren auch nur annäherungsweise entspricht, meine Damen und Herren. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass viele Frauen hierherkommen, aus der Türkei und anderen Ländern, die zu Hause kaum oder gar nicht alphabetisiert sind.

Das heißt, das muss genau betrachtet werden. Es müssen Projekte aufgelegt werden, damit diese Frauen Deutsch lernen können, obwohl das natürlich sehr schwierig ist, wenn man in seiner eigenen Sprache nicht lesen und schreiben kann.

Die Herausforderung ist klar, das wissen wir, aber sie muss auch beim Namen genannt und Wege müssen aufgezeigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Da kann ich sicher bei vielen von Ihnen Erinnerungen wecken, dass wir in der Vergangenheit den einen oder anderen Fehler gemacht und nicht genug darauf geschaut haben, dass wir, wenn solche Frauen hierhergekommen sind, ihnen diese Chance wirklich eröffnet haben. Vielen Menschen aus bestimmten Ländern ist es deshalb nicht gut gelungen, sich zu integrieren und Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Das hat sich oft bis in die dritte Generation durchgesetzt.

Das waren nicht nur Türken,

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Italiener!)

– genau, es waren auch Italiener, das weiß man aus der Forschung und aus der Anschauung –, es waren auch Italiener, die aus dem Süden Italiens kamen, einen agrarischen Hintergrund hatten und keine große Ausbildung besaßen.

Deswegen ist die Herausforderung, dass wir jetzt, wenn wir das gut organisieren und hinbekommen wollen, sehr frühzeitig schauen, dass die Menschen nicht erst irgendwo ihren Wohnsitz finden, sondern möglichst zusammen mit den Kindern und über die Frauen integriert werden.

(Beifall der CDU)

Ich sage Ihnen, ich sage es auch in Richtung SPD, ich habe heute Morgen Frau Schwesig im Radio gehört. Sie hat sich genau zu diesem Punkt geäußert. Wir müssen auch damit rechnen, dass die vielen jungen Männer, die jetzt gekommen sind, ihre Familien nachholen, und dann werden noch mehr Frauen und kleine Kinder kommen. Dann muss es noch wichtiger sein, dass wir gewappnet sind und das gut organisieren.

Ich will das jetzt gar nicht als Kritik an irgendjemanden oder irgendetwas gesehen haben, eine Große Anfrage bildet eigentlich immer Material, um Erkenntnisse zu gewinnen.

Ich will es einfach noch einmal auf den Punkt bringen, damit es sich abrundet.

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen sind sehr groß, aber wir wollen, dass diejenigen, die auf eine gewisse Zeit oder auch auf Dauer bei uns bleiben, tatsächlich im Arbeitsmarkt und in der Erziehung ihrer Kinder eine Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellen. Daher müssen wir auch die Voraussetzungen schaffen, dass dies möglich ist. Allein werden sie das nicht schaffen.

(Beifall der CDU)

Vor allem wenn man mit einem etwas geringeren Bildungshintergrund kommt, ist das nicht möglich.

Ich fasse noch einmal zusammen. Auf der einen Seite stellt sich die Frage: Wie können wir unser Grundgesetz ändern und insbesondere auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau durchsetzen? Wie können wir dafür sorgen, dass die Menschen dies erkennen und es auch wissen, dass die Männer um ihre Rechte und Pflichten wissen, dass aber auch die Frauen ihre Rechte kennen? – Das kann man in den Integrations- und Sprachkursen vermitteln, wenn man es geschickt anfängt.

Wir wollen aber natürlich auch, dass diejenigen, die für eine gewisse Zeit oder für immer hier bleiben, sich auch in unsere Gesellschaft einbringen, und dies wird nur über einen klugen Weg gelingen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Julia Klöckner, CDU: Sehr gut!)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Scharfenberger das Wort.

Abg. Heike Scharfenberger, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Anzahl der Flüchtlinge ist in den letzten Wochen und Monaten drastisch angestiegen; wir haben heute schon vielfach darüber gesprochen. Allein die adäquate Unterbringung und Betreuung der geflüchteten Menschen stellt für alle beteiligten Institutionen eine besondere Herausforderung dar.

Unter den geflüchteten Menschen gibt es eine hohe Anzahl von Menschen, die besonders schutz- und hilfsbedürftig sind und somit unserer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Die EU-Aufnahmerichtlinie definiert in Artikel 21 den Kreis der schutzbedürftigen Personen. Dazu gehören auch Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, behinderte und ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, Opfer von Menschenhandel, Personen mit schweren körperlichen Erkrankungen, Personen mit psychischen Störungen und Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben.

Es werden Mindestnormen festgelegt, die einzuhalten sind. Übrigens ist diese EU-Richtlinie durch den Bund nach wie

vor nicht in nationales Recht umgesetzt worden, obwohl dies bis zum 20. Juli geschehen sollte.

Eine dieser besonders betroffenen Gruppen sind sicherlich die Frauen. Eine Aussage über die aktuelle Anzahl der Frauen unter den Asylbewerbern ist schwierig zu treffen, zumal sich die Statistik täglich verändert. Doch schon allein der Anstieg von 2013 bis zum Stichtag 21. März 2015 von 2.108 Frauen auf 4.899 Frauen zeigt eine deutliche Zunahme.

Frauen, die allein oder mit Kindern reisen, waren auf ihrer Flucht oft Gefahren und Gewalt ausgesetzt, die sich in Traumata niederschlagen. Viele sind Opfer einer Form des Missbrauchs, der Ausbeutung, der Folter oder von grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung geworden. Daher sind gerade Frauen auch besonders schutzbedürftig und müssen Rehabilitationsmaßnahmen in Anspruch nehmen können. Im Bedarfsfall sollte eine geeignete psychologische Betreuung und eine qualifizierte Beratung angeboten werden.

Aber anders als bei physischen Erkrankungen oder Schwangerschaften ist gerade die psychische Erkrankung nur schwierig zu erkennen; diese Frauen leiden oft im Verborgenen. Deshalb ist es auch richtig, dass gerade in den Erstaufnahmeeinrichtungen diesen Frauen eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Sie erhalten besonderen Schutz und eigene Angebote.

Ziel ist es, bereits in dieser Phase die besonderen Bedarfe festzustellen, um diese Frauen dann auch in den Kommunen entsprechend in der Nähe von besonderen Institutionen wie zum Beispiel den Psychosozialen Zentren unterzubringen. Es gibt in der Zwischenzeit fünf Zentren in Rheinland-Pfalz, die eine besondere Förderung durch das Land erhalten.

Ein zentrales Element zur Identifizierung schutzwürdiger Personen stellt dabei das MEDEUS-Programm dar, das im Rahmen der Erstuntersuchung durchgeführt wird. Wird eine Schwangerschaft festgestellt, erfolgt die unmittelbare Überweisung an einen Gynäkologen. In Trier gibt es zusätzlich noch die dolmetschergestützte Betreuung durch Hebammen.

Darüber hinaus werden in den Erstaufnahmeeinrichtungen im Rahmen des Sozialkonzepts soziale Beratungen und Kriseninterventionen angeboten. Das Erkennen von psychischen Erkrankungen, Traumata, Belastungen durch Gewalterfahrung oder durch sexuelle Gewalt erfordert vom Personal in den AfA besonderes Einfühlungsvermögen und Erfahrung. Dies wird auch durch gesonderte Schulungen im Bereich der interkulturellen Sensibilisierung erreicht. Dabei leistet zum Beispiel die Koordinierungsstelle in Trägerschaft des Caritas-Verbandes Rhein-Mosel-Ahr wertvolle Arbeit.

Außerdem wird bei der Unterbringung in getrennten Bereichen oder eigenen Fluren sichergestellt, dass Frauen vor weiterer sexueller Ausbeutung und Gewalt geschützt werden, und das ist ganz wichtig. In den Kommunen wiederum gibt es eine Vielzahl von Anlaufstellen. Viele Initiativen mit hohem ehrenamtlichem Engagement arbeiten gerade in diesem besonders sensiblen Bereich, wobei festzuhalten

ist, dass den Flüchtlingsfrauen grundsätzlich auch alle Beratungsangebote des Regelsystems offenstehen. Ich möchte als Beispiele nur die Frauenhäuser nennen, die Frauennotrufe, die Interventionsstellen oder auch den auf psychosoziale Betreuung und Beratung spezialisierten Verein SOLWODI. Ich möchte einen großen Dank an alle richten, die sich in diesem Bereich engagieren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sprach- und Integrationskurse sind – wir haben gerade eben darüber gesprochen – ebenfalls ganz wichtig und können bei Bedarf auch als reine Frauenkurse eingerichtet werden. Ich denke, dies ist gerade für unterdrückte Frauen eine ganz wichtige Möglichkeit, sich zu äußern. Allerdings ist es dabei auch dringend notwendig, dass diese Integrationskurse allen offenstehen. Wir haben heute schon des Öfteren diese Forderung gehört.

Wir begrüßen ausdrücklich die Aktualisierung der Datenbank „Finanzielle Hilfen für Frauen“ im Hinblick auf die Situation von Flüchtlingsfrauen. Hier werden die Sprachförderprogramme, Weiterbildungsprogramme und die vielen vorhandenen Angebote aufgenommen und geben einen guten Überblick zur Orientierung.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich festhalten, dass Asyl suchende Frauen im besonderen Fokus in Bezug auf die Betreuung stehen und auch stehen müssen, wie im Übrigen auch alle weiteren Personenkreise innerhalb der Gruppe der Flüchtlinge und Asylbewerber, die als schutzbedürftig eingestuft werden. Meine Damen und Herren, es wird für alle diese Personen schwer sein, die schrecklichen Erlebnisse in ihrem Heimatland und auf der Flucht zu verarbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Spiegel das Wort.

Abg. Anne Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist genug Heimat für alle da. Heimat ist nicht endlich, und Heimat braucht sich auch nicht auf.

Ich bin der festen Überzeugung, dass auch in Rheinland-Pfalz genug Heimat da ist für die Frauen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, sei es mit Kindern, sei es als alleinreisende Frauen, auch wenn – Frau Kohnle-Gros hat darauf hingewiesen – die Zahl der alleinreisenden Flüchtlingsfrauen, die zu uns kommen, sehr gering ist, oder seien es sogar minderjährige und unbegleitete Flüchtlingsmädchen, die zu uns kommen, auch wenn deren Zahl ebenfalls sehr gering ist.

Aber ich denke, da ihre Situation eine sehr spezifische ist,

ist es auch gerechtfertigt, einen speziellen Blick darauf zu werfen, wie die Situation derjenigen weiblichen Flüchtlinge aussieht, die zu uns kommen.

Es wurde schon gesagt, ich möchte es aber noch einmal betonen: Diese Frauen haben in ihren Heimatländern und auf der Flucht, aber gegebenenfalls auch in Deutschland Schlimmes durchgemacht. Viele von ihnen haben Übergriffe erfahren, sie haben auf der Flucht Vergewaltigung erfahren, sie haben Unvorstellbares erlebt. Es gibt Frauen, die von Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung betroffen waren oder immer noch akut betroffen sind. Wir sind es diesen Frauen schuldig – dafür bin ich dem Frauenministerium und dem Integrationsministerium im doppelten Sinne außerordentlich dankbar –, dass wir sensibel und mit einem besonders fürsorglichen und sozialen Blick auf diese Frauen schauen und uns fragen: Wo besteht noch Handlungsbedarf, und wo sind wir gut aufgestellt?

Nun ist es so, dass die Große Anfrage, die hier vorliegt – das ist keine Kritik, es ist einfach der Schnelligkeit der Ereignisse geschuldet –, aus dem Mai dieses Jahres stammt. Sie ist natürlich sowohl von den Zahlen als auch von manchen Entwicklungen an einigen Stellen überholt.

Es ist zum Beispiel so, dass einige Projekte, die damals in anderen Bundesländern existent waren, mittlerweile auch in Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen wurden, beispielsweise in Bezug auf die Situation von schwangeren Frauen, auf die Sie hingewiesen haben, Frau Kohnle-Gros. In der Tat kommen viele schwangere Frauen nach Deutschland und auch zu uns nach Rheinland-Pfalz. Diese Frauen haben natürlich einen besonderen Unterstützungsbedarf.

Ich möchte auf ein Projekt hinweisen, das vor vier Wochen in Speyer in Zusammenarbeit mit der Hebammenschule und dem dortigen Diakonissen-Stiftungs-Krankenhaus ins Leben gerufen wurde, bei dem man sich ganz gezielt um schwangere Flüchtlingsfrauen kümmert, jede schwangere Flüchtlingsfrau ganz gezielt eine besondere Betreuung erfährt und bei dem auch die Hebammen im Rahmen ihrer Ausbildung, aber auch im Rahmen ihrer Tätigkeit sehr offen sind und sich darauf eingelassen haben. Sie haben glücklicherweise gesagt, wir machen da mit. Wir wollen diesen Flüchtlingsfrauen in besonderer Weise zur Seite stehen.

Es gibt auch einen Pool an Dolmetscherinnen, die sich bereit erklärt haben, an diesem Projekt mitzuwirken. Viele davon machen dies ehrenamtlich. Ich finde, das ist eines von vielen tollen Beispielen in Rheinland-Pfalz, die zeigen, ja, es gibt hier eine gute Willkommenskultur. Ja, es gibt hier auch schon durchaus sehr gute Projekte, wie wir die Flüchtlinge willkommen heißen können, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Die Herausforderungen sind in der Tat vielfältig. Die Situation von Frauen ist deshalb eine besondere, weil die Frauen unseres besonderen Schutzes bedürfen. Wenn es so ist, dass etwa 80 % bis 90 % der Menschen, die zu uns kommen – ich habe die genaue Zahl auch nicht im Kopf, es ist auch eine volatile Zahl –, männliche Flüchtlinge

sind und nur ein sehr geringer Anteil weiblicher Flüchtlinge unter ihnen ist, dann muss man sich ein Boot oder einen Transporter vorstellen, in dem oftmals nur eine Frau unter zehn oder 20 Männern ist. Das ist eine besonders bedrohliche und gefährliche Situation für die Frauen. Viele Frauen, die zu uns kommen, sind traumatisiert, sei es, dass sie mit oder ohne Kinder zu uns kommen.

Ich möchte die Zeit auch nutzen, wenigstens einen Fall herauszugreifen, der mir in den letzten Wochen in meiner Arbeit mit Flüchtlingen begegnet ist. Es ist der Fall einer Flüchtlingsfrau, der mir sehr nahe gegangen ist und den ich einfach exemplarisch nennen möchte, damit es nicht bei den Zahlen bleibt, damit den Zahlen auch ein Gesicht und eine Geschichte gegeben wird.

Es handelt sich um eine Frau, wobei ich aus Datenschutzgründen nicht sagen will, aus welchem Land sie kommt und aus welcher Stadt sie geflohen ist. Sie hat ihren Mann in den Wirren des Krieges oder Konfliktes verloren. Er ist verstorben. Sie hat fünf Kinder.

Sie hatte sich auf die Flucht gemacht. Es gab keine Perspektive für sie in ihrem Heimatort. Sie hat ein Kind auf dem Rücken und ein Kind auf der Hüfte getragen. Die drei größeren Kinder sind mitmarschiert.

Das jüngste der Kinder, das mitmarschierte, war etwa zwei Jahre alt. Nach vielen Stunden und Tagen der Flucht waren alle fünf Kinder und die Frau mit ihren Kräften am Ende. Es kam – das ist für mich als dreifache Mutter etwas, was ich kaum aussprechen kann – der Moment, in dem diese Frau sich entscheiden musste, ihre zweijährige Tochter zurückzulassen, um das Leben ihrer restlichen Kinder zu retten. Sie hat dieses Mädchen zurückgelassen. Es war irgendwann nur noch ein Punkt am Horizont. Sie hat dieses Mädchen nicht mehr wiedergesehen.

Diese Frau ist jetzt in Rheinland-Pfalz. Diese Frau ist traumatisiert. Diese Frau möchte ich exemplarisch für viele Frauen und Kinder nennen, die hier bei uns sind und dringend unsere Hilfe, unsere Unterstützung, unsere Anteilnahme und ein Willkommen mit offenen Armen an dieser Stelle brauchen.

(Beifall im Hause)

Frau Kohnle-Gros und Frau Scharfenberger sind auf den nächsten Punkt eingegangen. Ja, es ist richtig, Gewalt ist leider nicht nur bei Flüchtlingsfrauen, sondern auch bei Frauen heutzutage, im 21. Jahrhundert, immer noch ein Problem. Ich möchte an dieser Stelle nur sagen, selbstverständlich gilt das Grundgesetz für alle, die hier in Rheinland-Pfalz und in Deutschland sind. Für alle gilt das Grundgesetz. Was ich aber auch sagen möchte, ist, die Gewalt an Frauen kam nicht mit den Flüchtlingen. Die Gewalt war auch schon vorher hier. Die Gewalt ist leider alltäglich.

Es ist so, dass das größte Risiko einer Frau, in unserer Gesellschaft verletzt zu werden, immer noch ihr eigener Partner oder ihr eigener Mann ist, der Gewalt ausübt. Deswegen ist es ganz wichtig und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dass wir dieser Gewalt gegen Frauen, sei es in den engen sozialen Beziehungen oder auch in einem an-

deren sozialen Kontext, entschieden entgegneten. Alle Frauen in Rheinland-Pfalz, ganz egal, woher sie kommen, egal, welche Hautfarbe oder Religion sie haben, haben unseren Schutz vor dieser Gewalt verdient.

Natürlich sind alle Programme, die Rheinland-Pfalz bietet, die Frauenhäuser, die Beratungsstellen, für alle Frauen offen, die zu uns kommen und in Rheinland-Pfalz sind. Das möchte ich an dieser Stelle betonen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte noch auf den Punkt eingehen, dass natürlich der spezifische Blick auf die Frauen auch bedeutet, sie brauchen genügend weibliches Personal in den Aufnahmestellen und in den Beratungsstellen. Es gibt eine hervorragende Arbeit, die an den unterschiedlichen Stellen geleistet wird. Es gibt SOLWODI. Ich möchte auch herausstellen, was in der Großen Anfrage ebenfalls erwähnt wurde, es gibt UTAMARA und andere gute Organisationen, die sich jetzt schon den Flüchtlingsfrauen oder den von Gewalt betroffenen Frauen mit Fluchterfahrung annehmen.

Natürlich müssen wir schauen, dass wir diese Angebote auch dahin gehend weiterentwickeln, dass sie auf die spezifischen Erfahrungen, die die Frauen, die zu uns kommen, mitbringen, gute Antworten finden.

Ich möchte noch einen Punkt herausgreifen, weil ich ihn in meiner alltäglichen Arbeit immer wieder erfahre. Es gibt den Bedarf nach spezifischen Angeboten für Frauen, beispielsweise Deutschkurse. Es gibt Kulturkreise, bei denen wir darauf achten müssen, dass es Deutschkurse nur für Frauen gibt. Dann sollten wir auch darauf achten – es wurde eben schon gesagt, dass viele Frauen mit ihren Kindern kommen –, dass bei diesen Deutschkursen für die Flüchtlingsfrauen auch eine Kinderbetreuung angeboten wird. Hier gibt es schon einige sehr gute Angebote, auch vom Land mit unterstützt und gefördert. Ich denke, hier sollten wir auf jeden Fall schauen, dass wir diese Angebote zielgerichtet weiterentwickeln.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Sahler-Fesel das Wort. Sie haben noch eine Redezeit von vier Minuten.

Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass wir nicht nur dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sind, sondern auch unserer Verfassung in Rheinland-Pfalz. Auch in unserer Verfassung in Rheinland-Pfalz steht glasklar, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind.

Übrigens haben wir im Jahr 2010 unsere Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Situation der Frauen in Rheinland-Pfalz genau mit diesem Einstieg begonnen und haben die Fragen abgestimmt.

Frau Spiegel hat eben deutlich gesagt, alle diese Bereiche sind natürlich für Frauen, die geflohen sind, genauso offen und genauso notwendig.

Frau Kohnle-Gros, ich hatte mich schon gefragt, warum Sie eine Große Anfrage zur Aussprache stellen, die sich zahlenmäßig – dafür können Sie nichts – durch die Ereignisse sehr überholt hat, aber dann nicht wirklich zur Großen Anfrage sprechen, sondern im Grunde genommen die Große Anfrage dazu nutzen, uns Ihr Programm zu verkaufen, indem Sie mehrfach sagten: Wir wissen ja, wir wissen ja.

Die Dinge, die Sie uns sowohl von den Zahlen als auch von den Abläufen her dargestellt haben, finden Sie nicht in der Antwort der Großen Anfrage, nicht, weil die Antwort nicht spezifisch genug wäre, sondern weil sie das überhaupt nicht erst nachgefragt haben.

Wir hätten gerne mit Ihnen über das Papier des Familienbundes, wie heißt das Ding

(Marlies Kohnle-Gros, CDU: Frauenrat!)

– Deutschen Frauenrates, Entschuldigung, ich hätte bei-nah Ethikrat gesagt –, diskutiert, wenn Sie das hier zur Diskussion gestellt hätten. Das hätten wir gerne gemacht.

Selbstverständlich sind unsere Erstaufnahmeeinrichtungen kein rechtsfreier Raum. Ich kann es aber hier nicht so stehen lassen, dass man den Eindruck erhält, dass die Frauen in der Erstaufnahmeeinrichtung immer Angst haben müssen vor sexuellen Übergriffen und Gewalt und als ob es da kein Personal gäbe, als ob nicht jede Menge Sicherheitspersonal und anderes Personal da wäre, an das sich die Menschen wenden können.

Natürlich gelten unsere Gesetze. Sie gelten auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen; dort entsprechend geahndet.

In der Großen Anfrage steht zum Beispiel, dass selbst in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Trier und Ingelheim Frauenflure eingerichtet sind, wo Frauen getrennt untergebracht werden und sich sicherer fühlen können. Das geht zum Beispiel aus einer solchen Großen Anfrage hervor.

Beim Bildungsstand wird nur nach Analphabetismus gefragt. Mit Blick auf die Frauenkurse dürfe nicht einfach etwas unterstellt werden. Das finde ich ein bisschen einfach. Man müsste die Bildungspolitikern einmal mit einer Anfrage löchern, ob es wirklich so ist, dass die Frauen, die aus dem Ausland zu uns kommen, ganz automatisch einen schlechteren Bildungsstand als die inländischen Frauen haben. Die Fachfrau der GRÜNEN schüttelt genauso energisch den Kopf, wie ich ihn innerlich geschüttelt habe. Das sind Vorurteile, die leider mit einzelnen Äußerungen bedient wurden, die ich in der Form und Art nicht stehen lassen will.

Zum Beispiel haben wir auch eine Hausordnung in der

Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende. Da brauchen wir keine neue einzuführen.

Man kann es nicht oft genug sagen. Es gibt da keine Sondergesetze. Selbstverständlich unterliegen alle Menschen, die in Deutschland sind, egal, wo sie herkommen, unseren deutschen Gesetzen und werden auch genau danach behandelt. Deshalb ist eine solche Darstellung hier und so, als ob das alles aus der Großen Anfrage hervorgeht, schwierig, und zwar schwierig im Umgang und schwierig in der Außenwirkung. Ich würde bitten, dass wir das nicht so hopplahopp machen, sondern intensiv miteinander auch im Ausschuss besprechen, wie die Situationen sind, weil die Zahlen in der Statistik nicht erhoben werden. Das sind nicht wir, sondern das ist das Bundesamt. Wir müssen da noch ein bisschen schärfer ran. Das wünsche ich mir in der weiteren Diskussion.

Schönen Dank.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Ich darf Gäste im Landtag begrüßen, es ist die Initiative „Gemeinsam für Uersfeld“, herzlich willkommen hier bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Weiterhin begrüße ich die Theatergruppe Prosackos, herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Alt das Wort.

Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns alle einig, wir stehen vor großen Herausforderungen. Wir sind uns alle einig darüber, dass die Flüchtlingsfrauen unserer Unterstützung bedürfen.

Wir alle wissen, dass die Frauen auf der Flucht häufig Opfer von Gewalt, insbesondere von sexueller Gewalt werden. Auch wenn die Flucht bei der Ankunft in Deutschland ein Ende hat, müssen wir Vorkehrungen treffen, damit die Flüchtlingsfrauen nicht weitere Gewalterfahrungen erleben.

Wir haben eine reformierte EU-Aufnahmerichtlinie, die besonders schutzwürdige Gruppen in den Fokus genommen und Maßnahmen zur Versorgung und Unterbringung besonders schutzbedürftiger Personen vorgesehen hat. Dazu gehören Schwangere, Alleinerziehende, aber auch andere von Gewalt betroffene Personen.

Frauen sind, insbesondere wenn sie alleine oder mit Kindern reisen, besonderen Gefahren und Gewalt ausgesetzt. Viele sind aufgrund dessen traumatisiert und benötigen

psychosoziale Unterstützung. Das Personal in den Erstaufnahmeeinrichtungen, insbesondere der Sozialdienst und die dort tätigen freien Träger, haben die Aufgabe, Personen mit besonderen Schutzbedarfen zu identifizieren und ihnen eine besondere psychosoziale und medizinische Versorgung zukommen zu lassen. Personen mit besonderen Schutzbedarfen sind zum Beispiel traumatisierte Menschen, von Gewalt und sexualisierter Gewalt betroffene Menschen, insbesondere betroffene Frauen.

Es gilt, weitere Gewalterfahrungen zu verhindern. Unterbringungsmöglichkeiten müssen so gestaltet sein, dass sie Frauen Schutz vor gewaltsamen, insbesondere vor sexuellen Übergriffen bieten. Dies erfordert vom Personal der Erstaufnahmeeinrichtungen eine besonders hohe Sensibilität und Erfahrung vom Aufnahmepersonal, vom Sozialdienst und von den freien Trägern.

Die Erstaufnahmeeinrichtungen bieten Beratungen und Kriseninterventionen an. Dazu unterhält jede Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende einen Sozialdienst, der für soziale Fragen und Probleme der Asylsuchenden zuständig ist.

Die soziale Beratung und Begleitung der Asylsuchenden ist Bestandteil des Sozialkonzeptes der Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende. Der Sozialdienst arbeitet eng mit dem Medizinischen Dienst und den freien Trägern, aber auch mit den externen Partnern, die in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende aktiv sind, zusammen. Er vernetzt und koordiniert viele Hilfen und Angebote für die Asylsuchenden.

Ich will noch einmal sagen, dass gerade in den Erstaufnahmeeinrichtungen – das wurde von den Vorrednerinnen schon gesagt – besonderer Augenmerk darauf gelegt wird, dass die Frauen in eigenen Fluren mit ihren Kindern liegen, oder in Fluren, in denen Familien untergebracht sind, aber keinesfalls in Fluren, wo alleinstehende Männer leben. Ich will sagen, dass ganz besonders gut auf dieses Thema geschaut wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abg. Dr. Dr. Rahim Schmidt,
fraktionslos)

Wenn die Menschen und die Frauen in die Kommunen verteilt werden, wird besonders darauf geachtet, dass Frauen, die Gewalt erlebt haben, extra in die Nähe von spezialisierten Einrichtungen verteilt werden, damit sie die Angebote der Unterstützung wahrnehmen können.

Wir bieten für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Fortbildungen zur Erkennung von Traumatisierungen an. Wir haben – das wurde schon gesagt, und darüber haben wir hier schon häufig gesprochen – jetzt fünf spezialisierte Beratungseinrichtungen, psychosoziale Beratungszentren im ganzen Land verteilt. Zwei sind gerade erst aufgemacht worden, und zwar im Sommer in Ludwigshafen in Trägerschaft der Diakonie und jetzt in Mainz in Trägerschaft der Caritas. Wir haben eine landesweit zuständige Koordinierungsstelle zur psychosozialen Unterstützung von Asyl suchenden Menschen.

Wir bieten gemeinsam mit der Landespsychotherapeutenkammer und der Landesärztekammer Qualifizierungsmaßnahmen und Fortbildungsangebote für Ärzte und Therapeuten an, damit sie mit den traumatisierten und psychisch erkrankten Flüchtlingen gut und kompetent arbeiten können.

Die Migrationsfachdienste des Landes haben einen großen Anteil an der Beratung. Sie haben ein breites Netz an ehrenamtlichen Helfern und Unterstützern. Ich denke, das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. Wichtig ist zu sagen, dass den Frauen und insbesondere allen traumatisierten Menschen alle Beratungsangebote unseres Regelsystems vor Ort zur Verfügung stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

– Danke schön.

Ich will sagen, dass wir uns schon in den Aufnahmeeinrichtungen um die schwangeren Frauen besonders kümmern, dass sie einen Mutterpass bekommen, dass sie Termine bei den Gynäkologen oder in den Kliniken bekommen, dass sie hier mit einem besonderen Augenmerk und, ich kann sagen, besonders gut betreut werden.

Dem Schutzbedürfnis der Frauen tragen wir in besonderer Weise Rechnung. Alle Angebote, die wir im Land für alle Frauen haben, die von Gewalt betroffen und bedroht sind, sind zu nennen. Wir haben 17 Frauenhäuser. Wir haben 16 Frauenberatungsstellen, 12 Frauennotrufe bei sexualisierter Gewalt und 16 proaktive Interventionsstellen. Alle sie bieten Hilfestellungen an. Alle Einrichtungen – das will ich an der Stelle auch sagen – haben sich interkulturell geöffnet und sind auf die Bedarfe von Migrantinnen besonders ausgerichtet.

Wir haben SOLWODI. Wir kennen es alle. Das ist ein ganz besonderes Betreuungs- und Beratungsangebot mit Beratungsstellen und einem Frauenhaus in Koblenz, wo es insbesondere um Frauen geht, die von Menschenhandel, Zwangsverheiratung und Partnergewalt bedroht sind. Hier arbeiten wir sehr vernetzt zusammen. UTAMARA wurde schon genannt, die einen besonderen Schwerpunkt für Frauen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingsfrauen haben.

Ich will noch sagen, dass eine sehr enge Kooperation zu unserem RIGG-Projekt besteht. Sie kennen das alle. Das ist das Interventionsprojekt gegen Gewalt. Hier sind alle zusammengeschlossen. Hier bieten wir insbesondere eine gut vernetzte Unterstützung mit den vier Säulen an, die wir haben, die Frauenhäuser, die Beratungsstellen, die Notrufe und die Interventionsstellen.

Auch hier gibt es einen engen Austausch und sehr viele Angebote, gerade auch für die Flüchtlingsfrauen. Es muss uns darum gehen – ich denke, das nehmen wir heute aus dieser Diskussion noch einmal mit –, die Frauen, die auf der Flucht waren und jetzt bei uns Zuflucht gefunden haben, noch einmal besonders im Fokus zu behalten, und – das nehme ich heute auch noch mit – die Unterstützungsangebote, die wir haben, ein Stück weiterzuentwickeln, weiter auszubauen, um noch einmal mehr Vernetzungsar-

beit auch zwischen den einzelnen Angeboten zu erreichen.

Wir hatten das Thema jetzt im Landesfrauenbeirat, und es wird ein Thema im Landesfrauenrat werden. Ich werde das Thema in meine Gespräche mitnehmen, die ich diese Woche in Trier mit allen Akteuren führen werde, die in Trier in der Aufnahmeeinrichtung tagtäglich die Arbeit leisten. Das Thema mitzunehmen, um es in den Köpfen zu halten und hier weiter zu sensibilisieren und wir diese Frauen wirklich gemeinsam im Auge behalten, das wäre mir ein wichtiges Anliegen.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Bernhard Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Große Anfrage und die Antwort haben damit ihre Erledigung gefunden.

Ich lade Sie ein zu nächsten Sitzung am 11. November 2015 um 14:00 Uhr ein und schließe für heute die Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:22 Uhr.